

WAHLPROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN

**ZUR LANDTAGSWAHL IN
MECKLENBURG-VORPOMMERN
AM 26. SEPTEMBER 2021**

Veränderung braucht einen Anfang - Das Wahlprogramm der FDP Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2021

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

was ist zu tun, wenn das Bundesland, in dem Sie gern leben, zwar eine schöne Heimat bietet, aber verglichen mit anderen Bundesländern in weiten Bereichen den Anschluss verloren hat?

Was ist zu tun, wenn die Zukunft der Kinder und Jugendlichen verspielt wird, weil Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, verpasste Schulmodernisierung und stockende Vermittlung digitaler Kompetenzen den Schulalltag prägen?

Es ist an der Zeit, dies zu ändern und unseren Kindern und Jugendlichen mit weltbesten Bildung gerechte Chancen für eine großartige Zukunft zu bieten.

Was ist zu tun, wenn die Bruttowertschöpfung im Land und die Innovationskraft der Wirtschaft auf dem letzten oder vorletzten Platz bundesweit liegen und die Wirtschaft zu langsam wächst, um im Wettbewerb mithalten, geschweige denn aufzuholen?

Es ist an der Zeit, dies zu ändern und die Wirtschaft von Bürokratismus und Überregulierung zu befreien, Gründungen zu fördern und Anreize für Investitionen und Innovationen zu setzen, damit es sich in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern besser wirtschaften und arbeiten lässt. Die Wirtschaft kann es, man muss sie nur machen lassen.

Was ist zu tun, wenn die im Landtag vertretenen Parteien seit mehr als 10 Jahren den Breitbandausbau und eine flächendeckende Mobilfunkversorgung versprechen, Mecklenburg-Vorpommern aber in diesem Bereich den letzten Platz belegt und jeder von uns bis heute viel zu oft Erfahrungen mit Funklöchern und schlechter Internetverbindung machen musste?

Es ist an der Zeit, dies zu ändern und nicht nur Versäumtes aufzuholen, sondern das Land mit zukunftsweisenden Gigabit-Anschlüssen, mehr offenem WLAN und einer Digitalisierung aus einem Guss in das 21. Jahrhundert zu bringen.

Veränderung braucht einen Anfang. Unter dieses Motto haben wir Freie Demokraten unser Wahlprogramm gestellt. Es ist wichtiger denn je, dass eine starke liberale Stimme im Schweriner Landtag mitredet, wenn es um die Gestaltung der Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern geht.

Wir wollen Ihnen, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur ein Land bieten, in dem Sie gern leben, sondern auch eines, in dem Sie gern arbeiten und lernen.

Niemand in Mecklenburg-Vorpommern soll das Gefühl haben, abgehängt zu werden. Niemand soll sich sorgen müssen, ob er morgen noch gut versorgt ist, dort wo er gern

lebt. Wir fordern klare Offensiven, um das Land zukunftsfähig zu gestalten bei den Themen Bildung, Digitalisierung und Wirtschaft.

Gerade weil wir unser schönes Bundesland lieben, braucht es bei allen Errungenschaften, die die Menschen hier hart erarbeitet haben, dringende Veränderungen.

Veränderung braucht einen Anfang. Und diesen Anfang setzen wir Freie Demokraten mit unseren Ideen, mit unseren Köpfen, mit unserem beherzten Engagement.

Wahlprogramm

Inhaltsverzeichnis

Beste Bildung für Mecklenburg-Vorpommern.....	5
Digitalisierung – Zukunft bis an jede Milchkanne	20
Mehr Wirtschaft, mehr Wachstum, mehr Wohlstand	25
Gute Wege durch die Fläche & durch Europa	35
Städtepolitik – Stadt, Land, Leben	37
Tourismus in MV – ein Land zum Leben & Urlauben	39
Arbeits- und Sozialpolitik – Gemeinsam vor Ort anpacken	42
Wirtschaft und Gesellschaft in der Krise stabilisieren	45
Energiepolitik für Morgen und Übermorgen.....	46
Für eine innovative Landwirtschaft und effektiven Umweltschutz... ..	50
Selbstbestimmte Verbraucher brauchen keine Belehrungen	59
Umweltschutz ist keine Ideologie	60
Lebendige und vielfältige Kultur	65
Solide Haushaltspolitik für Mecklenburg-Vorpommern	70
Kommunen als Fundament und Rückgrat des Landes.....	83
Innen und Recht	87
Das Ehrenamt als Fundament einer freien Bürgergesellschaft	97
Starker Sport in Mecklenburg-Vorpommern	99
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	102
Der Mensch im Mittelpunkt eines liberalen Gesundheitswesens	108
Unsere Heimat ist Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa	117

Beste Bildung für Mecklenburg-Vorpommern

Chancengerechtigkeit durch frühkindliche Bildung

Da bereits in der frühen Kindheit die wesentlichen Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung und den späteren Bildungserfolg geschaffen werden, müssen bereits am Anfang des Lebens gleichwertige Entwicklungs- und Bildungschancen für alle Kinder bestehen. Auch wenn die Eltern den wesentlichen Teil der Verantwortung tragen, muss aus unserer Sicht als Freie Demokraten mit vielfältigen Bildungsangeboten sichergestellt werden, dass sich jedes Kind gemäß seinen Talenten, Begabungen, Interessen und Neigungen entwickeln kann und diese ausreichend gefördert werden.

Für die frühkindliche Bildung braucht Mecklenburg-Vorpommern fachlich qualifiziertes Personal, das sich stetig fort- und weiterbildet. Wir treten für den zeitgemäßen und bedarfsorientierten Ausbau der Kindertages- und Bildungseinrichtungen ein. Gleichzeitig wollen wir flächendeckend die Sanierung bestehender Einrichtungen im Fokus behalten. Die bestehende Konzept- und Trägervielfalt wird von uns Freien Demokraten befürwortet. Unsere Kinder haben einen Anspruch auf beste Bildung bereits vor der Schule. Geben wir ihnen größtmögliche Chancen - von Anfang an!

Wir Freie Demokraten werden:

- den Anspruch auf einen Vollzeitbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes durchsetzen.
- die Betreuungsqualität durch eine an den wissenschaftlichen Kriterien orientierte Fachkraft-Kind-Relation schnellstmöglich verbessern, indem deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden. Hierzu wollen wir die Regelungen zur Kostenübernahme durch das Land im KiFöG ändern.
- endlich den Fokus auf die Qualität in der frühkindlichen Bildung legen. Dabei kann Beitragsfreiheit nicht höher wiegen als qualitative Verbesserungen in der Betreuung, wobei für uns Freie Demokraten der Zugang zu bester frühkindlicher Bildung nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein darf.
- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln. Kernpunkt ist eine duale Ausbildung mit angemessener Vergütung. Außerdem sollen Fachkräfte aus der

Logopädie, Ergotherapie sowie an Hochschulen ausgebildete Kindheitspädagoginnen und -pädagogen stärker in den Kitas eingesetzt werden.

- dafür sorgen, dass Erzieherinnen und Erzieher Qualifikationen als Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Bewegungstrainerinnen und Bewegungstrainer während ihrer Ausbildung erlangen. Dies ist wichtig, da besonders im jungen Alter viel Wert auf richtige Bewegungsmuster gelegt werden muss. Unabhängig von der Betreuungsform müssen wir allen Kindern mit Sprachdefiziten frühzeitig eine qualitativ hochwertige Sprachförderung bieten. Das Vorlesen in Kitas muss hierfür stärker betont werden, damit sich richtige Sprachmuster in den Köpfen verankern.

Ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Trägern in der Kindertagesbetreuung ist uns wichtig. Kommunale und freie Träger sind ebenso wichtig, wie Kindertagespflegepersonen. Die Vielfalt der Träger und Konzepte macht es möglich auf die individuellen Bedürfnisse von Kindern, Eltern sowie Erzieherinnen und Erziehern einzugehen. So können z.B. die Betreuungs- und Öffnungszeiten nach dem tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden. Damit Angebote zur heutigen beruflichen Realität passen, sind flexible Betreuungszeiten nötig, damit auch Eltern in Schichtarbeit ihren Beruf mit der Familie vereinbaren können.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Angebotsvielfalt bei den Kitas erhöhen. Auch private Träger und Betriebskindergärten sollen staatliche Förderung erhalten, wenn sie die Qualitätsstandards einhalten.
- den Bewilligungszeitraum für die Einrichtung und Eröffnung neuer Kitas deutlich verkürzen.
- die Arbeit der Tagespflegepersonen stärker honorieren, da sie eine wichtige Stütze für das Betreuungsangebot unserer Kinder sind. Tagespflegepersonen müssen vom Staat eine höhere Wertschätzung und bessere Unterstützung erhalten. Daher sollte die Finanzierung durch höhere Sachpauschalen vereinfacht werden.
- dafür sorgen, dass Beschäftigte von Kindertageseinrichtungen bei gleicher Qualifikation und Leistung auch gleich bezahlt werden.

- für höhere finanzielle Anerkennung und eine Entlastung auf bürokratischer Ebene der Kindertagesstättenleiterinnen und -leiter sorgen.

Moderne Schulen braucht das Land

Unser Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern in den besten Schulen der Welt unterrichtet werden. Wir wissen: Das Ziel ist ambitioniert. Wir halten es aber für erforderlich. Wir geben uns nicht länger mit mittelmäßiger Bildungspolitik zufrieden und wollen, dass alle Kinder, unabhängig von Einkommen und Herkunft der Eltern, bestmöglich und individuell gefördert werden. Unsere Schülerinnen und Schüler stehen nicht mehr nur im Wettbewerb mit jungen Menschen aus anderen Bundesländern, sondern mit gut ausgebildeten Schülerinnen und Schülern aus der ganzen Welt. Wir brauchen endlich eine nationale Bildungspolitik, die an einem Strang zieht! Ziel ist, dass jede und jeder einen erfolgreichen Lebensweg einschlagen und sich die eigenen Wünsche und Träume erfüllen kann. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige und selbstbestimmte Gesellschaft.

Wir Freie Demokraten werden:

- unsere Schulen umfassend modernisieren und gewährleisten, dass Lehrerinnen und Lehrer die bestmöglichen Arbeitsbedingungen vorfinden, dass die Schulen technisch besser ausgestattet werden und dass die Schulen vor Ort mehr Autonomie erhalten, ohne davon abhängig zu sein, wie finanzstark oder finanzschwach die Trägerkommune ist.
- der schulischen Bildung ab sofort eine noch höhere politische Priorität einräumen und den Schulen daher umgehend mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- den Bund stärker in die finanzielle Verantwortung nehmen und ein Kooperationsgebot, anstatt eines Kooperationsverbots fordern.
- uns für ein Ende des Flickenteppichs aus 16 Schulsystemen in den verschiedenen Bundesländern einsetzen und die bundesweite Vergleichbarkeit der Schulen und der Abschlüsse durch gleiche Bildungsstandards, bundeseinheitliche Anforderungen in Abschlussprüfungen und eine transparente Evaluation der einzelnen Schulen gewährleisten.

- den Schulen mehr pädagogische, personelle, organisatorische und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies wollen wir mit den Schulen Schritt für Schritt in die Wege leiten.
- gewährleisten, dass die Fachräume der MINT-Fächer technisch besser ausgestattet werden und ein Experimentieren auf hohem Niveau möglich ist.
- die Bedeutung des Fachs Arbeit-Wirtschaft-Technik (AWT) aufwerten und den Werkunterricht zum Erlernen handwerklicher Bearbeitung verschiedener Werkstoffe als eigenständiges Fach in der Orientierungsstufe erhalten.
- das vielfältige Schulangebot mit Grundschulen, Förderschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsbildende Schulen erhalten, damit jedes Kind individuell am besten gefördert werden kann. Gleichzeitig gilt es, eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu gewährleisten.
- in Mecklenburg-Vorpommern Talentschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung insbesondere in Gebieten mit großen sozialen Herausforderungen aufbauen. Dabei orientieren wir uns am erfolgreichen Konzept der Talentschulen in Nordrhein-Westfalen.
- Schulen auf dem Land und in der Stadt gleichwertig fördern. Besonders in dünn besiedelten Regionen unseres Landes, stellen kleinere Schulen die Bildung unserer Kinder sicher. Der Weg zur Schule muss so kurz wie möglich gehalten werden, damit das Wohnen auf dem Land für junge Familien attraktiver wird.
- die kostenfreie Schülerbeförderung in ganz Mecklenburg-Vorpommern einführen. Den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler kann nur durch eine wirkliche Auswahl unterschiedlicher Schulkonzeptionen ausreichend Rechnung getragen werden. Diese Wahlfreiheit darf nicht an den Kosten für den Schulweg scheitern. Die daraus resultierenden Einnahmeverluste der Kreise wollen wir durch Landesmittel ausgleichen.
- die regionalen Gegebenheiten sowie die verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche der Schulen vor Ort berücksichtigen und den Gymnasien ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie ihr Angebot vom sechsjährigen auf einen siebenjährigen Bildungsweg bis zum Abitur umstellen oder um einen solchen ergänzen.

Investitionen in die Köpfe unserer Zukunft

Für eine echte Chancengerechtigkeit ist es wichtig, dass unsere Kinder den wachsenden Herausforderungen im Leben gerecht werden können. Nur mit hohen Bildungs- und Leistungsstandards in den Schulen können wir dies erreichen.

Wir Freie Demokraten werden:

- mehr Wert auf den Erwerb von Kompetenzen in mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, den kompetenten Umgang mit digitalen Medien sowie auf das Erlernen von Fremdsprachen legen.
- uns dafür einsetzen, dass Schulen die im 21. Jahrhundert immer wichtiger gewordenen Kompetenzen des 4K-Modells integrieren können. Kommunikation, Kollaboration (Zusammenarbeit), Kreativität und kritisches Denken sind fachübergreifende Kompetenzen, die Schülerinnen und Schüler für eine sich verändernde Arbeitswelt frühzeitig erwerben sollten.
- das Unterrichtsfach „Wirtschaft“ in allen Schulformen einführen, oder in die Rahmenpläne anderer Fächer integrieren, damit wir den Schülerinnen und Schülern schon früh Kenntnisse über die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems mit auf den Weg geben. So wollen wir sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler mit Themen wie z. B. der Gestaltung von Verträgen, Versicherungen oder dem Entstehen von Preisen in der Marktwirtschaft vertraut sind, bevor sie in das (Berufs-)Leben starten.
- alle Kinder und Jugendliche zu einer souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigen, indem wir die Lehr- und Lernmethoden im schulischen Alltag durch den Einsatz digitaler Bildungsmedien modernisieren sowie die Grundlagen der Informatik und des Programmierens in den Schulen vermitteln.
- eine Unterrichtsgarantie in allen Schulen einführen, da beste Bildung nur möglich ist, wenn der Unterricht auch stattfindet. Dazu benötigen wir eine genaue Erfassung des Unterrichtsausfalls und eine transparente Definition von entfallendem bzw. vertretendem Unterricht. (sog. Unterricht ohne Lehrer „vertreten“)
- klare Anforderungen an den Besuch des Gymnasiums stellen. Schülerinnen und Schüler sollten vor dem Wechsel auf das Gymnasium, Prüfungen bestehen müssen, welche sich nach transparenten Bildungsstandards richten. An allen Schulformen

müssen hohe Leistungsstandards gesichert werden. Leistungsnivellierung und einen schleichenden Weg zur leistungslosen Schule lehnen wir ab.

Soziale Kompetenzen und Inklusion

Schulen sind mehr als reine Bildungseinrichtungen. Schulen sind Orte, in denen Freundschaften fürs Leben geschlossen und soziale Kompetenzen aufgebaut werden. Die Integration in eine Gemeinschaft und die Entdeckung der eigenen Individualität sind elementare Prozesse in der persönlichen Entwicklung. Wir wollen jedem Kind echte Chancen für ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Vernetzung der Schulen mit Jugendhilfe-Angeboten stärker ausbauen. In Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern vor Ort können soziale und pädagogische Herausforderungen bedarfsgerecht gelöst werden.
- uns für die Umsetzung der Inklusion in Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzen. Dabei muss die Umsetzung von neuen pädagogischen Strukturen begleitet werden. Der individuelle Förderbedarf jedes Kindes muss durch Fachkräfte vor Ort ermittelt und eine entsprechende Begleitung durch Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen abgesichert werden. Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen – auf das einzelne Kind kommt es an. Es braucht Planungssicherheit beim Übergang von den Förderzentren zur sonderpädagogisch begleiteten Regelschule. Deshalb lehnen wir die umfassende, zum Teil flächendeckend übereilte Schließung von Förderzentren ab. Wir missbilligen außerdem, dass die Inklusion bisher überstürzt, ohne Qualitätsstandards und mit einer mangelnden Sachausstattung sowie fehlenden sonderpädagogischen Fachkräften umgesetzt werden soll.
- allen Menschen die Chancen auf lebenslanges Lernen und hochwertige Weiterbildung ermöglichen, um ihnen in Zukunft bestmögliche Chancen, in einer sich schnell wandelnden Welt zu garantieren. Hierzu sollen Volkshochschulen vielfältige und zukunftsorientierte Angebote bereitstellen. Ob beim Kampf gegen Analphabetismus, bei der kulturellen oder politischen Bildung oder aber auch bei

der beruflichen Weiterbildung: Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung muss sich an alle Menschen richten, um Defizite ab- und Stärken auszubauen.

- jeder Schülerin und jedem Schüler nach ihrem und seinem Schulabschluss eine klare Zukunftsperspektive geben. Daher sollte im Unterricht schon früh Wert auf Berufsorientierung und Praxiserfahrungen gelegt werden. Die Vielfalt und Chancen klassischer Berufe und dringend benötigter Berufe sollen eine herausragende Stellung bekommen, um den Schülerinnen und Schülern einen reibungslosen Übergang in das Arbeitsleben zu ermöglichen. Wir fordern daher: „Kein Abschluss ohne Anschluss!“

Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer

Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für den Erfolg unserer Kinder. Ein positives Arbeitsklima mit individuellen Freiheiten bei der Unterrichtsgestaltung trägt aus unserer Sicht dazu bei.

Wir Freie Demokraten werden:

- in einem ersten Schritt eine mindestens 105%ige, mittelfristig eine 108%ige Lehrkräftebesetzung mit Vertretungs- und Gestaltungsreserve zur Verfügung stellen. Somit garantieren wir mehr Lehrkräftestellen statt Leerstellen.
- die Klassengrößen in allen Schulformen schrittweise reduzieren. Somit wird auch eine bessere individuelle Förderung von leistungsstarken als auch von leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern ermöglicht. Lehrerinnen und Lehrer sollten maximal 25 Stunden pro Woche unterrichten.
- auf eine praxisbezogenere Ausbildung und leistungssteigerndere Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer setzen. All das muss stimmen, um die besten Fachkräfte und Nachwuchskräfte für diesen wichtigen Beruf zu gewinnen. Anwerbung, Ablauf der beruflichen Karriere und Bezahlung müssen dazu grundlegend neu geregelt werden.
- die Fortbildung für Lehrkräfte deutlich ausbauen. Insbesondere für die Umsetzung der Inklusion, zur Sprachförderung und für den Umgang mit digitalen Medien fordern wir ein Sonderprogramm des Landes für Fortbildungen, um Lehrkräfte

bestmöglich zu unterstützen und sie für Gegenwart und Zukunft fit zu machen. Neben dem IQ M-V sollten weitere Fortbildungsanbieter mit einbezogen werden, um den hohen Bedarf der Fortbildungen abzudecken und bestmögliche Qualität sicherzustellen.

- das Lehramtsstudium weiterentwickeln, um neben der Vermittlung von theoretischen Grundlagen auch vermehrt den Bezug zur Praxis der Lehrtätigkeit bereits im Studium herzustellen. Die Vermittlung pädagogischer und vor allem methodisch-didaktischer Fähigkeiten muss mehr in den Vordergrund des Lehramtsstudiums gerückt werden.
- Lehrkräfte von unnötigen Dokumentationspflichten entlasten, damit sie sich bestmöglich auf die Förderung der Schülerinnen und Schüler konzentrieren können, statt Zeit für reine Verwaltungsaufgaben zu verschwenden.
- Schulleitungen und Lehrkräfte zukünftig verstärkt durch Schulverwaltungs- sowie Unterrichtsassistentinnen und -assistenten unterstützen. Diese stehen ihnen bei organisatorischen Verwaltungsaufgaben und Unterrichtsvorbereitungen zur Seite. Auch die Leitung von kleineren Schulen muss von sachfremden Aufgaben entlastet werden. Daher muss ebenfalls an kleineren Schulen ein vollwertiges Sekretariat vorhanden sein.
- gewährleisten, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter als pädagogische Unterstützung und Beratung im Haus hat, um komplexe und schwierige soziale Konflikte lösen zu können.
- Spitzenpersonal auch spitzenmäßig bezahlen. Die Verantwortung einer Schulleiterin oder eines Schulleiters ist genauso groß wie die alltäglichen Herausforderungen in den Schulen. Daher muss es in Zukunft mehr Anreize für Lehrkräfte geben, die wichtige Aufgabe der Schulleitung zu übernehmen. Dazu gehört neben der Bezahlung vor allem die Weiterbildung in klassischen Managementaufgaben, welche in der Lehrkräfteausbildung nicht ausreichend vermittelt werden. Moderne Schulleitung erfordert speziell dafür qualifizierte Lehrkräfte oder externe Schulmanagementkräfte, welche mit den heute notwendigen Fähigkeiten in Bereichen wie der Personalführung, Betriebswirtschaft, Recht, Digitalisierung sowie strategischer Schulausrichtung ausgestattet sind und außerdem den Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen einen hohen Stellenwert geben. Diese Kernkompetenzen sind gerade auch für die berufliche Bildung besonders wichtig.

Bildung digital

Automatisierung, Digitalisierung, Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz: Die Informationstechnik ist eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Kaum ein Beruf wird in Zukunft noch ohne Mittel und Methoden der Informationstechnik auskommen. Daher benötigen wir einen Digitalpakt 2.0, der nicht nur in Kabel, Computer und Technik investiert, sondern auch in Köpfe und Weiterbildungen. Wir brauchen dringend mehr Investitionen in professionelle IT-Schuladministration, hochwertige Lernsoftware und bessere Datenschutzstandards für die Schülerinnen und Schüler.

Bei den Schülerinnen und Schülern die Begeisterung für die Chancen und Möglichkeiten einer digitalen Zukunft zu wecken und sie auf eine weitgehend digitalisierte Welt vorzubereiten sowie die Chancen der Digitalisierung im Unterricht und in der Verwaltung zu nutzen, ist Aufgabe und Herausforderung für Schulen und andere Bildungsträger. Das bedarf einerseits entsprechender Lehrinhalte, die von fachkundigen Lehrerinnen und Lehrern angeboten werden, andererseits notwendiger technischer Ausstattung, über welche die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern bis heute nur in den seltensten Fällen verfügen. Dieser Mangel ist nicht nur den knappen Ressourcen der Schulträger geschuldet, sondern auch dem zögerlichen Verhalten und der Hinhaltenaktik der Landesregierung, indem sie den Digitalpakt Schule zwischen Bund und Ländern mit ihren Bedenken und Einwendungen verzögert hat. Die Digitalisierung erfordert ein entschlossenes Handeln des Landes sowie der kommunalen und freien Schulträger.

Die Erfahrungen aus der Zeit der Pandemie bestätigen unsere Haltung, dass die vorhandene Digitalisierung in den Schulen noch in den Kinderschuhen steckt, und verdeutlichen dringendsten Handlungsbedarf.

Wir Freie Demokraten werden:

- digitale und mediendidaktische Kompetenzen für alle Lehrerinnen und Lehrer als unverzichtbar sowohl in Lehramtsstudiengängen als auch in den

Qualifikationsprofilen für Auszubildende und in Weiterbildungsprogrammen festzuschreiben.

- existierende Fortbildungsprogramme - etwa für Lehrerinnen und Lehrer an Schulen durch Medienkompetenztage und für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer durch Kursangebote - stärken und bei den Bildungsträgern neue Weiterbildungsangebote fordern und fördern.
- für alle Kinder und Jugendlichen Medienbildung und den kritischen, selbstbestimmten Umgang mit den modernen Medien als verbindlichen Lerninhalt definieren.
- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen ein Glasfaseranschluss zur Verfügung steht und in allen Schul- und Hochschulgebäuden ein adäquater WLAN-Zugang besteht. Wo dies aus sachlichen Gründen geboten ist, werden wir bereits bei allen Baumaßnahmen Glasfaserleitungen in den Gebäuden der Bildungseinrichtungen verlegen lassen.
- uns dafür einsetzen, dass der Fachunterricht in Informatik für interessierte und technisch begabte Schülerinnen und Schüler bereits ab der 5. Klasse im Wahlpflichtbereich angeboten wird.
- an allen Bildungseinrichtungen die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernkonzepte, wie Blended Learning, Web Based Trainings, Massive Open Online Courses bis hin zu Serious Games sowie Virtual und Augmented Reality, fördern.
- gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung schaffen, wie der IT-Support an den Schulen zu gewährleisten ist. Wir streben das Modell eines „digitalen Hausmeisters“ an, der für die Hard- und Softwarebetreuung an einer oder mehreren Schulen verantwortlich ist.
- die Möglichkeiten, welche die Digitalisierung bietet, endlich für die Schulverwaltung nutzen und allgemeine Schulverwaltungsprogramme mit offenen Schnittstellen allen Schulen verbindlich zur Verfügung stellen.
- Bildungseinrichtungen und ihren Trägern standardisierte Produkt- und Dienstleistungsangebote machen, welche die Anforderungen des Datenschutzes, des Urheberrechts und der Schnittstellenkompatibilität benutzerfreundlich umsetzen.
- dafür sorgen, dass auch der praktische Einsatz von Lernplattformen, zur Verfügung gestellt vom Land Mecklenburg-Vorpommern, Berücksichtigung in der Lehrkräfteausbildung sowie im Schulalltag findet. Wir wollen unseren Schulen und deren Verwaltungen auch in Methodik und Anwendung bei der digitalen Transformation im Bildungsbereich unter die Arme greifen.

- digitale Initiativen in Bildung und Wissenschaft, die kollaboratives Arbeiten über Hochschulen und Schulen hinweg ermöglichen, stärken und fördern. Der Start einer E-Science-Initiative muss geprüft werden.
- die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters im Fachbereich Informatik und digitale Medien in Bildungseinrichtungen fördern. Hierbei soll unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe im Vordergrund stehen.

Mehr Lehre statt Leere in der Ausbildung

Klassische Ausbildungsberufe bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Täglich sind wir auf sie angewiesen. Dennoch beklagen besonders kleine und regionale Betriebe, dass sich kaum noch junge Menschen für diese unersetzbaren Berufe interessieren. Aktuelle Statistiken zeigen eine verheerende Entwicklung: In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze mehr als verdreifacht. Gleichzeitig stieg aber auch die Zahl junger Menschen ohne Ausbildungsplatz.

Wir Freie Demokraten wollen erreichen, dass jeder und jedem der Einstieg in Ausbildung und Arbeit gelingt. Noch immer finden in einigen Regionen des Landes viele Jugendliche keinen passenden Ausbildungsplatz und werden beruflich abgehängt. Das darf so nicht bleiben. Es muss dafür gesorgt werden, dass auch die schwächeren Schülerinnen und Schüler bereits in der Schule das Rüstzeug für das erfolgreiche Absolvieren einer beruflichen Ausbildung erlernen und die Mobilität der Auszubildenden zunimmt. Schulisch schwächere Jugendliche sollen während der Berufsausbildung besser unterstützt werden.

Wir sehen dies als existenzielle Bedrohung unseres Gemeinwohls an, da Mecklenburg-Vorpommern sowohl von einer leistungsfähigen Industrie, einer starken Tourismuswirtschaft als auch von einer modernen Landwirtschaft abhängig ist. Daher fordern wir ein Umdenken in Gesellschaft und Politik, um die berufliche Ausbildung zukunftsfähig und attraktiv zu machen!

Wir Freie Demokraten werden:

- der beruflichen Ausbildung schon bei der Berufsorientierung in den Schulen und insbesondere in den Gymnasien eine zentrale Rolle zuweisen. Dafür braucht es bessere Netzwerke aus Unternehmen, Verbänden, Arbeitsagenturen und Schulen.
- ein Berufsabitur einführen, in dem Schülerinnen und Schüler innerhalb von vier Jahren eine berufliche Ausbildung absolvieren und gleichzeitig ihre Hochschulzugangsberechtigung erwerben.
- das duale Studium ausweiten und stärker auf Jugendliche ausrichten, die über höhere Bildungsabschlüsse verfügen.
- eine hohe Qualität der berufsbildenden Schulen sicherstellen, indem bürokratische Aufgaben abgebaut, Bildungsgänge zielgerichtet weiterentwickelt und neue Berufsbilder etabliert werden.
- die Chancen der Digitalisierung in den berufsbildenden Schulen mit einer modernen IT-Ausstattung nutzen sowie die technische Qualifikation und Unterstützung der Lehrkräfte erhöhen.
- die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern an berufsbildenden Schulen durch eine maximale Stundenzahl von 25 Stunden pro Woche entschärfen.
- die universitäre Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern attraktiver gestalten, um dem eklatanten Personalmangel in berufsbildenden Schulen entgegenzutreten.
- darauf drängen, dass Quereinsteiger eine fundierte fachliche und didaktische Ausbildung erlangt haben müssen, um an Berufsbildenden Schulen unterrichten zu dürfen.
- Online-Lehrkurse einführen als Ergänzung zu traditionellen Unterrichtsveranstaltungen in Kombination mit regelmäßigen Lehrveranstaltungen, um den Austausch von gelerntem Wissen zu gewährleisten.
- Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber finanziell und personell unterstützen, wenn sie Jugendlichen mit Förderbedarf und jugendlichen Migranten mit entsprechendem Aufenthaltsstatus einen Ausbildungsplatz anbieten.
- uns einsetzen für die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von beruflicher und akademischer Bildung. Ein Meister muss genau so viel wert sein wie ein Master.
- analog zur öffentlichen Förderung von Studentenwohnheimen auch die wohnortferne Unterbringung von Auszubildenden unterstützen.

- die Gleichstellung in Fragen der Kostenbefreiung in der höher qualifizierenden Berufsbildung erreichen. Dafür möchten wir diejenigen, die beruflich aufsteigen wollen, die Kosten für Meisterkurse und Meisterprüfungen bei nachgewiesenem Erfolg erstatten.
- den Beantragungsprozess für Empfängerinnen und Empfängern des „Meister-BAföG“ vereinfachen, um die Heranbildung von qualifizierten Fach- und Führungskräften zu fördern. Für neue und nachhaltige Betriebsgründungen im Handwerk, sei es als Nachfolgerin bzw. Nachfolger oder als Gründerin bzw. Gründer, brauchen wir gerade in Mecklenburg-Vorpommern mehr qualifizierte Meisterinnen und Meister.
- das kostengünstige Azubi-Ticket zur ÖPNV-Nutzung fortentwickeln. Die freie Wahl des Ausbildungsberufes darf nicht an Hürden wie mangelnder Mobilität oder der Höhe der Fahrtkosten scheitern.
- uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie mit Selbständigkeit und Beruf einsetzen. Dazu müssen wir eine bessere Betreuung der Kinder gewährleisten. Auch das Interesse von Mädchen für das Handwerk soll in allen Schularten frühzeitig geweckt werden.
- Auszubildende, Betriebe und berufsbildende Schulen dabei unterstützen, die Möglichkeiten internationaler Ausbildungserfahrung über das europäische Programm Erasmus+ stärker zu nutzen.
- die Betriebe vor neuen Abgaben und wachsender Bürokratie bewahren. Daher lehnen wir eine Ausbildungsplatzabgabe ab.

Studieren, Forschen, Lehren - Unser Hochschulpakt

Die Wissenschaftslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern, bestehend aus den Hochschulen des Landes sowie den privaten Hochschulen, hat eine enorme Bedeutung sowohl für die Chancen jüngerer Menschen als auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes insgesamt. Die Hochschulen sollen nicht nur Orte sein, an denen akademische Bildung auf höchstem Niveau vermittelt wird. Dort sollen neue Ideen entstehen, offen diskutiert und weiterentwickelt werden. Sie sind der Grundstein für mehr Innovation, für zukunftssichere Arbeitsplätze und die kulturelle und ökonomische Entwicklung des Landes.

Wir Freie Demokraten wollen die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern so stark machen, dass Menschen aus der ganzen Welt bei uns studieren wollen. Dafür brauchen die Hochschulen entsprechende finanzielle Mittel für eine bessere Ausstattung und mehr Personal. Unser Land braucht Hochschulen, die sich an den Besten der Welt orientieren, um zukunftsfähig zu bleiben.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Grundfinanzierung von Hochschulen deutlich anheben, damit wichtige Investitionen, wie der Neubau oder die Sanierung von Gebäuden schneller realisiert werden.
- den Betreuungsschlüssel deutlich senken, indem mehr Geld für Personal zur Verfügung gestellt wird. Somit wird ein vielfältiges Angebot von Seminaren und das Forschen in kleineren Gruppen ermöglicht.
- die Bereitstellung von hochwertigen und attraktiven Masterstudiengängen verbessern, damit möglichst viele Bachelor-Absolventen weiterführend in Mecklenburg-Vorpommern studieren können.
- keine Studiengebühren in Mecklenburg-Vorpommern einführen, da kostenlose Bildung ein zentrales Element einer durchlässigen Gesellschaft ist. Studieren muss für jeden unabhängig vom Einkommen und der sozialen Herkunft möglich sein.
- die Freiheit und Autonomie der Hochschulen stärken. Wir trauen den Institutionen vor Ort mehr Eigenverantwortung in den Bereichen Bau, Finanzen, Personalangelegenheiten und innere Organisation zu, da vor Ort deutlich besser darüber entschieden werden kann, als es eine Behörde je könnte.
- die Hochschulen außerdem von unnötiger Bürokratie entlasten und ihre internationale Ausrichtung stärker fördern.
- die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre an den Hochschulen unseres Landes verteidigen. Dazu gehört für uns eine offene Debattenkultur mit auch streitbaren Meinungen, solange sich diese in den Grenzen des Grundgesetzes bewegen.
- uns für ein Ende der Kooperation mit chinesischen Konfuzius-Instituten einsetzen.

- ein freiwilliges, kostengünstiges und landesweites Semesterticket für alle Studierenden in ganz Mecklenburg-Vorpommern anbieten. In unserem Flächenland sollten Studierende problemlos mit dem ÖPNV pendeln können, ohne dafür viel Geld bezahlen zu müssen.
- die Wohnheimplatzanzahl für Studierende erhöhen. Unser Land hat derzeit noch die Chance, ein Mietenchaos zu vermeiden, wenn sofort gehandelt und mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.
- die Verantwortung der Hochschulen bei Unternehmensgründungen und -beteiligungen stärken.
- Online-Studiengänge und die Übertragung von Lehrveranstaltungen im Internet, sowie Teilzeitangebote ausweiten.
- uns für das elternunabhängige BAföG einsetzen. Das Einkommen der Eltern darf nicht weiter über die staatliche Förderung von Studierenden entscheiden, da diese ein eigenverantwortliches und selbständiges Leben führen sollen.
- dafür sorgen, dass wissenschaftliche Lektüre fair und weitgehend digital zugänglich gemacht wird.
- eine bessere personelle und technische Ausstattung der Hochschulmedizin garantieren. Eine höhere Kapazität an Studienplätzen muss bereitgestellt werden und ist in Mecklenburg-Vorpommern angesichts des Mangels an Landärztinnen und Landärzten sowie medizinischem Personal allgemein unerlässlich.
- das Orientierungsstudium und Mentorenprogramme ausweiten, um die deutlich zu hohe Abbruchquote von Studierenden zu senken.
- den umfassenden Studiengang Rechtswissenschaften an der Universität Rostock wieder einführen.
- den wissenschaftlichen Mittelbau an den Hochschulen durch eine Verstetigung der Stellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen stärken.
- die bundesweite Einführung von Bildungsgutscheinen unterstützen.
- Möglichkeiten des lebenslangen Lernens in den Hochschulen für alle Bürgerinnen und Bürger ausloten.
- uns für ein modernes Kapazitätsrecht einsetzen.
- für eine umfassende Etablierung und Weiterentwicklung einer Exzellenz-Strategie in Mecklenburg-Vorpommern sorgen.
- die Reformmöglichkeiten hinsichtlich der studentischen Selbstverwaltung sowie der Hochschulverwaltung evaluieren.

- Zwangsrücklagen an den Hochschulen verhindern.
- die Autonomie der Hochschulen durch umfassende Budgetierung und richtige Globalhaushalte erhöhen.
- Bibliotheks- und Literatur-Etats erhöhen und uns für eine Neugestaltung der Bibliotheken-Netzwerke einsetzen.
- Mecklenburg-Vorpommern als Land der Fachkräfte für Softwareentwicklung und Datenanalyse positionieren. Um ihre Zahl deutlich zu erhöhen, werden wir die duale ebenso wie die akademische Aus- und Weiterbildung zielgerichtet weiterentwickeln. Denn dort, wo die besten Entwicklerinnen und Entwickler sind, werden auch die besten Unternehmen entstehen. Ein Kernelement einer erfolgreichen und zukunftssträchtigen digitalen Wirtschaft sind qualifizierte Fachkräfte.
- Ausgründungen an Hochschulen deutlich vereinfachen und fördern.
- Entrepreneurship und die Etablierung von Gründerzentren an Hochschulen stärker fördern.
- Gründungssemester in den Immatrikulationsordnungen der Hochschulen fest verankern.
- die zunehmende und unbegründete Akademisierung von Ausbildungsberufen kritisch beobachten.

Digitalisierung – Zukunft bis an jede Milchkanne

Die digitale Infrastruktur ist heute längst ein entscheidender Standortfaktor. Gerade die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, dass eine umfassende Digitalisierung und die notwendige Breitbandversorgung nicht bloß wünschenswert, sondern absolut notwendig sind. Ohne Internet wäre in den vergangenen Monaten kein Homeoffice möglich gewesen, es hätte keinen Unterricht gegeben und dringende Bestellungen und Auftragsvergaben hätten nicht getätigt werden können. Anwendungen, wie etwa die Telemedizin, autonomes Fahren, die digitale Landwirtschaft, Industrie 4.0 oder die autonome Schifffahrt, werden grundlegend von einem auf Breitband beruhenden und latenzarmen Internetzugang abhängen.

Bislang müssen sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in unserem Land mit einer unterdurchschnittlichen digitalen Infrastruktur abfinden. Aktuell liegt Mecklenburg-Vorpommern auf dem letzten Platz im Bundesvergleich in Hinblick auf die Verfügbarkeit von Breitbandinternet sowie auf einem der hinteren Ränge in Bezug auf schnelles mobiles Internet. Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern diese Lücke im digitalen Ausbau zum Bundesschnitt schließt und perspektivisch zur bundesweiten Spitze aufschließt. Für uns ist klar, dass eine Mindestversorgung mit Bandbreiten von lediglich 50 Mbit/s nicht ausreicht. Wir streben eine Gigabit-Gesellschaft an, für die wirklich schnelles Internet bei 1000 Mbit/s anfängt, um zukunftsfähig zu sein und um über Reserven für künftige Technologiesprünge zu verfügen.

Die Rolle der Politik in der Digitalisierung ist nicht auf den Ausbau der Infrastruktur beschränkt. Wir wollen durch die Digitalisierung der Verwaltung die Effizienz der Behörden steigern und die dadurch gewonnene Zeit für die Bearbeitung komplexer Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Wichtig ist dabei, den Fokus auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu richten und Verwaltungsprozesse zu hinterfragen bzw. zu vereinfachen. Das baut Bürokratie ab und erleichtert es den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft, ihre Ziele effizient zu verfolgen.

Wir möchten, dass Mecklenburg-Vorpommern digital fit für die kommenden Jahrzehnte wird. Deshalb ist die Digitalisierung unseres Landes eines unserer Kernthemen. Im Rahmen einer umfassenden Digitalisierungsstrategie möchten wir solide Ansätze aufgreifen, mit innovativen Ideen erweitern und mit Mut und Tatendrang zu einem verlässlichen Fahrplan verdichten. Ganz gleich, ob in unseren Städten oder auf dem Land: Digitale Zukunft bis an jede Milchkanne, das ist unser Ziel.

Eine Verwaltung des 21. Jahrhunderts

Papier, Stift, Fax und der persönliche Vor-Ort-Termin haben ihren Charme – als Andenken an vergangene Tage. Insbesondere in der Verwaltung zeigt sich dabei, dass früher nicht immer alles besser war: Lange Bearbeitungszeiten, unpassende Öffnungszeiten, Papierberge und Warteschleifen in der Telefonhotline strapazieren die Geduld aller Beteiligten. Ein moderner Verwaltungsapparat sollte alle Chancen der Digitalisierung nutzen und einen exzellenten Service durch eine einfache Antragstellung, hohen Nutzungskomfort, elektronischen Datenaustausch, konsequente Verfahrensbeschleunigung und elektronische Zahlungsmöglichkeiten bieten.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Verwaltung unseres Landes digital auf den neuesten Stand bringen. Hierzu werden wir das Verwaltungsangebot so weit digitalisieren, dass die größtmögliche Zahl an Dienstleistungen vollständig digital und medienbruchfrei in Anspruch genommen werden kann. Die Einführung der elektronischen Akte in allen Landesbehörden soll zudem beschleunigt werden. Für ein effizientes E-Government-System wollen wir uns in der Welt nach guten Vorbildern umschaun und daraus eine passgenaue Lösung für Mecklenburg-Vorpommern entwickeln. Alle Kreise und Kommunen sollen Schnittstellen erhalten, damit sie auch weiterhin in der Lage sind bei Bedarf Lösungen für ihre eigenen Aufgaben zu finden und die Kompatibilität der unterschiedlichen Systeme gewährleistet ist.
- Digitalisierungsprozesse in den Kommunen und im Land fördern. Insbesondere unterstützen wir die Planung von Glasfaser-Ausbauprojekten, IT-Sicherheitskonzepte, ePrivacy und digitale Notfallpläne sowie E-Government und Open Data-Strategien in interkommunaler Zusammenarbeit.
- die Digitalisierung der Verwaltung auf Open Standards und Open Source aufbauen. Sie sind für uns elementare Bestandteile einer erfolgreichen Zukunftsstrategie im Land. Der Staat kann hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- den Bürgerinnen und Bürgern einen freien Zugriff auf behördliche Daten des Landes ermöglichen. Mit „Open Data“ sollen Bürgerinnen und Bürgern wie Unternehmen zukünftig Verwaltungsdaten und -informationen proaktiv und antragsfrei im Netz offengelegt werden. Dies wollen wir mit einem geänderten

Informationsfreiheitsgesetz verbindlich regeln. Nur in einem engen, gesetzlich festgelegten Rahmen dürfen Informationen zurückgehalten werden, etwa bei Fragen der nationalen Sicherheit, wenn Interessen Dritter oder nicht von der öffentlichen Hand gehaltener Unternehmen, betroffen sind.

- einen Zugang für alle Belange ermöglichen. Das MV-Serviceportal wollen wir als digitalen One-Stop-Shop und analog vor Ort eine Anlaufstelle als One-Stop-Shop einrichten, damit unsere Bürgerinnen und Bürger nur einen Ansprechpartner für alle bürokratischen Belange haben – vom Bauantrag bis zur Anmeldung des Neugeborenen.
- bestehende und zukünftige Förderprogramme der Europäischen Union und des Bundes bei ihrer Verwendung in Mecklenburg-Vorpommern vereinfachen und bündeln. Wir werden darauf hinwirken, dass die Ziele der Digitalstrategie im Strukturfonds der Europäischen Union verankert werden.
- eine Aufgabenkritik in der Landesverwaltung durchführen und damit Aufgaben sowie deren Ausführung auf den Prüfstand stellen. Hierzu gehören das staatliche Baumanagement sowie die IT-Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine Rückführung der DVZ M-V GmbH auf ihre Kernaufgaben ein und fordern die Überarbeitung des Datenverarbeitungszentrumsgesetzes M-V mit dem Ziel, mehr Wettbewerb bei der Ausführung staatlicher IT-Aufgaben zu ermöglichen. Auch durch die Zusammenführung verschiedener Aufgaben wollen wir Synergieeffekte heben, die zu einer besseren und günstigeren Ausführung führen. Ein Baustein dabei ist die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern.
- die Verantwortungen in der Verwaltung glasklar aufzeigen und regeln. Darum soll digital einsehbar sein, an welcher Stelle der eigene Antrag derzeit liegt. Was bei einer Paketsendung möglich ist, muss auch bei Verwaltungsverfahren funktionieren.
- die Bearbeitung der Anträge beschleunigen, indem langsames Handeln Konsequenzen hat: Bürgerinnen und Bürger sind an Fristen gebunden, deren Nichteinhaltung Konsequenzen haben. Gleiches muss auch für unsere Ämter gelten. Geeignete Verfahren könnten etwa durch sogenannte Genehmigungsfiktionen beschleunigt werden. Hat die Verwaltung nach Ablauf der Frist keinen Bescheid erteilt, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt.
- die Grundlagen dafür schaffen, dass öffentliche Verwaltungen eigene Kompetenzen für Digitalisierungsprozesse aufbauen. Ähnlich wie in anderen technischen Berufen innerhalb der Verwaltung werden vor Ort Fachkräfte für Projekt-

Management benötigt, die IT-Projekte in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern planen und begleiten können.

- den Rahmen dafür geben, dass Kommunen sich auf die privaten agilen Unternehmen im Land verlassen können und auf deren Kompetenzen in Fragen der Digitalisierung setzen. Die Verwaltung plant, die Unternehmen setzen um.

Gigabit in Mecklenburg-Vorpommern

Die Mittel und Möglichkeiten, unser Land zu einem Vorreiter der Digitalisierung zu machen, sind da. Sie werden aktuell nur nicht ausgeschöpft. Die Digitalisierung scheitert nicht an technischen Schwierigkeiten, sondern an einer ineffizienten Verwaltung und fehlendem politischen Willen. Für uns ist die störungsfreie Übertragung einer Internetverbindung in jedes Haus die Pflicht, ein IT-Unternehmen zwischen grünen Wiesen und ruhigen Wäldern die Kür.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns im Hinblick auf die Breitbandversorgung für eine Berücksichtigung der Anforderungen einer Gigabit-Gesellschaft einsetzen und es dabei nicht nur bei Ankündigungen oder Akquise von Fördermitteln belassen, sondern unter Nutzung aller Möglichkeiten für eine zügige Umsetzung sorgen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, deren Anschluss mit Breitband-Internet zwar schon in der Erde liegt, die aber trotzdem noch über keinen Anschluss verfügen.
- ein Glasfaser-Förderprogramm etablieren, das mit zinsgünstigen Krediten und einem Gutscheinsystem nach britischem Vorbild den privatwirtschaftlichen Ausbau der Breitbandanschlüsse unterstützt.
- uns in den laufenden Verhandlungen mit der Europäischen Kommission für eine Anhebung der Aufgreifschwelle bei der Glasfaserausbau-Förderung stark machen. Unser Ziel soll nicht nur die universelle Verfügbarkeit von Anschlüssen, sondern vor allem auch eine hohe Leistungsfähigkeit sein.
- schnelle Abhilfe für noch unterversorgte Gebiete schaffen. Hierzu werden wir die Nutzung von Übergangstechnologien, wie etwa Richtfunk oder Satellitenübertragung, für bisherige „weiße Flecken“ prüfen.

- den Mobilfunkausbau mit der 5G-Netztechnologie priorisieren und dafür sorgen, dass das Mobilfunknetz auf der Basis eines Funkloch-Screenings so schnell wie möglich vervollständigt wird. Zusätzlich werden wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit eines nationalen Roamings stark machen.
- Hindernisse beim Bau von Netzen minimieren sowie alle Kreise und Gemeinden befähigen, das Telekommunikationsgesetz (TKG) umzusetzen.
- das mobile Internet durch einen Ausbau der Verfügbarkeit offener WLAN-Zugänge stärken und so das Datenvolumen der Bürgerinnen und Bürger entlasten. Dazu sollen alle Landesbehörden offenes WLAN anbieten. Wir unterstützen die Kommunen beim Angebot von offenem WLAN unter anderem durch die Nutzung von Programmen wie „WiFi4EU“. Private Freifunk-Initiativen beziehen wir dabei mit ein und unterstützen diese. Mit einer Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Telemediengesetzes sorgen wir für eine Abschaffung von Haftungsrisiken.
- in Verhandlungen mit der Europäischen Union auf eine dynamische Weiterentwicklung der Aufgreifschwelle für Fördermaßnahmen im Upload drängen.
- die interkommunale Kooperation bei der Digitalisierung fördern und Ausbauregionen stärker zu Clustern verbinden, um den Netzausbau in ländlichen und urbanen Regionen zu synchronisieren.
- Bürger-Breitbandprojekte, zum Beispiel für Einzellagen im ländlichen Raum, vorantreiben und besser vermitteln.

Mehr Wirtschaft, mehr Wachstum, mehr Wohlstand

Die soziale Marktwirtschaft als Grundlage unseres Wohlstands

Spätestens die Corona-Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie sehr wir auf eine funktionierende und freie Wirtschaft angewiesen sind – sei es durch das kurzfristige Zusammenbrechen von internationalen Handelsströmen im letzten Jahr, durch die eindrucksvollen Innovationen im Bereich der Impfstoffe oder durch unser umfassendes Gesundheitssystem, das von den starken Schultern der sozialen Marktwirtschaft getragen wird.

Nur was zuvor erwirtschaftet wurde, kann verteilt werden. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft sichert Arbeitsplätze und die notwendigen Einnahmen für gesellschaftliche Aufgaben, wie Ordnung, Sicherheit, Gesundheit und Bildung. Die Vergangenheit, auch die unseres Landes, lehrt uns sehr deutlich, dass eine solche dynamische Wirtschaft nur entstehen kann, wenn Menschen und die von ihnen gegründeten Unternehmen so frei wie möglich sind. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihren Ideen zu folgen und ihre Chancen zu ergreifen. Für uns Freie Demokraten ist der freie Wettbewerb der beste Weg, um neue Ideen zu entwickeln und so die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Wir Freie Demokraten wollen den Menschen endlich eine echte Zukunftsperspektive in Mecklenburg-Vorpommern bieten. Unser Land kann international der führende Wirtschafts-, Forschungs-, Tourismus- und Kulturstandort im Ostseeraum sein. Die vorhandenen Potenziale wurden bisher nur zu häufig liegen gelassen. Unsere Vision für Mecklenburg-Vorpommern heißt Wachstum. Die Verwaltung des Status Quo ohne mutige Zielsetzungen für die Zukunft bringt uns nicht einmal ins Mittelfeld. Andere Länder haben uns vorgelebt, dass echte Strukturveränderungen möglich sind. Alle Landeskinder sollen die Möglichkeit haben, im eigenen Bundesland gute Arbeitsplätze in einer starken Wirtschaft zu finden. Wir brauchen auch den Zuzug von nationalen und internationalen Fachkräften, die nicht nur die Schönheit der Landschaft zu schätzen wissen, sondern hier auch die besten beruflichen Perspektiven vorfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland wird, in dem jede und jeder die Chance bekommt, sich und die eigenen Ideen zu verwirklichen.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für ein neues Landesraumentwicklungsprogramm (LREP) einsetzen, welches die Entwicklung des Landes in den letzten 30 Jahre berücksichtigt. Es müssen neue Entwicklungsperspektiven und Möglichkeiten für die Menschen und Unternehmen, für die Kommunen und das Land eröffnet werden.
- uns für eine Stärkung der sozialen Marktwirtschaft in Kommunen und auf Landesebene einsetzen. Gewerbe- und Vertragsfreiheit, Privateigentum und freie Preisbildung gilt es zu verteidigen – auch in Krisenzeiten.

- für eine Politik eintreten, die eine Entbürokratisierung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften ernst nimmt. Regelungen sind nur dort zu treffen, wo sie zwingend erforderlich sind und nur soweit sie benötigt werden. Überkommene Vorschriften müssen, beispielsweise über das One-in-One-out-Prinzip, konsequent abgebaut werden.
- für die richtigen Rahmenbedingungen streiten, um Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich fit für die Zukunft zu machen. Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, können wir von neuen Technologien profitieren.

Das Bild von Unternehmerinnen und Unternehmern stärken

Wir Freie Demokraten stehen dafür ein, dass Unternehmerinnen und Unternehmer wieder als das angesehen werden, was sie sind: Menschen, die durch ihre Initiative und durch das Tragen eigener Risiken einen Mehrwert für sich und für die Gesellschaft generieren. Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und die Sozialversicherungsbeiträge werden grundsätzlich durch unternehmerisches Handeln geschaffen und finanziert.

Die Grundlage unserer sozialen Marktwirtschaft ist das unternehmerische Engagement, doch die Darstellung des Unternehmertums wird dieser Verantwortung oftmals nicht gerecht. Wir möchten dem Unternehmergeist wieder den Stellenwert und das Ansehen verschaffen, die ihm gebühren. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie auch Förderinnen und Förderer von Sport, Kultur und vielen gemeinnützigen Einrichtungen. Außerdem sind viele Unternehmen wichtige Ausbildungsstätten und tragen damit sowohl zur Bildung als auch zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung ganzer Regionen bei.

Bereits in den Schulen sollte ein positives Bild von Unternehmergeist gezeichnet werden. Hier müssen die Grundlagen vermittelt werden, die es jungen Menschen ermöglichen später selbst Verantwortung zu übernehmen. Dafür müssen die Rahmenpläne angepasst werden, damit schon in jungen Jahren eines klar wird: Gute Unternehmerinnen und

Unternehmer schaffen gut bezahlte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und sind sowohl für die wirtschaftliche als auch die gesellschaftliche Entwicklung in ihren Regionen von großer Bedeutung.

Verhältnis von Politik und Wirtschaft

Die Politik ist nicht der bessere Unternehmer – ganz im Gegenteil: Alle Versuche, eine Staats- oder Planwirtschaft zu etablieren, haben eindrucksvoll gezeigt, wie schlecht ein Wirtschaften von Oben funktioniert. Es fehlt den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern am nötigen lokalen Wissen, das nur durch Wettbewerb entdeckt werden kann. Zusätzlich tragen sie auch kein persönliches Risiko. Wer nicht pleitegehen kann, wessen eigene Existenz nicht direkt vom eigenen Handeln abhängt, der unterliegt nicht dem Primat der Wirtschaftlichkeit und lässt sich so oft zu Entscheidungen hinreißen, die keine Unternehmerin und kein Unternehmer je getroffen hätte.

Diese Beobachtung zieht sich wie ein roter Faden durch die bisherige Wirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern: Die teuren politischen Pleiten im Zusammenhang mit dem Versuch, Wertstandorte ohne tragfähige Konzepte zu retten, der verschlafene Strukturwandel sowie das grenzwertige Verhalten der Landesregierung im Zusammenhang mit der Nord Stream 2 Pipeline und der Umweltstiftung als Scheinauftraggeber sind Beispiele dafür. Wir Freie Demokraten sehen die Rolle der Politik in der Wirtschaft darin, einen verlässlichen, fairen Rahmen zu schaffen und Hürden abzubauen. Die richtige Wirtschaftspolitik entfesselt die Unternehmen in unserem Land und ermöglicht so einen größeren Wohlstand und mehr Gestaltungsspielräume für jede Einzelne und jeden Einzelnen.

Besonders unsere, durch Kleinst- und Kleinunternehmen geprägte, Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern profitiert davon. Die vielen Handwerkerinnen und Handwerker, Landwirtinnen und Landwirte, Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Selbstständigen werden über Gebühr durch unnötige Bürokratie ausgebremst oder, wie in Zeiten der Pandemie, durch nicht immer nachvollziehbare staatliche Maßnahmen in ihrer Existenz gefährdet, oftmals, ohne dass angekündigte Kompensationen rechtzeitig organisiert wurden.

Wir Freie Demokraten werden:

- Mecklenburg-Vorpommern zu einem unbürokratischen Musterland und Vorreiter für persönliche und wirtschaftliche Freiheit machen. Dabei wollen wir die bereits geltenden One-in-One-out-Regelungen der Bundesebene zum Vorbild für Landesregelungen zur Bürokratiebegrenzung nehmen.
- uns dafür einsetzen, dass die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen streng begrenzt wird, beispielsweise durch eine Novellierung der Kommunalverfassung. Sie darf nur unter hoher Transparenz erfolgen und sollte kein privatwirtschaftliches Angebot verdrängen.
- uns klar gegen kopf- und konzeptionslose Rettungsversuche für einzelne Betriebe positionieren. Das Land darf und kann unternehmerisches Risiko und die Verantwortung für unternehmerische Fehlentscheidungen grundsätzlich nicht abnehmen. Wenn hart erarbeitetes Steuergeld ohne konkrete Zukunftsperspektive fließt, dann ist das selten nachhaltig. In jedem Fall verzerrt es aber den Wettbewerb, setzt gefährliche Fehlanreize und weckt unerfüllbare Hoffnungen.
- Bürokratie konsequent reduzieren. Regeln haben keinen Selbstzweck. Wir werden für jede neue Landesvorgabe künftig zwei alte abbauen. Zusätzlich erhalten alle neuen Regeln ein festes Ablaufdatum. Zu diesem wird ihre Wirksamkeit überprüft und sie müssen aktiv verlängert werden oder laufen aus.
- überflüssige Regeln im Land konsequent streichen und uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass auch auf föderaler Ebene weniger Regelungen erlassen und mehr Regeln abgebaut werden.
- uns konsequent gegen landesseitige Verschärfungen von bundes- oder europarechtlichen Vorgaben einsetzen. Anforderungen an die Wirtschaft, etwa in Umweltfragen, sollten ambitioniert, aber auch verhältnismäßig sein. Einseitige Verschärfungen schaden lediglich der Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes.
- für neue Regelungen ein einfaches und barrierefreies Beteiligungsverfahren einführen. Im Rahmen dieses Verfahrens sollen die Bürgerinnen und Bürger sowie Interessengruppen die Möglichkeit erhalten, ihre Anregungen und ihre Expertise einfach und rechtzeitig einzubringen. Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen sollen zukünftig auf einem einfachen Onlineportal für jede und jeden zugänglich sein.

- Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren beschleunigen. Zukünftig soll es verbindliche Entscheidungsfristen geben. Ist ein Verwaltungsvorgang innerhalb dieser Zeit nicht beschieden, gilt er automatisch als zugunsten der Antragstellerin oder des Antragstellers entschieden. Dort wo es sinnvoll ist, sollen Genehmigungsverfahren durch ein Anzeigeverfahren ersetzt werden.

Vergaberecht entschlacken

Das Land Mecklenburg-Vorpommern braucht für die Zukunft dringend Investitionen in Straßen, Schulen und andere Einrichtungen. Die bisherige Politik der großen Koalition im Land hat nicht nur verhindert, dass diese Investitionen getätigt werden, sondern mit Gesetzesverschärfungen dazu beigetragen, dass vorhandene Gelder nicht abfließen können. Kombiniert mit zu wenig Personal führt die Vielzahl der Regelungen, die bei der Beschaffung von Leistungen eingehalten werden müssen, dazu, dass die öffentliche Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten hat, Angebote zu erhalten.

Der Landtag hat mit der Mehrheit der Regierungskoalition zuletzt mit Wirkung zum 01.01.2019 das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern novelliert. Das Ergebnis sind mehr Bürokratie und mehr Vorgaben ohne nennenswerten Nutzen. Es sind kaum noch Unternehmen bereit, den bürokratischen Aufwand zu betreiben, Angebote abzugeben. Vergaben orientieren sich bei ausbleibenden Angeboten nicht mehr an Preisen aus einem echten Wettbewerb. Auch die Situation in den Behörden ist desaströs: Die Überwachung des Vergabe-Mindestlohns ist kaum durchsetzbar, weil es kein Personal gibt, das dies im Einzelfall prüfen könnte. Der Vergabe-Mindestlohn hat nur auf dem Papier Bedeutung. Eine Erklärung dafür, warum es überhaupt einen Vergabe-Mindestlohn im Land braucht, wenn es sowieso einen bundesweiten Mindestlohn gibt, bleibt die große Koalition schuldig.

Die 16 Bundesländer haben 16 verschiedene Vergabegesetze. Wir Freie Demokraten fordern daher eine radikale Modernisierung des Vergaberechtes. Aufträge sollen erst ab einem Auftragswert in Höhe von 10.000 € für Dienstleistungen und ab 50.000 € für Bauleistungen ausgeschrieben werden müssen. Freiberufliche Leistungen sollen nicht

dem Vergaberecht unterliegen. Die Vielzahl von vergabefremden Regelungen, wie beispielsweise der Vergabe-Mindestlohn und Mindestarbeitsbedingungen müssen ersatzlos gestrichen werden. Die Verfahrensregelungen sollen vereinheitlicht werden und im Kern die Regelungen von dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung übernehmen.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Vergabegesetz M-V abschaffen. Vergabefremde und unnötig bürokratische Regelungen müssen ersatzlos gestrichen werden. Die Verfahrensregelungen sollen an das europäische Vergaberecht angeglichen und die Regelungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen und die Vergabeordnung mit Vereinfachungen auch unterhalb der EU-Schwellenwerte in Mecklenburg-Vorpommern angewandt werden.

Industrie- und Innovationspolitik – Mee(h)r Zukunft wagen

Mecklenburg-Vorpommern lag im Bundesländervergleich 2019 bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf auf dem vorletzten Platz und im Jahr 2020 bei der Arbeitslosenquote auf dem dritten Rang. Bei einem verhältnismäßig niedrigen Innovationsgrad und einer relativ geringen Wertschöpfungstiefe, die nicht zuletzt auch durch die prägenden Wirtschaftssektoren bedingt wird, ist dieses Abschneiden nicht verwunderlich. Ein Ausbau des Industriesektors kann hier den Unterschied machen, vor allem beim Lohnniveau. Doch auch hinsichtlich der Industriedichte sieht das Bild für Mecklenburg-Vorpommern heute nicht wesentlich besser aus.

Dieser Zustand ist aber kein Naturgesetz: Industriezentren können sich im Laufe der Zeit verlagern. Neue Wirtschaftszweige können entstehen. Bayern und das Ruhrgebiet sind nur zwei Beispiele, in denen sich die regionale Wirtschaftsstruktur stark verändert hat. Das Gleiche ist auch bei uns an der Küste möglich, insbesondere, da wir an der Schwelle zu neuen Technologien stehen, die das Meer umfassend nutzen. Wir müssen mehr Zukunft wagen und diese Chancen ergreifen.

Wasserstoff als CO₂-neutraler Energieträger und die damit verbundene, häufig auch maritime Technologie, ein Wandel in der Landwirtschaft und eine noch stärkere

Bedeutung von digitaler Vernetzung sind Themen, bei denen unser Land Vorreiter werden kann, auch weil Mecklenburg-Vorpommern gute Voraussetzungen mitbringt. Trotz der geringen Bevölkerungsdichte verfügen wir über eine beträchtliche Anzahl an führenden Forschungseinrichtungen mit einem breiten Forschungsspektrum, über ausreichend Platz für Ansiedlungen von Betrieben und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, über gut ausgebildete, motivierte Arbeitskräfte und nicht zuletzt haben wir als Küstenland Zugang zu idealen Handelswegen und eine enge Verbindung zum Meer. Mecklenburg-Vorpommern braucht jedoch eine konkrete Strategie, wie dieses große Potenzial gehoben werden kann.

Wir Freie Demokraten werden uns daher dafür einsetzen, dass alles unternommen wird, um neue Industrien in unserem Bundesland anzusiedeln und klug von Innovationen zu profitieren.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine umfassende und fundierte Wirtschafts- und Industriestrategie entwickeln, mit der Mecklenburg-Vorpommern sich im Vergleich und auch in Kooperation mit anderen Bundesländern industriepolitisch weiterentwickeln kann. Basierend darauf werden wir uns im Standortwettbewerb aktiv sowohl für die Pflege der Bestandsunternehmen, als auch für die Ansiedlung weiterer Industrien einsetzen, ohne dabei Branchen ideologisch zu bevorzugen. Dazu gehört neben einer verbesserten Bewerbung unseres Landes und einem geringen Bürokratie-Niveau auch die Erleichterung der steuerlichen Bedingungen über Bundesratsinitiativen.
- Innovations- und Investitionshemmnisse konsequent identifizieren und abbauen.
- Forschungsstandorte ausbauen. Die Forschungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern deckt bereits ein breites Spektrum hochaktueller Themen ab. Wir möchten diese Arbeit unterstützen, indem die Verantwortung für Forschungsinstitute durch eine ressortübergreifende Stelle begleitet und unterstützt wird. Sie soll bestehende Regionale Innovationsstrategien (RIS) fortentwickeln und Hindernisse, speziell für die Spitzenforschung, in Mecklenburg-Vorpommern identifizieren.
- die Wasserstoff-Industrie durch gute Rahmensetzung aktiv fördern. Sei es in Form der Energieerzeugung auf See, der Erforschung neuer Technologie in diesem Feld oder der Ertüchtigung unserer Häfen für Wasserstoff-Importe aus anderen Ländern.

Dazu gehören auch überarbeitete oder neue rechtliche bzw. regulatorische Rahmenbedingungen in Landeskompetenz, die den Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft erleichtern.

- die Förderung von maritimen Innovationen vorantreiben, Mecklenburg-Vorpommern soll als Zentrum für maritime Forschung und Lehre, Entwicklungen und Produktion ausgebaut werden. Der weltweite Bedarf an maritimen Technologien wächst. Die Umstellung auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung und Wirtschaft sowie die Digitalisierung fordern Schifffahrt, Häfen, Werften und ihre Zulieferer und Entwickler weltweit. Unsere Unternehmen, Forschungsstätten sowie das Ingenieurwesen können dabei helfen, Lösungen für diese Herausforderungen zu entwickeln. Hierzu brauchen sie aber beste Rahmenbedingungen. Diese möchten wir Freie Demokraten schaffen, auch im Austausch mit anderen Küstenländern.
- die Bundeswehrstandorte in unserem Bundesland, stärker als es bisher der Fall war, als wichtige Wirtschaftsfaktoren wahrnehmen und uns aktiv um Ausbau und weitere Ansiedlung bemühen.

Digitale Wirtschaft als Innovationstreiber

Für uns Freie Demokraten ist die Wirtschaft der Zukunft eine digitalisierte Wirtschaft. Dabei müssen wir seit Jahren feststellen, dass sich die Regulierung durch den Staat nicht im selben Maße flexibel entwickelt und auch nicht den neuen Entwicklungen anpasst. Es wird immer noch versucht, die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts mit den Mitteln und Maßnahmen des vorherigen Jahrhunderts zu regulieren. Andere Nationalstaaten sind bereits weiter. Deshalb soll Mecklenburg-Vorpommern ein Vorreiter in Deutschland werden. Durch die frühzeitige praktische Erprobung digitaler Geschäftsideen und neuer Geschäftsmodelle können wir diese Vorreiterrolle einnehmen. Von der technologischen Entwicklung überholte Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass der Fortschritt einen Bogen um Mecklenburg-Vorpommern macht und stattdessen woanders Wirklichkeit wird.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Modernisierungsoffensive „Neue digitale Geschäftsmodelle“ initiieren. Sämtliche Gesetze und weitere Regeln werden wir auf Hindernisse für die Entstehung neuer digitaler Geschäftsmodelle zum Beispiel im Bereich der Sharing Economy, der Künstlichen Intelligenz oder autonomer Mobilität untersuchen. Hürden werden abgebaut, faire Wettbewerbsbedingungen für etablierte und neue Geschäftsmodelle geschaffen.
- Testfelder für Transformationen („Regulatory Sandboxes“) schaffen, damit neue Entwicklungen unter anderem in den Bereichen Onlinehandel, Einsatz unbemannter Drohnen oder autonomes Fahren sowie Wasserstofftechnologien möglichst früh bei uns erprobt werden können. In diesen digitalen Freiheitszonen sollen weniger Regularien gelten. Steuerliche Forschungsförderung, bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Startups und weniger Bürokratie sollen Gründungen erleichtern. Aus unserem Land sollen Impulse nach ganz Europa strahlen.
- die Transformationsprozesse des Mittelstands durch spezielle Formate begleiten und unterstützen. Bestehende Netzwerke und Kooperationen wie z.B. die „IT-Initiative Mecklenburg-Vorpommern“ oder die „IT-Lagune“ stehen Pate für weitere Initiativen im Land.
- digitale Innovationen positiv begleiten und fördern, so dass das Land Vorreiter im Bereich der Telemedizin, der Datenanalyse, des Klimaschutzes, der Energieeffizienz und bei Anwendungen der Künstlichen Intelligenz werden kann.
- Mecklenburg-Vorpommern als Land der Softwareentwicklung und Datenanalyse positionieren. Um die Zahl deutlich zu erhöhen, werden wir die duale Ausbildung und Weiterbildung ebenso wie die akademische Aus- und Weiterbildung zielgerichtet weiterentwickeln. Denn dort, wo die besten Entwicklerinnen und Entwickler zu Hause sind, werden auch die besten Unternehmen entstehen.
- die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbreitern, so dass Innovationen schnell als Anwendungen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen können.
- die Initiative „Wirtschaft und Arbeit 4.0“ fortsetzen. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir in diesem Rahmen auf die Qualifizierung von Beschäftigten für die digitale Arbeitswelt legen.
- eine attraktive Ansiedlungspolitik für digitale Innovationen betreiben, damit sich Know-how im Land niederlässt und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

- einen Mobilfunkausbau für maritime Anwendungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone, etwa durch die Nutzung von Windparks, prüfen.

Gute Wege durch die Fläche & durch Europa

Gute Verkehrswege sind für uns in Mecklenburg-Vorpommern essenziell. Ohne sie können die Güter von der Küste nicht im Land verteilt werden, kommen keine Touristinnen und Touristen zu uns und ohne sie kommen auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Flächenland nicht zügig von A nach B. Eine gute Verkehrsanbindung ist eine der Grundvoraussetzung für eine starke Wirtschaft und auch selbst ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, wie unsere Häfen deutlich zeigen.

Dabei ist die Ausgangslage alles andere als schlecht: Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen von Europa und verbindet mit seinen Straßen und Wasserwegen sowohl Skandinavien als auch Osteuropa. Wir können von diesen Verbindungen und von den sich daraus ergebenden Handelsströmen noch mehr profitieren, wenn wir unsere gute geografische Lage nutzen und die Infrastruktur erhalten und ausbauen.

Das sollten wir auch, denn unsere Nachbarn stehen nicht still: Unser Bundesland konkurriert sowohl mit den Häfen in anderen Bundesländern als auch mit denen unserer europäischen Nachbarländer, wie etwa dem geplanten Containerterminal in Swinemünde. Gleiches gilt für die Straßen: Auch der Fehmarnbelt Tunnel wird bestehende Verkehrs- und Warenströme und mit ihnen Wertschöpfung umlenken, mit erheblichen Folgen für die mittleren und östlichen Landesteile. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, müssen wir dringend tätig werden.

Doch nicht nur zu Lande und zu Wasser, sondern auch in der Luft ist Mecklenburg-Vorpommern angebunden. Trotzdem fehlt es bis heute an einem tragfähigen Konzept, wie diese Anbindung sinnvoll genutzt werden kann. Bisher wurde lediglich viel Steuergeld verschwendet, ohne dass eine wirkliche nationale oder internationale Vernetzung stattfand. In einer Pandemie-Situation trifft diese Konzeptlosigkeit nun zusätzlich auf großen wirtschaftlichen Druck, was schlimmstenfalls in einem Wegfall der Flugverkehrsanbindung Mecklenburg-Vorpommerns münden kann. Wir Freie Demokraten wollen dies vermeiden und gleichzeitig keine Experimente mit Steuergeld durchführen.

Insgesamt ist es unser Ziel, dass die Menschen und Güter schnell, gut und ideologiefrei durch unser Land und in unser Land kommen können.

Wir Freie Demokraten werden:

- für eine ideologiefreie Verkehrspolitik kämpfen, die Effizienz, Wahlfreiheit des Verkehrsmittels und Umweltschutz miteinander vereint.
- die Kommunen dabei unterstützen, die Fahrradinfrastruktur im Land weiter auszubauen. Fahrradwege und -straßen sollten hierzu wo nötig saniert und optimiert werden. Außerdem halten wir es für sinnvoll, wenn an Bahnhöfen und Zentralen Omnibusbahnhöfen weitere sichere Fahrradstellplätze eingerichtet werden, um so den multimodalen Verkehr zu erleichtern.
- unsere Seehäfen durch gute Rahmenbedingungen unterstützen. Sie sollen eine bessere Anbindung an das Schienen- und Straßennetz erhalten. Zusätzlich sollen Rahmenbedingungen wie Umweltauflagen oder Gebühren so gestaltet werden, dass den Häfen in unserem Bundesland kein Wettbewerbsnachteil gegenüber den Häfen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein entsteht.
- uns auf europäischer Ebene für ein übergreifendes Verkehrskonzept im Ostseeraum stark machen. Es braucht eine gute Abstimmung zwischen unseren Nachbarn und uns, anstatt nationales Kleinklein und unsinnige sowie ökologisch bedenkliche Dopplung von Verkehrs- und Wirtschaftswegen, wie etwa im Hinblick auf das geplante Containerterminal in Swinemünde.
- bereits geplante Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte umsetzen und identifizierte Lücken im Verkehrsnetz schließen. Dazu gehört vor allem der Ausbau einer leistungsfähigen Ost-West-Bundestraße, eine Ertüchtigung der Bahnstrecken auf 160 km/h und ein Ausbau der Wassertiefe in den Häfen Rostock, Wismar, Sassnitz und Stralsund. So können die Achsen des Transeuropäischen Netzes (TEN) in Mecklenburg-Vorpommern umfassend gestärkt werden.
- das gesamte Autobahnnetz in Mecklenburg-Vorpommern für „Gigaliner“-LKW und Pilotprojekte zum autonomen Fahren freigeben.
- ein landesweites ÖPV-Konzept erarbeiten. Ziel ist es, alle öffentlichen Verkehrsträger in den Regionen zu intelligenten Netzen zu entwickeln und mehr bedarfsgerechte Verkehrsangebote zu schaffen. Die so entstehenden regionalen Netze sollen landesweit verknüpft werden, sowohl hinsichtlich der Taktung als auch,

soweit möglich, hinsichtlich der Beförderungstarife. Der Geschäftsreiseverkehr, Pendlerverkehr und Tourismusverkehr sowie insbesondere auch der ländliche Raum würden davon profitieren.

- uns für eine Stärkung der DB-Anbindung der Städte in unserem Bundesland einsetzen. Mecklenburg-Vorpommern wurde sowohl bei der Sanierung von Bahnhöfen im Rahmen des „1000-Bahnhöfe“ Programms als auch beim Deutschlandtakt vergessen. Das wollen wir ändern.
- eine Mobilitäts-App für ganz Mecklenburg-Vorpommern schaffen, die einen Vergleich von aktueller Verfügbarkeit, Reisezeit und Preis zwischen allen Verkehrsträgern ermöglicht. Zusätzlich werden wir die Einführung eines „Bestpreissystems“ nach dem Vorbild Osnabrücks und Londons prüfen.
- ergänzend zur Stärkung des ÖPNV die gezielte Etablierung von Rufbussen und Ridesharing Angeboten vorantreiben und hierzu die Möglichkeiten des neuen Personenbeförderungsgesetzes voll ausnutzen.
- die Mobilität junger Menschen erhöhen, indem wir die Altersgrenze für die Klasse AM (Motorrollerführerschein) auf 14 Jahre senken. Darüber hinaus wollen wir uns auf Bundesebene für einen Modellversuch „Begleitetes Fahren mit 16“ einsetzen.
- für den Erhalt des Flughafens Rostock-Laage streiten. Mittelfristig werden wir ein Luftfahrtkonzept einfordern, das eine Entwicklungsperspektive für die Luftfahrtanbindung Mecklenburg-Vorpommerns aufzeigt. Dabei müssen ausdrücklich alle möglichen Nutzungskonzepte – gegebenenfalls auch ungewöhnliche, wie etwa die Raumfahrt oder die unbemannte Luftfahrt – und mögliche Akteurinnen und Akteure in die Überlegungen einbezogen werden.
- uns auf Bundesebene gegen einseitige Belastungen des Luftverkehrs, wie z. B. die Luftverkehrsteuer, stark machen. Zudem werden wir anmahnen, dass die Rahmenbedingungen für den Luftverkehr europaweit einheitlich gestaltet werden müssen.

Städtepolitik – Stadt, Land, Leben

Unser Bundesland ist durch weite, oft dünn besiedelte Fläche und Natur geprägt. Die Menschen in den ländlich geprägten Regionen von Mecklenburg-Vorpommern schätzen ihre Heimat genau dafür.

Aber wir haben eben auch lebendige Städte vorzuweisen, die als regionale Zentren oder gar Regiopole fungieren. Sie alle bringen Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen, bündeln wichtige Angebote, wie Dienstleistungen, Einzelhandel und Gastronomie und beleben so unser Land. Diese Zentren wollen wir ausbauen und intelligent mit den umliegenden Regionen vernetzen: Das Wohnen, Arbeiten, Handel und Leben in einer Region und ihrem Zentrum soll dabei ganzheitlich gedacht und weiterentwickelt werden. Dabei wollen wir Verfahren für einen fairen Interessenausgleich zwischen dem Zentrum und der Region schaffen, z.B. für Wohngebiete, Infrastruktur, Dienstleistungen und Kultur sowie dem Handel in den Innenstädten und „auf der grünen Wiese“.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Zentren und den umliegenden Kommunen einsetzen, um eine ganzheitliche Weiterentwicklung und Planung zu ermöglichen, Interessengegensätze zu moderieren und teure Doppelstrukturen, zum Beispiel in der Verwaltung, zu vermeiden. Dabei wollen wir aber keinen Zwang zu Fusionen ausüben.
- die veraltete Trennung von Wohngebieten, großflächigen Industrie- und Gewerbegebieten und Freizeitbezirken in den Städten aufbrechen. Eine lebendige Stadt muss für alle Teile der Gesellschaft da sein. Denn Wohnen, Arbeiten und Freizeit stehen gerade bei uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht im Widerspruch. Dazu muss die Verantwortung für den Lärmschutz auf die heranrückende Wohnbebauung übergehen und die bürokratischen Hürden auf Bundes- und Landesebene endlich zu Gunsten einer modernen, durchmischten Stadt abgebaut werden.
- uns für die Innenentwicklung der Städte und Nachnutzung des Bestandes einsetzen. Für uns gilt: Leerstands-beseitigung geht vor Außenentwicklung. Dazu wollen wir den Umbau des Bestandes günstiger sowie einfacher und damit attraktiver machen. Damit erhalten wir die Außenflächen und aktivieren unsere Innenstädte. Ein pauschales Verbot von Einfamilienhäusern wird es mit uns jedoch nicht geben.
- Nachverdichtung, wo sie sinnvoll und möglich ist, vereinfachen und dabei bekannte, aber auch innovative Wege gehen. Der Dachgeschossausbau, die

Schließung von Baulücken und die Nutzung großer, bisher nicht beachteter Flächen, wie die Dächer von Supermärkten, sind hier Beispiele.

- die Neuausweisung von Gebieten für Einfamilienhäuser besonders in wachsenden Regionen weiter ermöglichen und den Menschen die Möglichkeit geben, über ihre präferierte Wohnform selbst zu entscheiden.
- niedrigere Bauanforderungen für Wohnungen ermöglichen, wo dies realisierbar ist, um günstigere Mieten zu erreichen. Bauen ist zu teuer - in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei wollen wir keine Abstriche bei der Sicherheit und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger machen.
- keiner Verschärfung bei der Möglichkeit zur Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen zustimmen und nicht in das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger eingreifen.
- uns für leistungsfähige und ideologiefreie Verkehrskonzepte in den Städten einsetzen. Ziel ist es, größtmögliche Wahlfreiheit und hohe Effizienz zu erreichen. Pauschale Fahrverbote, plakative Umwandlung von Teilen der Hauptverkehrsstraßen in Radfahrzonen und unsinnige Geschwindigkeitsbegrenzungen gehören nicht zu unserem Verkehrskonzept; ein intelligenter ÖPNV hingegen schon.
- uns bei der Entwicklung zukunftsgerechter Konzepte für Innenstädte engagieren. In den zurückliegenden Jahrzehnten wurden diese vor allem durch den Handel geprägt. Zukünftig wird es darauf ankommen, sie hinsichtlich Vielseitigkeit, Urbanität, Attraktivität und Erreichbarkeit insgesamt so zu entwickeln und zu prägen, dass weiterhin Handel möglich sein wird. Sowohl die Pandemie als auch der generelle Trend zum Onlineshopping sorgt für zunehmenden Leerstand. An diese Stelle können neue Konzepte treten.

Tourismus in MV – ein Land zum Leben & Urlauben

Wir in Mecklenburg-Vorpommern können uns glücklich schätzen, immerhin leben wir in einem der beliebtesten deutschen Reiseländer. Dabei bietet unser Land eine große Bandbreite an bereichernden Erlebnissen. Von der Übernachtung auf dem Familienbauernhof, einem Aktivurlaub mit Wassersport über Kur- und Wellnessaufenthalte bis hin zum Kultururlaub in unseren historisch bedeutenden

Hansestädten und Besuchen unserer einmaligen Naturdenkmäler: Bei uns kommt jede und jeder auf seine Kosten und trägt damit ein bisschen mecklenburgischen und vorpommerschen Geist ins restliche Bundesgebiet und in die Welt.

Längst ist der Tourismus in unserem Bundesland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. So fanden im Jahr 2019, vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, über 34 Millionen touristische Übernachtungen bei uns statt. Unzählige Beherbergungs-, Gastronomie- und Freizeitangebote leben direkt oder indirekt vom Tourismus. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zur Wertschöpfung und sind für rund ein Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich.

Doch während die gesamte Branche lange im Aufwärtstrend lag, sieht die Lage durch die pandemiebedingten Schließungen während der beiden Lockdowns aktuell sehr düster aus. Die erzeugten Einnahmeausfälle gleichen sich auch durch Lockerungen nicht plötzlich aus. Daher wollen wir Freie Demokraten die gesamte Tourismusbranche in der schwierigen Zeit unterstützen und gleichzeitig für die Zukunft rüsten. Andernfalls riskieren wir, dass diese bedeutende Wachstumsbranche um Jahre zurückgeworfen wird.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gewinnt die Verbesserung der Angebote für ältere Menschen zunehmend an Bedeutung. Wir wollen das Ziel der Barrierefreiheit stärken, in allen Bereichen vernetzen und Kultur sowie Tourismus enger verzahnen. Dazu gehört auch der sanfte, nachhaltige Tourismus, der besonders unsere Natur und unsere (Kultur-)Landschaften schützt.

Wir Freie Demokraten werden:

- für passgenaue Pandemielösungen in der Tourismusbranche streiten. Trotz breiter Impfungen und einer zunehmenden Herdenimmunität werden Hygienemaßnahmen weiter von Bedeutung sein. Entscheidend ist daher, diese Maßnahmen so zu wählen, dass ein Maximum an Tourismuswirtschaft möglich bleibt. Mecklenburg-Vorpommern soll das sicherste Tourismusland in Deutschland werden.

- die Tourismusbranche aktiv bei der Suche und Anwerbung von Fachkräften unterstützen. Das Wiederaanlaufen der Branche nach der Pandemie darf nicht an fehlenden Arbeitskräften scheitern. Wir werden uns daher im engen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Branche auf Bundesebene für Erleichterungen, wie etwa eine dauerhafte Verlängerung der 70-Tage-Regelung oder Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld, einsetzen.
- unnötige Regulierungen zur langfristigen Unterstützung der Tourismuswirtschaft abbauen und die Digitalisierung von Verwaltungsakten vorantreiben. Der digitale Meldeschein ist für uns nicht die Krone der Vereinfachung, sondern bloß der Beginn. Ein Beispiel wäre eine einfache digitale Lösung für die vorübergehend touristische Verwendung von Wohnraum.
- Sondersteuern im Tourismusgewerbe wie Betten- oder Übernachtungssteuern abschaffen.
- Weiterbildungsangebote für die digitale Vermarktung von Tourismusbetrieben und tourismusnahen Betrieben unterstützen. Ziel ist es, selbst der kleinsten inhabergeführten Pension zu ermöglichen, bei der Onlinepräsenz mit Hotelketten zu konkurrieren.
- dafür sorgen, dass die landschaftlichen Grundlagen für das Interesse unserer Gästinnen und Gäste an einem Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben. Dazu müssen wir kluge Kompromisse zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichen Interessen der Tourismusbetriebe finden, etwa im Hinblick auf den Schutz von Naturdenkmälern oder die Errichtung von neuen Wind- und Solarparks.
- das Landesmarketing und die Wirtschaftsförderung gezielt für die Bewerbung und Entwicklung des Tourismus einspannen und die Bemühungen stärker verzahnen. Mecklenburg-Vorpommern ist als Spitzenmarke für den Tourismus in Deutschland ständig zu stabilisieren und mittels saisonverlängernder Maßnahmen für breitere Zielgruppen ständig weiterzuentwickeln. Mecklenburg-Vorpommern bietet mit seinen Flächen und Industriegeländen viel Potenzial, um beispielsweise Musik- oder Sportveranstaltungen, Outdoor-Events, Motor- und Wassersport anzusiedeln.
- das Sonntagsöffnungsverbot aufheben.
- die bestehenden Abstandsregelungen für Spielhallen im Glücksspielstaatsvertragsausführungsgesetz auf ein verantwortungsvolles Maß zurückführen, um verantwortungsvollem Umgang mit dem Glücksspiel den Vorzug zu geben vor unkontrolliertem Online-Glücksspiel.

- Fördermittel zielgerichtet für den Tourismus einsetzen und dabei vor allem die Infrastruktur sowie Investitionen in Qualität und Qualifizierung fördern.
- den touristischen Blickwinkel im Rahmen des Landesraumentwicklungsprogramms stärker mit einbeziehen.

Arbeits- und Sozialpolitik – Gemeinsam vor Ort anpacken

Mecklenburg-Vorpommern lebt von den Menschen, die bei uns anpacken: Ganz egal, ob sie das als Angestellte, Landwirtinnen und Landwirte, Handwerkerinnen und Handwerker, selbstständig oder ehrenamtlich Arbeitende tun. Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass wir es diesen Menschen schuldig sind, die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen. Nur wer über Handlungsfreiheit verfügt, kann Großes leisten.

Diese Einstellung müssen wir weitertragen, damit Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft prosperiert. Voraussetzung hierfür ist es, engagierten jungen Menschen den Weg ins Arbeitsleben so einfach wie möglich zu machen und Hürden bei der Geschlechtergerechtigkeit oder für Menschen mit Behinderung abzubauen.

Die wichtigste Ressource für die Zukunft unserer Wirtschaft sind gut ausgebildete und leistungsfähige Fachkräfte. Politik und Unternehmen stehen in gemeinsamer Verantwortung dafür, dass der Fachkräftebedarf zukünftig im Land gedeckt werden kann. Dies gelingt durch qualifizierte Ausbildungsangebote an junge Menschen zur beruflichen Zukunft und Bindung an unser Land, durch Stärkung der bedarfsorientierten beruflichen Weiterbildung, der besseren Qualifikation und Integration von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt sowie deren Rückkehr und die Zuwanderung aus anderen Bundesländern sowie aus dem Ausland nach Mecklenburg-Vorpommern. Eine wichtige Aufgabe zur Gewinnung von Arbeitskräften liegt in der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beispielsweise durch neue flexible Arbeitszeitmodelle und den Bedürfnissen angepasste Betreuungsangebote für Kinder.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Sozialpartnerschaft. Tarifautonomie und zu flexibler Tarifpartnerschaft von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sichern das erfolgreiche Arbeitsmarktmodell in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Daher lehnen wir Freie Demokraten jede Aushöhlung der Tarifautonomie ab.

Die Digitalisierung hat große Auswirkungen auf die Arbeitswelt und diese erfordern neue Rahmenbedingungen. Arbeit wird in vielen Berufen flexibler in Ort und Zeit. Folglich müssen strenge Begrenzungen hinsichtlich Arbeitszeit und Arbeitsplatz gelockert werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass auf veränderte Bedingungen erfolgreich mit Flexibilisierung reagiert werden kann. Wir Freie Demokraten wollen diese Erfahrungen in die Entwicklung der Arbeitswelt der Zukunft übertragen.

Wir Freie Demokraten werden:

- für eine Kultur der Wertschätzung gegenüber unternehmerischer Tätigkeit im breiten Sinne eintreten. Insbesondere gegenüber jeder und jedem, die oder der Arbeitsplätze in unserem Land schafft.
- das Thema Selbständigkeit und Unternehmertum auch in der schulischen Bildung zu einem stärkeren Bestandteil machen.
- die Gründungskultur in unserem Bundesland stärken. Hierzu soll der Einstieg in unternehmerische Tätigkeit entbürokratisiert werden. Zusätzlich wollen wir ein Gründungsstipendium nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens einführen, das allen jungen Menschen offenstehen soll.
- alles auf Landesebene Mögliche unternehmen, um flexibles und mobiles Arbeiten zu erleichtern. Auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes möchten wir Flexibilisierung noch stärker zugänglich machen. Darüber hinaus werden wir uns im Bundesrat für eine Überarbeitung von überkommenen bürokratischen Vorgaben im Arbeitszeitgesetz und der Arbeitsstättenverordnung einsetzen.
- uns im Bundesrat für eine dynamische Kopplung der Minijob- und Midijob-Grenze an den gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Eine Erhöhung des Mindestlohns soll sich am Ende des Monats durch ein höheres Einkommen und nicht durch weniger Stunden, die bis zum Erreichen der Einkommensgrenze gearbeitet werden dürfen, bemerkbar machen.
- uns im Bundesrat für die Einführung eines Liberalen Bürgergelds als Alternativmodell zu bestehenden Sozialleistungen einsetzen.
- prüfen, mit welchen spezifischen regulativen Hürden Menschen mit Behinderungen in unserem Bundesland zu kämpfen haben und diese abbauen.
- einen Kulturwandel in der Verwaltung und den landeseigenen Betrieben anstoßen, um etwaige systematische Benachteiligung aufgrund von Herkunft, Hautfarbe,

sexueller Orientierung oder Geschlecht abzubauen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll zu einem der leistungsgerechtesten Arbeitgeber unserer Republik werden. Hiervon erhoffen wir uns eine Vorbildfunktion für ganz Mecklenburg-Vorpommern.

- die Verantwortung für berufliche Bildung im Wirtschaftsministerium konzentrieren. Berufsschulklassen für kleinere Berufe sollen erhalten werden. Den Lehrkräftemangel an beruflichen Schulen wollen wir in einzelnen Feldern durch gezielte Angebote sowohl an den Hochschulen des Landes als auch soweit aktuell notwendig durch Quereinstieg aus der beruflichen Praxis mit entsprechender pädagogischer Nachqualifizierung beseitigen.
- Auszubildende, Betriebe und berufsbildende Schulen dabei unterstützen, die Möglichkeiten internationaler Ausbildungserfahrung über das europäische Programm Erasmus+ stärker zu nutzen.
- uns für eine echte Nachgründungskultur einsetzen, die vor allem die Förderung von Unternehmensnachfolgen zu einem zentralen Regierungsanliegen macht. Bei Eigenkapitalbedarf der Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger soll die Förderkulisse stärker helfen, ohne jedoch die Initiative oder das Risiko unternehmerischer Tätigkeit zu ersetzen.
- zusätzlich ein zinsgünstiges Förderprogramm für die Übernahme von Klein- und Handwerksbetrieben bis 20 Mitarbeitende auflegen. Jungen Menschen soll so die Fortführung eines Betriebes erleichtert und Know-how im Land gehalten werden.
- darauf hinwirken, dass bei der Anwendung des Aufenthaltsrechts der Aspekt des Fachkräftebedarfs stärker berücksichtigt wird und qualifizierte Interessentinnen und Interessenten schnell und unkompliziert an Arbeitsplätze kommen können.
- uns auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsrechts zu einem modernen, in sich schlüssigen Einwanderungsgesetz einsetzen.
- uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ein Weiterbildungskonto für eigene Fort- und Weiterbildungen eingerichtet wird, auf dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einkommen steuer- und sozialversicherungsfrei ansparen können.
- für die Anforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt Möglichkeiten zur Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort schaffen.

Wirtschaft und Gesellschaft in der Krise stabilisieren

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass Krisen manchmal auch Einschränkungen der Freiheit notwendig machen. Die Corona-Pandemie war und ist eine solche Krise. Sie kann jederzeit wieder auftreten, daher muss Politik die weitgehende Erhaltung der Freiheitsrechte auch im Krisenmodus zum Ziel haben. Freiheitseinschränkungen sind an hohe Hürden gebunden. So müssen sie stets für den Zweck zwingend notwendig, zeitlich begrenzt und verhältnismäßig sein.

Für uns ist jedoch ebenso klar, dass jedes Ziel – auch der Gesundheitsschutz – niemals absolut ist und nur unter gewissen Kosten erreicht werden kann. Im Hinblick auf die Pandemie bedeutet dies für uns, dass ein kompletter wirtschaftlicher Stillstand auch mit dem Infektionsschutz aufgrund der enormen Folgekosten nicht zu rechtfertigen ist. Schließlich wird unser Gesundheitssystem von den starken Schultern der Wirtschaft getragen, ebenso wie staatliche Kompensationszahlungen letztlich von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, also von uns allen, aufzubringen sind.

Auch wenn die aktuellen Entwicklungen der Infektionszahlen und die wachsende Impfquote hoffen lassen, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Pandemie zurückkehrt oder sich in absehbarer Zeit ein neues Virus verbreitet. Wir wollen daher grundsätzlich eine neue Politik etablieren, die auch im gesundheitlichen Krisenmodus die größtmögliche Freiheit zum Leben und Wirtschaften ermöglicht, gleichzeitig aber verantwortungsvoll die Gesundheit schützt.

Und auch wenn wir die Pandemie und die vielen schwierigen Monate möglichst schnell hinter uns lassen wollen: Wir dürfen nicht vergessen, welcher enormen Schaden die Schließungen vieler Betriebe in den beiden Lockdowns hinterlassen haben. Manche Unternehmen haben diese nicht verkraftet und auch manche Branchen werden sich davon nicht vollständig erholen. Hinter diesen Pleiten stehen keine anonymen Großunternehmen, sondern Menschen aus unserer Nachbarschaft, aus unserem Land. Hier wollen wir unterstützen und Antworten bieten.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns im Zusammenspiel der föderalen Ebenen für ein Primat der Parlamente aussprechen. Ein Durchregieren der Exekutive, ganz gleich, ob im Bund oder im

Land, darf es nicht mehr geben. Wir werden diese Haltung offensiv auf der Bundesebene vertreten und uns für eine verantwortungsvolle, situationsgerechte, regionale Handhabung möglicher staatlicher Eingriffe einsetzen.

- die Stufenpläne zur Pandemiebekämpfung laufend an die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten anpassen und dabei für klare Kriterien und medizinische sowie gesellschaftliche Zielsetzungen, für eine breite, interdisziplinäre Pluralität der betrachteten wissenschaftlichen Meinungen und für die systematische Prüfung aller sinnvollen Alternativen sorgen.
- Studien auf Landesebene anstoßen, die in verschiedenen Lebensbereichen (und so auch in wirtschaftlichen Strukturen) Ansteckungen mit dem Coronavirus sowie Einflussfaktoren auf die Ausbreitung erforschen. Sie sollen die Basis für ein umfassendes Pandemiekonzept bilden, mit dem wir den Handel, die Gastronomie und das Dienstleistungsgewerbe auch auf kommende Pandemien vorbereiten wollen.
- uns auf Bundesebene für bessere und zielgenaue Wirtschaftshilfen in der Pandemie einsetzen. Unternehmen brauchen schnelle unkomplizierte Lösungen, gleichzeitig muss ein "Gießkannenprinzip" vermieden werden. Wir möchten daher schnellstmöglich eine negative Gewinnsteuer zusammen mit dem Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen einführen.
- an der Universität Rostock ein fakultätsübergreifendes Forschungszentrum für technische Hygienelösungen schaffen. Dieses Zentrum soll sich mit Technologien, wie Luftfiltern oder Virenbekämpfung mit Hilfe von UV-Licht, befassen.
- für von der Krise betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern gezielte Neustart-Coachings anbieten.
- den Einzelhandel durch eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten unterstützen.

Energiepolitik für Morgen und Übermorgen

Wir Freie Demokraten wollen die ehrgeizigen Pariser Klimaziele vorantreiben und das vollständig auf der Basis physikalischer Vernunft, Technologieoffenheit und marktwirtschaftlicher Lösungen.

Die Energieversorgung einer modernen, industrialisierten Volkswirtschaft ist ein komplexes System. Es geht hierbei nicht nur um Strom, sondern auch um die Wärme

von Gebäudeheizungen bis hin zu chemischen/industriellen Prozessen, um Treibstoffe für Verkehr und Mobilität sowie Energieversorgung für Industrie und Gewerbe. Gerade in der intelligenten Verknüpfung aller Elemente, der sogenannten Sektorenkopplung, liegt noch hohes CO₂-Emissionseinsparungspotenzial.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine systemische und im europäischen Zusammenhang gedachte Energiepolitik ein, die innovativ, nachhaltig und technologieoffen ist, aber gleichzeitig auch physikalisch und ökonomisch realistisch gestaltet wird.

Energie muss bezahlbar bleiben. Energiekosten sind ein wichtiger Faktor im internationalen Wettbewerb als auch für den lokalen Verbrauch. Mecklenburg-Vorpommern gehört heute zu den Regionen mit den weltweit höchsten Stromkosten. Das ist kein Ansiedlungsanreiz für neues Gewerbe und belastet gerade die weniger wohlhabenden Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern über Gebühr.

Das beste Mittel, um die Ziele Klimaneutralität und Bezahlbarkeit zu erreichen, ist aus unserer Sicht ein starker Wettbewerb von Innovationen und dessen Stimulation durch die Nutzung von marktwirtschaftlichen Instrumenten. Wir bekennen uns daher klar zum weltweiten Emissionshandel, durch den der CO₂-Ausstoß global und in allen Sektoren einen einheitlichen Preis bekommen soll. Das liefert Anreize, effizient mit Energie zu wirtschaften, und führt in der Konsequenz zum Ausscheiden ineffizienter Technologien. Wie genau die künftige Energieversorgung dann technisch aussehen wird, sollte die Politik nicht voraussagen oder erzwingen wollen. Stattdessen sollte sie sich auf das Setzen zielführender Rahmenbedingungen beschränken, wie z.B. den Emissionshandel oder Infrastrukturplanungen. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, Subventionen durch marktwirtschaftliche Mechanismen zu ersetzen und somit langfristig wieder einen wettbewerbsfähigen Energiepreis im Land zu erzielen.

Klar ist heute schon, dass wir höchstwahrscheinlich nicht auf die Nutzung bestimmter Technologien und Energieträger verzichten können. Neben sämtlichen Formen der erneuerbaren Energien (Wind, Solar, Wasserkraft, Biogas, Erdwärme) werden wir Möglichkeiten schaffen müssen, in denen wir bei nicht ausreichenden Kapazitäten dieser Formen, bedarfsorientiert und zu annehmbaren Kosten, Energie herstellen können. Neben Gaskraftwerken setzen wir uns für eine in Mecklenburg-Vorpommern ansässige Wasserstoffproduktion ein. Die bereits vorhandenen Überkapazitäten z.B. in

der Windenergie müssen zeitnah für die Produktion von Wasserstoff bereitgestellt werden. Der bisher nicht produzierte Strom aus wind- oder sonnenintensiven Phasen ist bereits durch die Unternehmen und Haushalte finanziert, denn bisher wird bei negativen Strombörsenpreisen oder fehlender Verteilnetzkapazitäten die Produktion eingestellt und trotzdem bezahlt. Diese Energiemengen sollen schnellstmöglich durch Elektrolyseure in Wasserstoff umgewandelt werden. Unter anderem mit der Veräußerung des Wasserstoffs könnte die EEG-Umlage abgeschafft werden. Langfristig können so neue Möglichkeiten geschaffen werden, sodass erneuerbare Energien nicht länger von Subventionen abhängig sind.

CO₂-neutral erzeugter Wasserstoff kann, in reiner Form oder als Basis für synthetische Kraftstoffe, fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen und mittels Brennstoffzellen PKWs, LKWs, Flugzeuge und Schiffe antreiben sowie Gebäude heizen. Wasserstoff kann, im Gegensatz zu Strom, über weite Strecken, etwa durch Pipelines, Tankfahrzeuge oder mit Schiffen, transportiert werden. Durch den Seehafen Rostock verfügt Mecklenburg-Vorpommern bereits über eine entsprechende Infrastruktur für den Export, die allerdings weiter ausgebaut werden muss.

Sonnen- und windreiche Regionen, wie unsere Küste und die Offshore-Parks auf See, bieten grundsätzlich großes Potenzial, um grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe auf Basis erneuerbaren Stroms herzustellen und so die Energiewende sinnvoll voranzutreiben. Dies kann ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Exportschlager für die Region Mecklenburg-Vorpommerns werden. Hierdurch kann sich unser Bundesland sowohl als Forschungs- als auch als Industriestandort etablieren und somit gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

Eine Energiewende hin zu einem hohen Anteil von Versorgung aus Erneuerbaren Energieträgern (EE) wird nur dann gesellschaftlich akzeptabel und damit machbar sein, wenn sie auch für die vom EE-Ausbau unmittelbar Betroffenen akzeptabel ist. Deshalb setzen wir uns für eine Änderung des Bürgerbeteiligungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern ein, sodass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden tatsächlich partizipieren können.

Allerdings ist absehbar, dass die Potenziale in Deutschland bei weitem nicht ausreichenden Strom liefern werden, um den Bedarf an Wasserstoff für unsere Industrien

allein zu decken. Bei der Menge an Anwendungen, die durch Wasserstoff klimaneutral werden sollen, sind wir daher entscheidend auf Wasserstoffimporte von innerhalb und außerhalb Europas angewiesen. Unsere Häfen können hier zu einem wichtigen Umschlagplatz, Logistik- und Weiterverarbeitungsstandort werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für eine Energiepolitik einsetzen, die Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Akzeptanz und Bezahlbarkeit als gleichrangige Ziele zusammen denkt.
- für Technologieoffenheit eintreten. Wir wissen heute nicht, welche Energieträger sich langfristig in welchem Bereich durchsetzen werden. Daher braucht es einen echten Wettbewerb im Rahmen eines ambitionierten Emissionshandels. Wir wollen alle gesellschaftlich akzeptierten Technologieoptionen, für die Interessenten auf Angebotsseite vorhanden sind, in einen echten Wettbewerb der Ideen einbeziehen, um die ehrgeizigen Klimaziele innovativ und kosteneffizient zu erreichen.
- die Entwicklungsarbeiten in der Fusionstechnik, bei der das Projekt „Wendelstein“ des IPP in Greifswald weltweit zu den Führenden gehört, aktiv begleiten. Dazu gehört auch, uns gegebenenfalls für eine politische Beschleunigung einzusetzen.
- uns für eine Reformierung des EEGs auf Bundesebene einsetzen, die es ermöglicht, ungenutzte Kapazitäten für die Wasserstoffproduktion zu nutzen.
- uns für eine zeitnahe Aktualisierung der Landesraumentwicklungsplanung einsetzen.
- die Erzeugung aller Arten von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen bei uns im Bundesland sowie die Entwicklung und Erforschung von Wasserstoffantrieben offen begleiten.
- unsere Häfen dabei unterstützen, auf künftige Im- und Exporte von Wasserstoff vorbereitet zu sein. Dazu gehört zum Beispiel eine aktive Begleitung des Projekts „Energiehafen Rostock“ sowie eine Evaluierung der Umnutzung bereits bestehender Energiearchitektur, siehe Bunkeranlagen.
- unser Land frühzeitig auf europäischer Ebene, beispielsweise im Rahmen einer noch zu gründenden Wasserstoffunion, als vertrauenswürdigen und ersten Ansprechpartner etablieren und die europäische Entwicklung einer gemeinsamen Wasserstoffstrategie durch unsere Grenznähe und Lage am Meer bereichern.

- prüfen, wie die Erdgas-Pipeline-Infrastruktur in unserem Land zur Speicherung und zum Transport von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien genutzt werden könnte.

Für eine innovative Landwirtschaft und effektiven Umweltschutz

Die Bewahrung der Umwelt ist elementare Grundvoraussetzung für ein gutes Leben in unserem Bundesland. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über einzigartige Naturwunder sowie eine reiche Flora und Fauna, die es für kommende Generationen zu schützen gilt.

Eine saubere Umwelt und ein nachhaltiger Umgang ist Voraussetzung für viele Arbeitsplätze an der Küste, auf dem Meer und in einer florierenden Tourismuswirtschaft. Auch die Landwirtschaft und die vielen Unternehmen der Ernährungswirtschaft leben von guten Böden und guten Umweltbedingungen sowohl in Hinsicht auf die Qualität der Produkte als auch in Hinblick auf das Image unseres Landes als Herkunftsort gesunder, hochwertiger Lebensmittel.

Unsere Umwelt ist sowohl ökologisch wie ökonomisch die Lebensgrundlage in Mecklenburg-Vorpommern und auf der ganzen Welt. Aufgabe einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Umweltpolitik muss es daher sein, einen wirkungsvollen als auch effizienten Umweltschutz mit einer zukunftsorientierten und lebenspraktischen Nutzung zu verbinden.

Wir sind davon überzeugt, dass sich dieses Ziel am besten erreichen lässt, wenn wir konsequent auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb und gezielte Anreize statt auf stumpfe Verbote und Ideologie setzen.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Umweltpolitik verfolgen, die lebensnah, frei von ideologischen Übertreibungen und realisierbar ist. Echte Nachhaltigkeit kann dabei nur durch europäische und internationale Kooperationen erreicht werden.

- eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung unserer Lebensgrundlagen erleichtern und aktiv fördern. Unsere Küste, unsere Fischgründe und unser Boden sollen auch noch von kommenden Generationen genutzt werden können.
- sowohl ökologische wie soziale Herausforderungen ernst nehmen und ausgewogene Lösungen finden.

Ländlichen Raum bewirtschaften statt in ein Reservat verwandeln

Die Land- und Forstwirtschaft sowie Binnen- und Seefischerei stiften Identität, pflegen die Landschaft, fördern die Kultur und sind Motor des ländlichen Raums. Landwirtinnen und Landwirte sind seit Jahrhunderten dem Schutz ihrer Böden verpflichtet. Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei sind erfolgreiche, innovative und leistungsorientierte Branchen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie stellen gesunde und hochwertige Produkte her.

Dabei befinden sich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, ob konventionell oder ökologisch, in einem ständigen Entwicklungs- und Anpassungsprozess, der den Unternehmen große Kreativität und Flexibilität abverlangt.

Wir Freie Demokraten setzen auf eine bodenständige Landwirtschaft, die in den Regionen verwurzelt ist. Die Rechtsform, die Größe oder die Art der Bewirtschaftung der Betriebe ist zweitrangig. Wie Landwirtinnen und Landwirte ihre Betriebe organisieren, unterliegt ihren Entscheidungen, denn sie tragen die unternehmerische Verantwortung.

Die Freien Demokraten setzen sich für eine Agrarpolitik ein, die die Landwirtinnen und Landwirte nicht bevormundet, sondern Freiraum für unternehmerisches Handeln lässt. Der faire Ausgleich zwischen berechtigten Umweltschutzaspekten und unternehmerisch denkender und handelnder Landwirtinnen und Landwirte steht im Mittelpunkt liberaler Agrarpolitik.

Landwirtinnen und Landwirte produzieren in erster Linie Lebensmittel. Als Produzentinnen und Produzenten von nachwachsenden Rohstoffen haben sie sich ein weiteres Produktionsfeld erschlossen.

Der ländliche Raum ist für uns Freie Demokraten ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens-, Entwicklungs- und Kulturraum. Er ist keine Restfläche für Schutzzonen und ökologische Ausgleichsräume der Ballungszentren. Durch staatliches Handeln dürfen Eigentumsrechte nicht ersatzlos verloren gehen. Sozialbindung darf nicht zur Nutzungsenteignung führen. Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Eine nachhaltig betriebene Land- und Forstwirtschaft ist ein wichtiger Partner für den Naturschutz und den Fremdenverkehr.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine wettbewerbsfähige, innovative und verbraucherorientierte Landwirtschaft durch Rahmenbedingungen unterstützen, die ermöglichen, dass Landwirtinnen und Landwirte den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften können. Wir lehnen dabei jede politische Bevorzugung einer bestimmten Bewirtschaftungsart ab. Die Entscheidung darüber muss frei bei der Landwirtin bzw. bei dem Landwirt liegen, indem auf die Nachfrage durch aufgeklärte und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher reagiert wird.
- die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe weiter verbessern, damit Agrarprodukte in unserem Land erzeugt und veredelt werden können. Dabei werden wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit gewährleisten.
- die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus allen Produktionsrichtungen unterstützen.
- durch eine moderne, digital unterstützte Landwirtschaft dazu beitragen, den Einsatz von Ressourcen standortgemäß zu optimieren und zu reduzieren. Das ist unser Weg anstelle pauschaler und undifferenzierter Quoten zur Senkung von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln.
- Transparenz für die Landwirtinnen und Landwirte schaffen, warum sich Feldblöcke in einem „Roten Gebiet“ befinden und Wege aufzeichnen, wie diese wieder in eine Nutzung ohne Einschränkungen zurückgeführt werden können. Die Quellen der bestehenden Nährstoffüberschüsse müssen weiter untersucht und durch

angemessene Maßnahmen reduziert werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für den weiteren Ausbau des Nitrat-Messstellennetzes ein. Zur Ausweisung der Stickstoff Ist-Salden in den Feldblöcken müssen die tatsächlichen Daten der Betriebe in die Berechnung einfließen. Eine generelle Meldung der ausgebrachten Düngermenge in eine zentrale Düngerdatenbank lehnen wir ab, um die Landwirtinnen und Landwirte nicht mit neuer Bürokratie zu belasten.

- Chancengleichheit für konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebe einfordern. Eine ideologisch und politisch motivierte Bevorzugung und Unterstützung ökologischer Produktion, wie z. B. über die Verpachungskriterien des Landes, lehnen wir ab.
- das Tierwohl kontinuierlich verbessern. Daher setzen wir uns für europaweit einheitlich hohe und verbindliche Standards ein. Dies gilt für Haltung und Transport gleichermaßen. Dabei setzen wir auf rechtsstaatliche Kontrollen und wirksame Modernisierungsschritte in der Tierhaltung, die auch für kleine und mittlere Betriebe umsetzbar sind. Damit Landwirtinnen und Landwirte Investitionsentscheidungen für mehr Tierwohl planen können, brauchen sie zudem verlässliche Rahmenbedingungen. Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen, wie zwischen Tierwohl und Immissionsschutz, müssen aufgelöst und eine Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigeren Standards durch Verzerrung von Wettbewerbsbedingungen verhindert werden. Die überholte Anbindehaltung wollen wir schrittweise überwinden und die Landwirtinnen und Landwirte bei der weiteren Umstellung auf tierschonende Haltungsmethoden unterstützen und zur Kooperation motivieren.
- die rechtsstaatlichen Kontrollen zum Schutz von Nutz- und Haustieren durch mehr und besser ausgebildetes Personal stärken.
- keine nationalen Sonderwege, wie z. B. beim Aktionsprogramm Insektenschutz gehen, weil diese nicht in eine europäische Agrarpolitik passen und die heimische Landwirtschaft gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern benachteiligen.
- Bewirtschaftungseinschränkungen, die über die allgemein geltenden, gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, angemessen ausgleichen. Naturschutz muss solidarisch von den Schultern der Landwirtinnen und Landwirte auf die Schultern aller verteilt werden.

- vor dem Hintergrund der stark wachsenden Weltbevölkerung und der günstigen Küstenlage unseres Landes weitere Exportmöglichkeiten für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern erschließen.
- den Weg der Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion und die damit verbundene stärkere Orientierung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der sozialen Marktwirtschaft im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der Europäischen Union konsequent weiter beschreiten.
- eine Überfrachtung der ersten Säule mit Anforderungen, die über die gute fachliche Praxis, also die strenge Fachgesetzgebung hinausgehen, ablehnen.
- vertraglich abgesicherte Maßnahmen zugunsten des Natur- und Umweltschutzes über die Mittel aus der zweiten Säule honorieren. Dabei soll nicht nur der höhere Aufwand entschädigt, sondern auch eine Einkommenskomponente für die Landwirtinnen und Landwirte eingebaut werden, damit Naturschutz zu einem Geschäftsfeld für ebendiese werden kann.
- Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten an Landwirtinnen und Landwirte vergeben.
- einen Naturschutz mit und nicht gegen die Landwirtinnen und Landwirte unterstützen, denn das Prinzip „Pflege durch Nutzung“ muss weiter ausgebaut werden.
- faire Chancen für Landwirtinnen und Landwirte bei der Vermarktung ihrer regionalen Produkte fordern, um bessere Verhandlungspositionen gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zu erreichen. Dazu streben wir eine kartellrechtliche Überprüfung der Situation im LEH an.
- ein Agrarstrukturgesetz ablehnen, das in die Vertragsfreiheit zwischen Bodeneigentümerinnen und -eigentümern sowie Landwirtinnen und Landwirten eingreift. Diejenigen, die ihre Flächen bewirtschaften, müssen sich unabhängig von politischer Einflussnahme auf die Nutzung verständigen können. Die geltenden Bestimmungen im Grundstücksverkehrsgesetz müssen konsequent angewandt werden.
- die starke Inanspruchnahme landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen als Ausgleichsflächen bei öffentlichen und privaten Planungsvorhaben reduzieren.
- uns für ein sachgerechtes und wirksames Biber-, Wildgänse-, Kormoran- und Wolfsmanagement einsetzen. Schäden an Privateigentum, die durch die geschützten Arten entstehen, müssen ausgeglichen werden.

- eine Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht unterstützen und uns für die Festlegung einer Bestandsobergrenze einsetzen.
- weitere Anstrengungen in der Forschung, Entwicklung und der Markteinführung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen unterstützen.
- die Erforschung moderner, schneller Züchtungsmethoden, nichts anderes ist nämlich die „Grüne Gentechnik“, im Land weiter ermöglichen, weil wir die Chancen sehen, die sich daraus ergeben. Neue Züchtungstechniken, wie CRISPR/Cas, bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind.
- die Zulassungsbehörden stärken, damit neue und moderne Pflanzenschutzmittel zeitnah zugelassen werden können.
- uns für eine allgemeine Kennzeichnung aller Produkte einsetzen, die gentechnisch behandelte Inhaltsstoffe enthalten, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine größtmögliche Transparenz zu ermöglichen.
- uns dafür einsetzen den Wirkstoff Glyphosat fachlich zu bewerten und dabei seine Bedeutung als wichtiges Instrument im Resistenzmanagement, zur Vermeidung von Erosionen und als Baustein in der bodenschonenden pfluglosen Bodenbearbeitung und Direktsaat in die Bewertung mit einbeziehen. Ein fachgerechter Einsatz ist laut der Einschätzung des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit unbedenklich.
- uns für eine Förderung der Forschung in der Sensor- und Robotertechnik einsetzen, um in dieser zukunftssträchtigen Technologie weltweiter Vorreiter zu werden.
- uns für eine Stärkung der Verarbeitung landwirtschaftlicher und tierischer Produkte in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Durch die Nutzung kurzer Weg soll so die Wertschöpfung im Land erhöht werden.
- die heimischen Eiweißfrüchte durch Unterstützung der Züchtung, Anbauberatung, Vermarktung und Verarbeitung weiter fördern.

Digitale Landwirtschaft 4.0

Wir Freie Demokraten wollen die Entwicklung smarterer Lösungen für die Agrarwirtschaft mit europäischen Mitteln stärker fördern. Überall in Europa steht die Landwirtschaft vor einem großen Strukturwandel. Fachkräfte fehlen und die Kosten für traditionelle Landbewirtschaftung steigen. Die Digitalisierung kann dazu zukunftsichernde

Antworten liefern. So kann die digitale Landwirtschaft 4.0 helfen, mühsame Aufgaben durch Automatisierung zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser und somit umweltschonender auszubringen, die Gesundheit von Nutztieren besser zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern. Um diese Potenziale ausschöpfen zu können, muss die Netzinfrastruktur auch für die Landwirtschaft entsprechend ausgebaut werden. Damit die smarten Technologien nicht zum gläsernen Betrieb oder zur Konzentration von Marktmacht führen, setzen wir uns in Europa für ordnungspolitische Leitplanken bei der Sicherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der Standardisierung von Schnittstellen und Datenformaten unterschiedlicher Systemanbieter ein.

Forstwirtschaft statt Urwald

Wir setzen uns für eine nachhaltige und effiziente Waldbewirtschaftung ein. Holz ist ein wichtiger nachwachsender Rohstoff. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln und Zellstoff sowie die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Der Wald hat nicht nur als Lieferant des nachwachsenden Rohstoffs Holz eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Auch in seiner Schutz- und Erholungsfunktion erfüllt er wichtige Aufgaben für die Naherholung und den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, Aufforstung als wichtiges klimapolitisches Instrument zur Speicherung von CO₂ stärker zu nutzen und marktwirtschaftlich zu unterstützen. In Wäldern neu gebundenes CO₂ soll als negative Emission entsprechend mit zu vergebenden Emissionszertifikaten belohnt werden.
- um die bestehenden Schäden im Wald zu beseitigen, eine echte Waldschutz-Offensive starten, die neben der Schadholzbergung und Schädlingsbekämpfung eine schnelle Aufforstung mit klimaresilienten und wirtschaftlich tragfähigen Baumarten forciert.
- Wettbewerbsnachteile für privatwirtschaftliche Betriebe gegenüber der Landesforstanstalt abbauen.

- für die Gleichrangigkeit von Forst-, Jagd- und Naturschutzgesetzgebungen eintreten, damit Jägerinnen und Jäger ihrem Auftrag zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen zum Erhalt der biologischen Vielfalt nachkommen können.
- das funktionierende Jagdsystem erhalten, bei dem die Hauptverantwortung für die Wildbewirtschaftung bei den Jägerinnen und Jägern sowie bei den Grundeigentümerinnen und -eigentümern liegt.
- die Wiedereinführung der bürokratischen Jagdsteuer ablehnen.

Fischerei ist Brauchtum und Wirtschaft

Historisch gewachsene Teichwirtschaften, die Fluss- und Seenfischerei und die Küstenfischerei prägen unsere Landschaft und versorgen uns mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Der Rückgang und die Gefährdung der gewerblichen Fischerei müssen verhindert werden, weil ansonsten Wissen, Brauchtum und ein Wirtschaftsfaktor verloren gehen.

Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU und deren Umsetzung hat das klare Ziel einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände. Dadurch soll eine mittel- und langfristige Erholung sowohl der Bestände als auch der Fischerei als Wirtschaftszweig erreicht werden. Allerdings sollte diese Wende mit dem nötigen Augenmaß durchgeführt und überproportionale oder einseitige Belastungen der heimischen Fischerei vermieden werden!

Wir Freie Demokraten werden:

- die Fischerinnen und Fischer bei der Pflege und Sicherung der Bestände besser einbinden. Ziel sollten keine Verbote und unverhältnismäßige Reglementierungen sein, sondern ein gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten, das noch stärker regionale Besonderheiten und Eigeninitiativen vor Ort berücksichtigt.
- die durch die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitete Wende für eine wirtschaftlichere, moderne und nachhaltigere Fischerei unterstützen und umsetzen, ohne die kleinen und handwerklich betriebenen Fischereibetriebe aus den Augen zu verlieren.

- den Aufbau von Aquakulturen, dort wo es sinnvoll und wirtschaftlich ist, stärken, um die steigende Nachfrage nach Fisch zu sichern. Allein die klassische Fischerei kann dies angesichts vieler überfischter Bestände auf Dauer nicht mehr leisten.
- zur Schonung der Fischbestände und zum Erhalt der Artenvielfalt für ein vernünftiges, auf wissenschaftlich fundierter Basis erarbeitetes Kormoran-Management plädieren, um die fischökologischen Schäden durch diese Vögel zu minimieren.

Imkerei - Gesunde und reiche Honigernten ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Imkerei auch in Zeiten des Klimawandels weiterhin hochwertige Honigprodukte erzeugen kann. Dazu muss die Imkerei den Menschen wieder nähergebracht, die Imkerinnen und Imker weiterhin gut ausgebildet sowie der Schutz vor verfälschten Produkten verstärkt werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Kooperation zwischen Landwirtinnen und Landwirten sowie Imkerinnen und Imkern ausbauen, um Pflanzenschutzmittel weiterhin effektiv nutzen zu können und gleichzeitig die wichtige Bestäubungsleistung der Bienen nicht zu gefährden.
- uns einsetzen, dass der Rapsanbau nicht weiter durch politische Auflagen erschwert wird. Der Raps ist eine wichtige Trachtpflanze im Frühjahr.
- dafür sorgen, dass sich neu angelegte öffentliche Grünanlagen vermehrt an den Bedürfnissen von Bienen orientieren.
- die Kontrollen zur Lebensmittelüberwachung sowie bei Importen ausbauen. Diese sind oft verfälscht, zum Beispiel mit Reissirup. Dadurch werden Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Imkerinnen und Imker geschützt.
- an Schulen Imkerei-Arbeitsgemeinschaften fördern.
- die Förderung der Ausbildung, Fortbildung, Beschaffung technischer Hilfsmittel und Tierarzneimittel für Imkerinnen und Imker beibehalten.
- die praxisorientierte Forschung an den Bieneninstituten ausbauen. Wir befürworten die Entwicklung weiterer Methoden zur Bekämpfung der Varroamilben.

- uns dafür einsetzen, dass die Ausbreitung von Neozoen verhindert wird. Dazu zählen in der Imkerei die asiatische Hornisse und der kleine Beutenkäfer. Diese invasiven Arten können in Zukunft zu einem großen wirtschaftlichen Schaden in der Imkerei führen. Wir appellieren dabei aber auch an die Eigenverantwortung der Imkerinnen und Imker, an Meldeprogrammen teilzunehmen.

Selbstbestimmte Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen keine Belehrungen

Selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern sind in der Lage, eigene Entscheidungen zu treffen. Selbst in einer komplexer gewordenen Waren- und Dienstleistungswelt darf deshalb die Antwort der Politik auf Wissenslücken bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern niemals Belehrung, Bevormundung oder eine Abkehr vom Grundrecht auf wirtschaftliche Selbstbestimmung sein. Ansätze, die in den Diensten scheinbar höherer Zwecke gezielt auf Verhaltenssteuerung und Bevormundung setzen, lehnen wir Freie Demokraten entschieden ab. Freiheit beinhaltet auch das Recht, gelegentlich etwas Ungesundes zu essen oder etwas Unvernünftiges zu tun, soweit keine Dritten dabei zu Schaden kommen. Stattdessen setzen wir auf sachkundige Aufklärung und Marktüberwachung.

Wirkungsvoller Verbraucherschutz ist nichts anderes als Wirtschaftspolitik für jede Person. Hier vereinen sich klassische Bürgerrechtstraditionen mit liberaler Ordnungspolitik. Gute Verbraucherpolitik macht die Verbraucherinnen und Verbraucher stark. Sie setzt sich für deren Rechte und eine bessere Rechtsdurchsetzung ein, wehrt Gefahren durch bessere Informationen ab und sorgt für mehr Transparenz bei gleichzeitig weniger Bürokratie.

Ob bei Lebensmitteln, im Internet, bei Gesundheitsleistungen oder Finanzprodukten: Verbraucherinnen und Verbrauchern ist es zuzumuten, eigenverantwortlich und selbstbestimmt mit Waren- und Dienstleistungsangeboten oder neuen Technologien umzugehen. Wir trauen den Konsumentinnen und Konsumenten etwas zu. Deshalb

setzen wir auf eine Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher am Markt und nicht auf den überregulierten Schutz eben dieser.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Lebensmittelkontrolle weiter verbessern.
- den Ausbau des Verbraucherschutzes in Mecklenburg-Vorpommern vorantreiben, worunter insbesondere eine ausreichende, qualifizierte, personelle und materielle Ausstattung der staatlichen Untersuchungs- und Vollzugseinrichtungen zu verstehen ist.
- uns gegen Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel aussprechen.
- die Schlagkraft der Lebensmittelkontrollen in Mecklenburg-Vorpommern dadurch verbessern, dass vermehrt Analysetätigkeiten an private Labore vergeben werden können.

Umweltschutz ist keine Ideologie

Umweltschutz ist Sache aller Bürgerinnen und Bürger. Gerade in unserem Land ist eine saubere Umwelt die Voraussetzung für viele Arbeitsplätze in einer ausgewogenen, nachhaltigen und gesamtheitlichen Tourismuswirtschaft. Auch die Landwirtschaft und die vielen Unternehmen der Ernährungswirtschaft leben von guten Böden und guten Umweltbedingungen, sowohl in Hinsicht auf die Qualität der Produkte als auch in Bezug auf das Image unseres Landes als Herkunftsort gesunder, hochwertiger Lebensmittel. Verantwortliche und vorausschauende Umweltpolitik für Mecklenburg-Vorpommern muss dies immer im Auge behalten und darüber hinaus eine effiziente, bezahlbare und zukunftsorientierte Energie- und Trinkwasserversorgung ermöglichen.

Bei der Kreislaufwirtschaft und dem zukünftigem Flächenverbrauch kommt es darauf an, die Lebensinteressen der Menschen und politische Umweltschutzziele miteinander in Einklang zu bringen. Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden haben.

Wir Freie Demokraten stehen zur Verantwortung für den Umwelt-, Ressourcen- und Naturschutz. Vernünftiger Umweltschutz muss realistisch, frei von ideologischen Übertreibungen und realisierbar sein. Echte Nachhaltigkeit kann dabei nur in

europäischer und internationaler Kooperation erreicht werden. Wir wollen den Umweltschutz marktwirtschaftlich gestalten.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Nutzung von Ökokonten unterstützen, um naturschutz- oder baurechtlich erforderliche Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll und flexibel zu erreichen. Dabei setzen wir auf Transparenz und offene Ausschreibungen.
- die Kulturlandschaft durch ökologisch und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungskonzepte gemeinsam mit der Land- und Forstwirtschaft pflegen und weiterentwickeln. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft ist es erstrebenswert, Tierbestände zu erhalten. Dem Trend zur Aufgabe der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir durch die passenden gesetzlichen Rahmenbedingungen entgegentreten. Eine Begrenzung der Großvieheinheit (GVE) pro Hektar erachten wir als nicht sinnvoll.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete, insbesondere durch Vertragsnaturschutz in Kooperation mit den örtlichen Land- und Forstwirtinnen und -wirten, den Fischerinnen und Fischern sowie den Jägerinnen und Jägern nachhaltig erhalten.
- uns für eine ökologisch wertvolle Kulturlandschaft einsetzen.
- die weitere Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes auf Landesebene kritisch prüfen.

Klimaschutz: Emissionen weltweit reduzieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine effiziente Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen des Klimawandels ein. Dabei setzen wir auf die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft und wollen diese durch einen entsprechenden politischen Rahmen unterstützen. Neben Investitionen in die Erforschung von Zukunftstechnologien, wie grünem Wasserstoff, leistungsfähigen Batterien und intelligenten Stromnetzen, sehen wir auch einen internationalen Zertifikatehandel als wichtiges Element der politischen Rahmensetzung. Die bestehende Reglementierung wollen wir konsequent internationalisieren und somit dafür sorgen, dass strengere Emissionsvorgaben keinen Wettbewerbsnachteil für einzelne Staaten darstellen.

Gegenüber der bestehenden Gesetzeslage wollen wir insbesondere nationale Sonderwege zugunsten von mindestens europaweiten Regelungen aufgeben. Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen und bestenfalls zu unterschreiten, müssen Emissionen und damit die Menge der zur Verfügung stehenden Zertifikate begrenzt werden. Der Politik darf hier keine Preisbildungsmacht überlassen werden. Wir sehen nur die zulässigen Nettoemissionen als politische Frage an. Dadurch können wir Technologien und Initiativen fördern, die CO₂ binden, indem zusätzliche Zertifikate für gebundene Treibhausgase ausgegeben werden. Langfristig soll damit CO₂ dort eingespart und gebunden werden, wo es am effektivsten und kostengünstigsten möglich ist.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Europäische Emissionshandelssystem (EU-EHS) konsequent ausbauen und alle Wirtschaftszweige mit einbeziehen. Langfristig werden wir uns für die globale Ausweitung von Emissionshandelssystemen einsetzen.
- nationale Alleingänge aufgeben und uns für Lösungen auf europäischer Ebene einsetzen.
- keinen politisch fixierten CO₂ Preis festlegen, sondern nur die maximalen Emissionen vorgeben.
- Forschung und Entwicklung in relevanten Fachbereichen fördern und dabei weitere Forschungsinstitute für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen. Insbesondere unsere Schiffbauindustrie kann durch Innovationen einen globalen Einfluss auf den Klimaschutz haben.
- das Binden von Treibhausgasen in das EU-EHS mit einbeziehen, sowohl durch Aufforstung als auch durch neue Technologien.
- den Preis für Zertifikate am Markt entstehen lassen, wobei der Preis langfristig durch eine Verknappung des Angebots steigt.

Abfall vermeiden und verwerten, statt nur zu beseitigen

Wir Freie Demokraten treten für eine ökologisch und wirtschaftlich sinnvolle Kreislaufwirtschaftspolitik ein. Im Sinne der Ressourcenschonung und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollen Vermeidung und Verwertung eine höhere Priorität als die reine Abfallbeseitigung haben.

Der erreichte technische Standard soll ausgebaut und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen genutzt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns für einen rechtlichen Rahmen ein, der den Wettbewerb um die effizienteste und ökologischste Lösung ermöglicht. Im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Wirtschaft stehen wir für eine wettbewerbliche Entsorgungswirtschaft. Wir Freie Demokraten sehen es allerdings nicht als Tabu an, in den Kommunen über den Sinn der Biotonne zu diskutieren. Wo die Produktion von Kompost keine Vorteile mit sich bringt, sollte eine gemeinsame Entsorgung der Bioabfälle mit dem Hausmüll erfolgen dürfen. Im Mittelpunkt muss eine kostengünstige und sichere Entsorgung stehen.

Wir Freie Demokraten werden:

- Rahmenbedingungen im Abfallrecht und in der Kreislaufwirtschaft unterstützen, welche die Mülltrennung vereinfachen und Haushalte entlasten.
- innovative Technologien zur maschinellen Mülltrennung unterstützen.
- uns für einen Wettbewerb um die besten Entsorgungslösungen einsetzen.
- bei den zukünftigen Beschaffungen von Waren-, Dienst- und Bauleistungen durch die öffentliche Hand Vorgaben in der Leistungsbeschreibung, den Eignungs- oder Zuschlagskriterien machen. Diese bewirken, dass verstärkt Recycling-Kunststoffe eingesetzt werden.
- den weiteren Eintrag von Mikroplastik in die Kreisläufe durch Förderung der Forschung zu alternativen Betriebsmitteln minimieren.

Wasserschutz als Lebensgrundlage

Wasserschutz ist besonders für uns als Küstenland entscheidend: Sowohl der Schutz des Meeres als auch der Schutz vor dem Meer und nicht zuletzt der Schutz unseres Trinkwassers sichern unsere Lebensgrundlage.

Wir Freie Demokraten möchten, dass diesen Themen künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Altlasten in Form von im Meer versenkter Munition, die empfindliche Ökosysteme gefährdet; veränderte Wetterlagen, die Überschwemmungen und Sturmfluten wahrscheinlicher machen und stellenweise erhöhte Schadstoffkonzentrationen im Trinkwasser sind Herausforderungen, die es zu lösen gilt.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für die landesweite Fortsetzung der Hochwasserschutzprogramme einsetzen. Hochwasserschutz beginnt für uns bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen ein, die örtlich begrenzt erforderlich werden können.
- das Prinzip, die vorhandenen Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen, auch in Zukunft verfolgen.
- dafür Sorge tragen, dass das Trinkwasser in der gewohnt besten Qualität und ausreichender Menge in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden ist.
- im Wassermanagement einen Ausgleich suchen, um die Ansprüche der Trinkwasserversorger, der Wasser- und Bodenverbände und der landwirtschaftlichen Wassernutzerinnen und -nutzer gleichermaßen zu befriedigen. Dazu ist ein runder Tisch mit Einbezug aller Beteiligten grundlegend und notwendig.
- den Meeresschutz höher priorisieren. Insbesondere Munitionsaltlasten sowie Altöl und Treibstoff stellen hier eine große Gefahr dar. Wir werden im Bund in Zusammenarbeit mit den anderen Küstenländern auf eine umfassende Unterstützung bei der Beseitigung dieser tickenden Zeitbomben drängen und Mecklenburg-Vorpommern zum führenden Standort für Sanierungstechnologie machen.

Lebendige und vielfältige Kultur

Kultur ist systemrelevant

Wir Freie Demokraten werden die Freiheit von Kunst und Kultur immer verteidigen. Das ist gerade jetzt nach der Corona-Krise besonders wichtig. Deshalb werden wir mit unseren Maßnahmen für einen „Neustart der Kultur“ sorgen. Denn wir kämpfen auch weiterhin für ein Klima der Offenheit und Toleranz – auch weil wir wissen, dass nur in diesem Klima Kreativität möglich ist. Die einzige Grenze der Freiheit setzt unser Grundgesetz. Die Würde aller Menschen zu verteidigen, achtsam mit deren individuellen Eigenschaften umzugehen, Empathie und Sensibilität zu entwickeln, Respekt vor der Lebensleistung der anderen zu haben – diese Voraussetzungen für eine intakte Gesellschaft und ihre Kultur zu schaffen, das leisten die verschiedenen Künste.

Kultur ist das, was menschliches Zusammenleben erst ermöglicht. Insofern unterscheiden wir uns deutlich von konservativen Auffassungen. Konservative denken beim Begriff „Kultur“ nur an die Pflege althergebrachter Künste. Wir sagen: Kultur ist alles, was uns die Natur nicht gegeben hat, was wir erlernen bzw. erarbeiten müssen. Das beginnt mit unserer Sprache, mit unserem Wohnumfeld, welches wir uns schaffen müssen und endet schließlich mit den gesellschaftlich-politischen Strukturen und dem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Kulturlandschaft. Wir sehen die großen schöpferischen Möglichkeiten des menschlichen Geistes. Die biologistisch und materialistisch argumentierenden Parteien wollen „zurück zur Natur“, wir wollen vorwärts zur Kultur, zur Zivilisation freier Bürgerinnen und Bürger, zur Bürgergesellschaft!

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Länder für die Kultur verantwortlich. Deshalb und weil Kultur für die Identifikation mit unserem Bundesland so wichtig ist, hat für uns Freie Demokraten die Kulturpolitik einen hohen Stellenwert. Gerade in einem Bundesland, das durch Krieg und Diktatur so viele Kulturbrüche durchleiden musste, werden wir durch unsere Kulturpolitik das Land für Einheimische, Zuwandernde, Touristinnen und Touristen sowie Investorinnen und Investoren noch attraktiver machen.

Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern wird durch sein reichhaltiges kulturelles Leben geprägt.

Dabei wirken die großen staatlichen Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel die Staatstheater, die Landesmuseen und die großen privaten Kulturevents, wie die Störtebeker Festspiele oder das Fusion Festival als Leuchttürme, an denen sich viele kommunale, kirchliche und private Kulturtreibende orientieren. Viele Künstlerinnen und Künstler bereichern mit ihren Auftritten und künstlerischen Leistungen dauerhaft das kulturelle Leben in unserem Land.

Die Corona-Krise mit ihren Verboten hat Kultureinrichtungen und den selbstständig arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern sehr geschadet und bei vielen von ihnen sogar die wirtschaftliche Existenz gefährdet.

Land, Städte und Gemeinden haben die wichtige Aufgabe, den kulturtreibenden Einrichtungen durch gezielte Förderung über die Durststrecke zu helfen und der aus der Pandemie erwachsenen Krise wirksam entgegenzutreten. Diese Aufgabe wird weit über das Jahr 2021 hinausreichen.

Wir Freie Demokraten befürworten neben direkten Hilfen den Weg, das künstlerische Leben durch mehr Nachfrage nach künstlerischen Leistungen zu fördern. Wir streben für die nächsten Jahre ein besonders reichhaltiges kulturelles Angebot an, das gerade jenen Künstlerinnen und Künstlern sowie kulturellen Einrichtungen, die 2020/21 in Not gekommen sind, Gelegenheit bieten soll, ihre künstlerischen Leistungen zu erbringen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Jahre 2022 und 2023 durch eine besondere Förderung zu Kultur-Jahren machen.
- sorgfältig prüfen, in welchen Fällen das Land auch nach Ende der Corona-Krise noch existenzsichernd eingreifen muss.
- die Zusammenarbeit zwischen Schulen und kulturtreibenden Einrichtungen intensivieren und durch mehr kulturelle Bildungsangebote die Nachfrage nach Kunst und Kultur stimulieren.

- die regionale und kommunale Kulturpolitik als verlässlichen Partner unterstützen.
- den Bürokratieaufwand bei der Kulturförderung nach Möglichkeit reduzieren, um den Künstlerinnen und Künstlern mehr Raum für ihre eigentliche kulturelle Arbeit zu geben.
- auch die private Unterstützung von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen fördern.
- die Festivallandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bei der Umsetzung ihrer Konzepte unterstützen.
- die Club- und Festivalkultur in unserem Land als Teil unserer Kultur- und Kreativwirtschaft anerkennen.

Mecklenburg-Vorpommern als zusammenhängender Kulturraum

Die „natürliche“ Prägung unseres Landes erfolgte durch die Eiszeit mit den typischen Endmoränen, Seen und Urstromtälern. Die heutige Landschaft ist eine Kulturlandschaft. Das, was wir an dieser Landschaft als so schön und einmalig empfinden und was die touristischen Gäste in unser Land lockt, ist nicht nur „Natur“. Es ist auch „Kultur“ - eine kultivierte Landschaft. Mecklenburg-Vorpommern ist ein großer zusammenhängender Kulturpark.

Die kulturelle Prägung unseres Landes erfolgte durch die Land-, Forst- und Fischwirtschaft. Dadurch entstanden unsere Dörfer, Gutshäuser mit großen Parkanlagen, Alleen, Dorfkirchen, Bauernhäuser, Wind- und Wassermühlen. Erst durch diese Kultivierung unserer Landschaft kam es zu der großen Biodiversität mit den unterschiedlichsten Biotopen.

Die Prägung geht zurück auf Ackerbauernstädte als Zentren der Kommunikation, der Kultur, des Handelns, des Handwerks. Heute hingegen veröden die Grundzentren, weil die entscheidenden Kulturträger fehlen, nur noch wenig ortsansässiges Handwerk und Gewerbe. Die großen Ketten haben kein Interesse an der Kultur vor Ort oder können diese gar nicht abbilden. Ebenso prägen unsere Hansestädte das Land. Diese Städte verbanden unseren Kulturraum mit den Ostsee-Anliegern und darüber hinaus. Dadurch

kamen neue Ideen ins Land. Backsteingotik und die Stadtkerne sind ein kulturelles Erbe, das zu pflegen wir verpflichtet sind.

Eine Prägung erhielt das Land durch unsere Residenzstädte, wie Schwerin, Neustrelitz, Ludwigslust, Güstrow, Wolgast, Putbus.

Klöster haben nicht nur an vielen Orten unseres Landes ein reiches architektonisches Erbe hinterlassen. Sie haben auch einen entscheidenden Beitrag zur Kultivierung unseres Landes geleistet. Dies gilt nicht nur im Bereich der Landwirtschaft, sondern auch im Bereich der Fischwirtschaft. Heute sind die Klöster wichtige touristische Attraktionen und Orte der Pflege unserer Kultur.

Nicht zuletzt wurde unsere Kulturlandschaft entscheidend verändert durch die Industrialisierung. Eisenbahnlinien, Kanäle und Straßen im 19. und 20. Jahrhundert. So gehören auch Bahnhöfe, alte Speicher und unter Denkmalschutz stehende Industriekulturen zu unserem kulturellen Erbe.

Der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur und unserer Kulturlandschaft ist Teil unserer Kultur, nicht zuletzt durch unsere wechselvolle Geschichte.

Wir Freie Demokraten werden:

- fünf Kulturtrassen zur Bündelung, Vernetzung und besseren Vermarktung aller Kulturangebote initiieren. (1. Mecklenburg-Schwerin: Wismar, Schwerin, Ludwigslust; 2. Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan, Rostock, Schwaan, Güstrow; 3. Mecklenburg-Strelitz: Neustrelitz, Neubrandenburg, Hohenzieritz, Mirow, Waren; 4. Vorpommern: Barth/ Putbus auf Rügen, Stralsund, Greifswald, Anklam, Pasewalk; 5. Querachse: Lübeck, Bad Kleinen, Bützow, Güstrow, Teterow, Malchin, Pasewalk, Stettin)
- die Initiative „Kultur ist Bildung“ schaffen. Museen, Theater, Bibliotheken, Literaturhäuser oder Archive und das Filmzentrum dienen nicht nur der Aufbewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes. Sie sind neben Schulen, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Universitäten, soziokulturellen Zentren, Volks-, Musik- und Kunstschulen entscheidende Orte für das lebenslange Lernen. Sie besser mit Schule und Ausbildung zu vernetzen und deren Potenziale zu nutzen, ist ein wichtiges Ziel der FDP.

- die Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts der beiden deutschen Diktaturen - des Nationalsozialismus sowie der DDR - aktiv fördern. Durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte kann eine Sensibilisierung für den Wert der Freiheits- und Bürgerrechte geleistet werden. Wir möchten die historischen Orte bei uns im Land durch mehr digitale Angebote und innovative Vermittlungskonzepte unterstützen und die Erinnerungskultur insgesamt ausbauen.
- den tatsächlichen Bau eines Archäologischen Landesmuseums in Rostock vorantreiben, damit die reichen archäologischen Schätze unseres Landes endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.
- die Umstellung auf eine leistungsbezogene, dynamische Förderung aller Kulturinstitutionen anstreben. Alle Leistungen, die der Staat haben will, muss er bezahlen. Wir werden klar definieren, welche Leistungen wir erwarten und diese dann auskömmlich finanzieren. Dabei werden staatliche, öffentlich-rechtliche, kommunale und private Anbieter gleichberechtigt behandelt.
- alle Formen nichtstaatlicher Finanzierung kultureller Projekte, wie z. B. Fundraising, Crowdfunding, Stiftungen, Mäzene, durch professionelle Beratung unterstützen. Bei geeigneten Projekten werden wir eine Kofinanzierung durch das Land ermöglichen.
- die Initiative Nachwuchsförderung ins Leben rufen. Die Hochschule für Musik und Theater in Rostock, der Fachbereich Gestaltung an der Hochschule Wismar und das Kunstinstitut an der Universität Greifswald sind Entwicklungskerne für ein reiches Kulturleben. Wir Freie Demokraten haben den Ehrgeiz, dass auch in Zukunft junge Künstlerinnen und Künstler, Designerinnen und Designer, Musikerinnen und Musiker oder Schauspielerinnen und Schauspieler sowie Musik- und Kunstlehrerinnen und -lehrer in unserem Land heranwachsen.
- den verantwortungsvollen Umgang mit den sozialen Netzwerken durch einen Sonderpreis bei der Kulturpreisverleihung des Landes fördern.
- die Kultur in Radio, Fernsehen und Zeitungen (öffentlich-rechtlich und privat, einschließlich lokaler Sender und Publikationen) unterstützen und einen Sonderpreis bei der Kulturpreisverleihung für Sendungen und Zeitschriftenbeiträge anregen, welcher die Kultur und Kunst in unserem Land und unseren Kommunen in besonderer Weise würdigt und so Kunst und Kultur einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Kultur ist digital und innovativ

Die Digitalisierung wird auch traditionelle Kulturbereiche nachhaltig verändern, sowohl im Hinblick auf die Inhalte als auch hinsichtlich des Publikums. Wir möchten diese Transformation aktiv begleiten, etwa in dem wir Kulturbetriebe durch Beratungsangebote für Digitalisierung unterstützen.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für die Schaffung eines kreativen „Kulturökosystems“ und einer Gründerinnen- und Gründerszene in den Kommunen einsetzen. Basis für eine vielfältige Kulturszene, für Fördervereine, Sponsoring, Stiftungen usw. ist eine lebendige Gesellschaft mit engagierten, ortsansässigen Unternehmerinnen und Unternehmern, Handwerkerinnen und Handwerkern, Freiberuflerinnen und Freiberuflern sowie Künstlerinnen und Künstlern, die sich eigenverantwortlich für ein reiches kulturelles Leben in ihrem Umfeld einsetzen.
- unser Land als Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft auf der Grundlage einer flächendeckenden Breitbandversorgung mit einem schnellen Internetzugang entwickeln. Dazu gehören auch die Filmwirtschaft und alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich durch die Neuen Medien entwickeln lassen.
- uns für einen fairen Wettbewerb zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern und privaten Medienanbietern verwenden. Deshalb setzen wir uns auch für eine Verschlankung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein, der sich grundsätzlich auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentrieren sollte., ein.

Solide Haushaltspolitik für Mecklenburg-Vorpommern

Für eine Politik, die rechnen kann

Eine liberale Haushaltspolitik konzentriert sich auf eine stringente Aufgabenkritik und die damit verbundene Ausgaben senkung, auf den Altschuldenabbau sowie auf innovative Haushaltsführung mit zeitgemäßen Steuerungselementen. Dank des

Länderfinanzausgleichs profitierte Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahrzehnten sehr von der Finanzstärke anderer Bundesländer. Nicht zuletzt konsolidierten Landesregierung und die Koalitionsfraktionen den Landeshaushalt auch dadurch, dass das Land sich bei der auskömmlichen Finanzierung der Kommunen zurückzog.

Mecklenburg-Vorpommern konnte von der bis 2020 bundesweit sehr guten wirtschaftlichen Lage mit Rekordsteuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen profitieren. Hinzu kamen Effekte aus einer langanhaltenden Niedrigzinsphase und aus niedrigen Energiepreisen auf dem Weltmarkt. Diese externen Faktoren sind keine Errungenschaft der Landesregierung und überdeckten die drängenden strukturellen Fragen.

Die Corona-Pandemie hat tiefe Löcher in den Landeshaushalt gerissen und die Landesregierung hat für 2020/2021 in Rekordhöhe Schulden von 2,85 Mrd. EUR aufgenommen. Zusammen mit den Altschulden stieg die Verschuldung auf 13 Mrd. EUR. Auch wir Freie Demokraten verkennen nicht, dass der besonderen Krisensituation mit besonderen finanzpolitischen Maßnahmen zu begegnen ist. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel darüber, ob sich das gesamte Volumen der Neuverschuldung tatsächlich mit der Corona-Pandemie begründen lässt. Viele Aufgaben- und Ausgabenwünsche sind durch die Rekordverschuldung zusätzlich finanziert worden. Für uns Freie Demokraten steht fest, dass der zur Verfügung stehende finanzielle Spielraum des Landes nach der Pandemie geschmälert wurde. Wir werden darauf drängen, dass die in der Landesverfassung verankerte Verpflichtung zur Schuldentilgung konsequent eingehalten wird. Ausgaben werden sich künftig noch stärker als bisher danach richten müssen, ob sie der nachhaltigen Entwicklung des Landes dienen und ob sie die Innovations- und Ertragskraft unseres Bundeslandes stärken.

Durch den demographischen Wandel und den Bevölkerungsrückgang steigt die Pro-Kopf-Verschuldung stetig an. Es stehen immer immer weniger Einwohnerinnen und Einwohner zur Verfügung, um eine drastisch gestiegene Schuldensumme zu tragen. Deshalb fühlen wir Freie Demokraten uns der Haushaltssanierung und dem

Schuldenabbau besonders verpflichtet. Wir wollen keine kurzfristig wirkenden Wahlgeschenke zu Lasten nachfolgender Generationen. Wir setzen auf nachhaltige Investitionen mit Selbsttragungseffekt und eine nachvollziehbare Finanz- und Haushaltspolitik des Landes.

Die Transparenz der Haushaltsführung und die Ehrlichkeit bezüglich der finanziellen Situation des Landes den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ist Kernanliegen liberaler Haushaltspolitik. Wir Freie Demokraten sehen uns in der Haushaltspolitik des Landes als verantwortungsvolle Sachwalter der von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen des Landes erwirtschafteten Steuern, Gebühren und Beiträge. Für uns gilt ausnahmslos der Grundsatz, dass sich die Ausgaben des Landes nach den Einnahmen zu richten haben - und keinesfalls umgekehrt. Uns ist bewusst, dass jede noch so gut gemeinte Wohltat zuallererst erwirtschaftet werden muss. Wir Freie Demokraten wollen nachfolgenden Generationen freie Finanzspielräume hinterlassen und keine Schuldenberge. Besonders kritisch sehen wir Freie Demokraten den Umgang mit den Steuergeldern im Rahmen des eingerichteten Strategiefonds unseres Landes.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass unser Land die eigene hoheitliche Verantwortung klar zu den Aufgaben des Bundes und der Kommunen abgrenzt und sich vor allem auf seine Kernaufgaben konzentriert: Bildung und Wissenschaft, innere Sicherheit, Rechtswesen, rahmensetzende Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik, Technologien und Infrastruktur.
- im Zuge einer ehrlichen Analyse die Wirkung des Finanzausgleichsgesetzes gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden identifizieren und die Ursachen für die Verschuldungssituation, insbesondere der kreisfreien Städte, aber auch vieler kreisangehöriger Städte ergründen und Lösungen erarbeiten. Es darf auch für die Landesebene nicht hinnehmbar sein, dass Kommunen nicht über ausreichende Mittel zur Deckung ihrer Pflichtaufgaben oder zur Deckung eines angemessenen Maßes an freiwilligen Aufgaben verfügen.
- auf eine konsequente und zeitnahe Rückführung der Schulden aus der Corona-Krise nach den Maßgaben des Landeshaushaltsrechtes bestehen, auf die strikte

Einhaltung des Neuverschuldungsverbotes drängen und gegen Verstöße oder Aufweichungen vorgehen. Wir werden die Auslegung der geregelten Ausnahmen auch ggf. unter Anrufung des Landesverfassungsgerichts kritisch hinterfragen.

- einen planmäßigen Altschuldenabbau einfordern, der nicht auf Steuererhöhungen setzt, sondern zunächst die notwendigen Konsolidierungsbeiträge des Landes selbst voraussetzt.
- uns für die Einführung einer Nachhaltigkeitsformel einsetzen, wonach konjunkturelle Mehreinnahmen nur noch für Bildung und nachhaltige Investitionen eingesetzt werden dürfen, ansonsten aber konsequent zum Tilgen der Altschulden eingesetzt werden müssen.
- eine transparente, leicht verständliche und nachvollziehbare Haushaltsdurchführung als Grundlage verantwortlichen Umgangs mit Steuergeldern einfordern.
- Schattenhaushalte, intransparente Nebenrechnungen sowie den der parlamentarischen Kontrolle nicht zugänglichen Strategiefonds beseitigen.
- uns für eine Entflechtung der Finanzströme zwischen Bund und Land, der Länder untereinander und zwischen Land und den Kommunen einsetzen. Für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler muss nachvollziehbar bleiben, auf welcher Ebene und wofür die Steuern und Beiträge vom Staat verwendet werden.
- uns auf stringente Haushaltsdisziplin verpflichten, die unbedingten Vorrang vor Haushaltsnachträgen und außerplanmäßigen Bewilligungen hat.
- uns für eine Verpflichtung zu Tragfähigkeitsanalysen vor Mittelverwendung stark machen.
- uns für eine nachvollziehbare Darstellung der finanziellen Folgewirkungen bei allen Landesgesetzen und Landesverordnungen auch für nachfolgende Generationen einsetzen.
- uns für die Einführung der Doppik in der Finanzrechnung des Landes einsetzen. Im Landeshaushalt und den Nebenhaushalten soll der Ressourcenverbrauch nachvollziehbarer werden, damit das Vermögen, die verbrieften als auch unverbrieften Schulden und Bürgschaften realistisch abgebildet werden. Die Beteiligungen und wirtschaftliche Betätigungen des Landes sollen in einem Konzernabschluss zusammengeführt werden und ein klares Bild der Gesamtsituation des Landes soll abgegeben werden. Das Land soll die gleiche Finanzrechnung durchführen wie die Kommunen, die vom Land seit 2012 dazu verpflichtet wurden, doppische Haushalte zu führen. Die Argumentation, welche bei

der Einführung für die Kommunen galt, soll gleichermaßen für die Landesebene gelten.

Ausgabendisziplin im Landeshaushalt

Der ordnungsgemäße Umgang mit Steuergeldern ist Grundvoraussetzung für eine solide Haushaltsführung sowie für eine generelle Akzeptanz der Steuerzahlenden gegenüber Abgaben und Steuern. Die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dürfen nicht nur theoretisch gelten, vielmehr müssen sie faktisch durch effektive Sicherungsmechanismen unterlegt werden. Viele Großprojekte hinterlassen millionen- bis milliardenschwere Folgen aufgrund einer intransparenten und falschen Kalkulation oder aufgrund von Amtsmissbrauch und Vergabefehlern. Öffentliche Unternehmen kann es für die Freien Demokraten nur in eingeschränktem Maße geben, und zwar nur dann, wenn kein privatwirtschaftliches Unternehmen dieselbe Aufgabe genauso gut und wirtschaftlich wahrnehmen kann. Da es aber ungeachtet dieses liberalen Grundsatzes unzählige wirtschaftliche Betätigungen der öffentlichen Hand gibt, sind diese wenigstens effektiv zu kontrollieren, da sie oft Schattenhaushalte abbilden und sich der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle entziehen.

Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern verschwendet alljährlich Steuergelder, weil durch Begünstigungen, Vorteilsnahmen oder Intransparenz Entscheidungen aufgrund falscher oder verfälschter Fakten oder Annahmen getroffen werden. Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Verfolgung von Untreue, Amtsmissbrauch, Vertuschung und Verschleierung sowie pflichtwidriger Gefährdung von öffentlichem Vermögen und Handeln ohne gesetzliche Grundlage sind ausreichend. Nicht ausreichend sind jedoch die Regeln, die dazu dienen, Investitionsentscheidungen, Förderung, Bürgschaften und wirtschaftliche Beteiligungen für das Parlament und die Öffentlichkeit transparent zu machen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Forderung nach Sicherungsmechanismen nur folgerichtig, um künftig Skandale in der Beteiligungsverwaltung, bei der Vergabe von Fördermitteln und Bürgschaftserklärungen sowie bei öffentlichen Großinvestitionen von vornherein zu verhindern. Nachträgliche zeit- und kostenintensive Ermittlungen oder langjährige Rechtsstreitigkeiten bei entsprechenden Verfehlungen wollen wir nach Möglichkeit vermeiden.

Anvertrautes öffentliches Vermögen darf nicht pflichtwidrig gefährdet werden. Das Parlament muss Einblick in und Entscheidungskompetenz für alle Prozesse behalten, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle und Kontrollierbarkeit von Großinvestitionen, Förderungen, Bürgschaften und Beteiligungen in den Landtag einbringen.
- mehr Transparenz bei Großprojekten und der Verwendung von öffentlichen Geldern im Rahmen von Förderungen, Bürgschaften sowie wirtschaftlichen Beteiligungen einfordern.
- in jedem Fall eine konsequente Aufklärung und Verfolgung von Pflichtverletzungen in der politischen und verwaltungsinternen Amtsausübung einfordern.
- auf die Einsetzung eines Wirtschaftlichkeitsbeirates drängen, der entweder beim Landesrechnungshof fest installiert oder direkt aus der Wirtschaft gewonnen wird und nur dem Landtag gegenüber verantwortlich ist.
- die konsequente Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex einfordern, der eine effektivere Kontrolle öffentlicher Unternehmen verlangt. Machtbündelungen bei Beteiligungen der öffentlichen Hand sind zu beseitigen.
- uns dafür einsetzen, dass Aufsichtsräte konsequent mit Fachleuten zu besetzen sind und nicht mit Politikerinnen und Politikern oder nach Parteibuch rekrutierten Verwaltungsspitzen, die nicht unabhängig agieren können.
- einfordern, dass das Vieraugenprinzip ausnahmslos im Rahmen aller aus öffentlichen Geldern finanzierten Projekten Grundvoraussetzung ist.
- die Investitionsquote erhöhen, um dem steigenden Investitionsbedarf in Straßen, Brücken und Gebäude gerecht zu werden, denn aufgeschobene Investitionen mit hoher Dringlichkeit führen regelmäßig zu Verteuerungen.
- dem enormen Instandhaltungsrückstau an öffentlichen Straßen, Brücken und Gebäuden eine Instandhaltungsinitiative entgegensetzen, die Folgekosten von Investitionen planbarer darstellt und eingreift, bevor es zum Vollverschleiß kommt.

Zielgenaue Förderungen statt Subventionsdschungel

Die Bindung von Haushaltsmitteln zugunsten Weniger sollte stärker eingeschränkt werden, da diese für die verbleibenden Kernaufgaben der öffentlichen Hand und einen ernsthaft betriebenen Strukturwandel dringend benötigt werden. Liberale Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf das notwendige Maß an Subventionierung, um den Eingriff in den Markt so gering wie möglich und so wirksam wie nötig zu halten. Dabei setzen wir Freie Demokraten auf mehr direkte Förderung als auf weitere Ausnahmen und Sondertatbestände im Steuerrecht oder anderen Rechtsgebieten. Eine direkte Förderung ist immer das wirksamste Mittel, lässt sich leichter auf ihre Wirkung überprüfen und kann unkompliziert auslaufen.

Subventionen sind nie Selbstzweck

Fehlanreize und Mitnahmeeffekte in der Förderpolitik des Landes müssen daher vermieden werden. Unehrlische Analysen und in den Schubladen verschwindende Wirtschaftsgutachten müssen in der Förderpolitik des Landes ein für alle Male der Vergangenheit angehören. Die Förderung aus einer Hand, beschränkt auf wenige zulässige staatliche Interventionen in unserer sozialen Marktwirtschaft, ist Markenkern liberaler Förderpolitik. Das Dickicht aus unzähligen Fördermitteln macht es gerade denjenigen unmöglich, Förderungen in Anspruch nehmen zu können, die besonders darauf angewiesen sind.

Wir Freie Demokraten werden:

- Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalysen eigener Förderprogramme, aber auch aller Bundes-/ EU-Programme einfordern, die vom Land mitfinanziert werden.
- einfordern, dass laufende Programme, deren Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen wird, auslaufen und beendet werden.
- uns ausschließlich auf Förderungen beschränken, die zu nachhaltiger Entlastung der Allgemeinheit führen.
- eine ständige Überprüfung und Überwachung des Förderziels einfordern.

- eine kompetente Förderung aus einer Hand befördern, indem ein Kompetenzzentrum geschaffen wird.
- bei Fehlförderungen dafür sorgen, dass Rückforderungen konsequent und umgehend ausgesprochen sowie Haftungsansprüche durchgesetzt werden.
- die Veröffentlichung eines aussagekräftigen Subventionsberichts einfordern, in dem die Empfänger, die Zielsetzung und das Ergebnis der Förderung transparent dargelegt werden.
- uns für mehr direkte Förderungen einsetzen, statt das Steuerrecht weiter mit Ausnahmen und Sondertatbeständen aufzublähen.

Steuersysteme vereinfachen und gerecht gestalten

Steuern sind für die Gestaltung eines Staates und einer Gesellschaft unerlässlich. Die Besteuerung darf aber nicht dazu führen, dass ein immer weiter steigender Anteil des Einkommens durch Umverteilung und falsch verstandenes Gerechtigkeitsempfinden dem oder derjenigen entzogen wird, der oder die hart dafür gearbeitet hat. Wir Freie Demokraten wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern auch ein fairer Anteil an Wachstum und Wohlstand bleibt.

Durch eine höhere Steuerautonomie der Kommunen und der Länder wird die Verwendung von Steuergeldern deutlicher und transparenter. Komplizierte Finanzströme in den Bund-Länder-, Länder-Länder und Bund-Länder-Gemeinden-Beziehungen sollten entflochten werden, um klare Verantwortlichkeiten und Kompetenzen zu schaffen. Die Akzeptanz für Abgaben und Steuern steigt mit der Transparenz der Mittelverwendung. In der Bundesrepublik waren die Steuereinnahmen bis 2020 so hoch wie noch nie. Die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland ist im internationalen Vergleich eine der höchsten. Umfassende Reformen der Steuersysteme werden nur von uns Freien Demokraten verfolgt. Die FDP hält grundsätzlich an der Reformierung des Einkommensteuerrechts fest. Bund und auch Land haben die Zeiten von Steuereinnahmen in Rekordhöhe ungenutzt verstreichen lassen und die Beseitigung tariflicher Ungerechtigkeiten, wie der kalten Progression oder die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, nicht umgesetzt.

Im Bereich der Umsatzsteuer setzt sich die FDP mittelfristig für eine Reform des Umsatzsteuersystems hinsichtlich der Ermäßigungs- und Befreiungstatbestände ein. Dabei ist lediglich der existenzielle Bedarf freizustellen oder zu ermäßigen, für alle anderen Leistungen ist der Steuersatz zu vereinheitlichen. Die Freien Demokraten sehen den Systemwechsel von der Soll- zur Ist-Besteuerung als geeignetes Mittel zur Beseitigung der Betrugsanfälligkeit der Umsatzsteuer an. Damit hätten Unternehmerinnen und Unternehmer zudem nicht die Umsatzsteuer für den Staat zu verauslagen, sondern müssten diese erst bei Zahlungseingang leisten.

Im internationalen Steuerrecht werden die Steuerquoten von global agierenden Konzernen auf ein Niedrigniveau gedrückt. Dies geschieht zumeist mit legalen, aber aggressiven Steuergestaltungsmodellen. Die Mittelstandsunternehmen und Kleinunternehmen vor Ort haben diese Möglichkeiten nicht, stehen aber im Wettbewerb mit den global agierenden Konzernen. Der freie und faire Wettbewerb sollte nicht durch Steuerdumping unterwandert werden. Die Stabilität der Gemeindefinanzen ist stark konjunkturabhängig. Durch den Wechsel zu einer stabilen Verteilung von Steuern und Abgaben wollen wir den Gemeinden eine zuverlässige Finanzplanung ermöglichen.

Gleichzeitig ist die Belastung einiger Weniger mit Gemeindesteuern durch eine Verbreiterung der Besteuerungspotenziale bei niedrigeren Tarifen zu ersetzen. Das schafft Steuergerechtigkeit vor Ort. Eine mittelfristige Reform des Einkommensteuerrechts dient der Vereinfachung und der Steuergerechtigkeit.

Deshalb wollen wir uns über Bundesratsinitiativen dafür stark machen, dass

- Steuertarife der Inflation angepasst werden, um Realeinkommensverluste zu vermeiden und damit die kalte Progression als Griff des Staates in die Lohn- und Gehaltserhöhung der Bürgerinnen und Bürger beseitigt wird.
- Freigrenzen und Freibeträge im gesamten Steuerrecht regelmäßig einer automatischen Inflationsanpassung unterliegen.
- der Belegsammelwut durch realitätsnahe Pauschalierungen entgegengewirkt wird.
- von Finanzbehörden mehr Verbindlichkeit und Rechtssicherheit ausgeht.

- die unzähligen Ausnahmetatbestände auf ihre Wirksamkeit überprüft und im Interesse des Abbaus der Steuerbürokratie reduziert werden.
- Familien durch Familienfreibeträge auch tatsächlich stärker entlastet werden.
- die Steuerbürokratie durch vereinfachte Formulare und vermehrt pauschalierende und abgeltende Instrumente abgebaut wird.
- der Solidaritätszuschlag planmäßig ausläuft, da er schon heute nur noch zur Hälfte zweckgebunden eingesetzt wird.
- Bagatellsteuern abgeschafft oder aufkommensneutral durch praktikable Besteuerungsformen ersetzt werden.
- Forschung und Entwicklung steuerlich stärker gefördert werden.

Im Bereich der Unternehmenssteuern wollen wir uns über Bundesratsinitiativen dafür einsetzen, dass

- mittelfristig die konjunkturanfällige Gewerbesteuer aufkommensneutral durch ein Hebesatzrecht der Gemeinden auf Ertragsteuern aus allen Einkunftsarten ersetzt wird.
- die reflexartige Hebesatzerhöhung von Gemeinden bei der Konsolidierung ihrer Haushalte vermieden wird, indem echte Konnexität konsequent gewährleistet wird.
- die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abgebaut werden, weil sie dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit widersprechen.
- jede Form von Substanzbesteuerung vermieden wird, um die Quellen der Einkünfte zu fördern und nicht zu beeinträchtigen.
- Unternehmensübergaben und -nachfolgen grundsätzlich steuerneutral vollzogen werden können.
- Verluste uneingeschränkt geltend gemacht werden können, wenn sie wirtschaftlich getragen werden.
- eine konsequentere Strategie gegen wettbewerbsbeeinträchtigende internationale Steuergestaltungen und gegen Wettbewerb durch Steuerhinterziehung verfolgt wird.
- die Umsatzsteuer durch weniger Befreiungen und Ermäßigungen vereinfacht und der Steuersatz vereinheitlicht wird.
- die Anwendung der umsatzsteuerlichen Ist-Besteuerung ausgeweitet wird.

- eine rechtsformneutrale Unternehmenssteuer von maximal 25 % eingeführt wird sowie Fremdfinanzierungen und Eigenfinanzierungen steuerlich adäquat behandelt werden, um höhere Anreize für Gewinnthesaurierungen und Rücklagen zur Sicherung vor Krisensituationen zu schaffen.
- im Zuge der bevorstehenden Grundsteuerreform auf eine moderate Umsetzung gedrängt wird und so der kommunale Spielraum für eine angemessene Absenkung kommunaler Hebesätze verbessert wird, damit die höhere Bewertung der Grundstücke bei gleichzeitig hohen Hebesätzen nicht zu einer Vervielfachung der Grundsteuer führt, die am Ende alle tragen, egal ob Eigentümerinnen und Eigentümer oder Mieterinnen und Mieter. Wir wollen eine Grundsteuer auf Basis der Bodenfläche (Flächenkomponente) und des Wertes des Grund und Bodens (Wertkomponente), unabhängig von Bebauung und Nutzung.

Landessteuern sind keine unerschöpflichen Finanzreserven

Die landeseigenen Steuern, Grunderwerbsteuer sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer unterliegen bundeseinheitlichen Rahmengesetzen. Den eigenen Gestaltungsspielraum schöpft unser Land bisher nur zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aus. Die steuernde Wirkung der Landessteuern wird verkannt. Mit der Möglichkeit, den Steuersatz der Grunderwerbsteuer auf Landesebene selbst bestimmen zu können, wurde dieser in Mecklenburg-Vorpommern auf 6% angehoben. Die Landesregierung hat damit eine erhebliche Verteuerung des Grundstückserwerbs herbeigeführt. Dabei liegt Mecklenburg-Vorpommern bei der Bildung von Wohneigentum bundesweit auf dem letzten Platz.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Steuerbelastung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Unternehmen des Landes sieht anders aus. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer muss nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil reformiert werden. Es ist Ausdruck verantwortungsvoller Steuerpolitik, diese Steuer nicht dazu zu verwenden, Unternehmen Substanz und Liquidität zu entziehen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern sehen wir uns vielen Unternehmensnachfolgen gegenüber.

Die Gründergeneration aus den frühen 1990er Jahren verlässt altersbedingt in vielen Unternehmen des Landes die Geschäftsführung. Daher muss es Verschonungsregeln für Vermögen geben, das in den zu übertragenden Betrieben für Fortbestand und Arbeitsplatzsicherung benötigt wird.

Wir Freie Demokraten werden:

- die schrittweise Absenkung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer einfordern, um Familien sowie Investorinnen und Investoren den Grunderwerb in Mecklenburg-Vorpommern zu erleichtern und nicht zu erschweren.
- uns dafür einsetzen, dass bei Erwerb von Wohneigentum ein wiederauffüllbarer Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 EUR geschaffen wird, um die Chancen für jede Bürgerin und jeden Bürger, vor allem für Familien zu erhöhen, in einer eigenen Immobilie zu wohnen.
- uns über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Erbschaft- und Schenkungsteuer so ausgestaltet wird, dass sie im Interesse von Beschäftigungssicherung und Unternehmenserhalt mittelstandsfreundlich bleibt, indem Unternehmensnachfolgen ohne Eingriff in die Substanz oder Liquidität der Unternehmen erfolgen können.

Finanzstabilität auch nach dem Solidarpakt

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für ein Bund-Länder-Finanzsystem ein, welches den Ländern eine eigene finanzielle Stabilität ermöglicht. Wir wollen ein föderales Finanzsystem, das an die regionale Wertschöpfung anknüpft und Wachstumsanreize schafft, welches aber auch die Einkommensstärke der Einwohnerinnen und Einwohner an ihrem Wohnort berücksichtigt.

Investitionen in wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine gute Infrastrukturausstattung müssen daher in den Ländern und Regionen durch entsprechend zuzuordnende Steuereinnahmen getragen werden können. Gleichzeitig muss die notwendige Finanzierung der Infrastruktur auch in Auspendlerregionen ausreichend Berücksichtigung finden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes hängt vor allem von der steuerlichen Eigenverantwortung und Autonomie ab, die wir Freie Demokraten

stärken wollen. Nur dann liegt die Verantwortung über die Höhe der Ausgaben und der Einnahmen auf der gleichen Ebene, die der Wählerin und dem Wähler sowie der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler Rechenschaft abzulegen hat. Die Bundesländer verfügen über eine unterschiedliche Finanzkraft. Die Nivellierungswirkung des heutigen Länderfinanzausgleichs führt dazu, dass finanzstarke Bundesländer kaum Anreizwirkungen haben, da sie Mehreinnahmen teilen müssen. Finanzschwache Bundesländer hingegen haben ebenfalls kaum Anreize für Mehreinnahmen, weil sie dadurch Unterstützungsleistungen verlieren. Daher kann der Finanzausgleich nicht allein unter den Bundesländern erfolgen. Die Funktion des Anreizes muss von der Funktion des Ausgleiches und der Umverteilung entkoppelt werden. Auch haben die Bundesländer unterschiedliche Sonderlasten zu tragen, zum Beispiel durch Strukturschwächen oder regionale Besonderheiten. Das im Grundgesetz verankerte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, könnte bei Vorliegen derartiger Sonderlasten über einen von Bund und Ländern finanzierten Fonds mit fairen regionalen Wettbewerbsbedingungen verknüpft werden. Dieser darf Ausgaben nur für solche Maßnahmen leisten, die das Potenzialwachstum einer Region in begründeter und konkreter Erwartung dauerhaft ansteigen lassen.

Um vorbelastungsfrei ein neues Finanzausgleichssystem etablieren zu können, müssen die Altschulden der Bundesländer zurückgeführt werden. Die Altschulden Mecklenburg-Vorpommerns in Höhe von 10 Mrd. EUR zzgl. 2,85 Mrd. EUR Corona-Schulden können aus eigener Kraft über mehrere Generationen hinweg nicht getilgt werden. Es entspricht dem liberalen Verantwortungsverständnis, dass die Bundesländer, die Schulden angehäuft haben, diese auch abbauen müssen. Es entspricht aber auch dem liberalen Solidaritätsverständnis, dass Schulden umzustrukturieren sind, wenn sie aus eigener Kraft nicht mehr zurückgeführt werden können. Dies ist eine gesamtstaatliche Aufgabe – nicht zuletzt, um die Länderstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft erhalten zu können.

Wir Freie Demokraten werden uns einsetzen:

- für die Ermöglichung eigener Hebesatzrechte der einzelnen Bundesländer bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

- für die Umstellung des Ausgleichs der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder von der horizontalen auf eine vertikale Verteilung zwischen Bund und Ländern. So wird eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen erreicht.
- für die Finanzierung der Kosten einer bundesweit bedeutenden Infrastruktur, z.B. für Ausbau und Unterhalt der Hafeninfrastruktur sowie den Ausgleich regionaler Sonderlasten in Folge von Strukturschwächen durch einen vertikalen Strukturfonds.
- für einen Zerlegungsmaßstab in Hinblick auf die Lohn- und Einkommensteuer, der vor allem den infrastrukturellen Belastungen der jeweiligen Bundesländer folgt.
- für eine gesamtstaatliche Lösung des Schuldenproblems der Bundesländer, welche die verursachenden Institutionen nicht völlig aus der Verantwortung entlässt.
- für die Einrichtung eines länderübergreifenden Altschuldenfonds unter der Verwaltung des Bundes. Dabei übernimmt der Bund die bestehenden Zinsverpflichtungen der Länder, die sich im Rahmen eines verbindlichen Abbauplans zur Tilgung ihrer Verbindlichkeiten innerhalb eines angemessenen Zeitraums verpflichten.

Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass ein Prozentpunkt des bestehende Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung investiert wird. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von bundesweit rund 2,5 Mrd. Euro in den Bildungssektor.

Kommunen als Fundament und Rückgrat des Landes

Für uns Freie Demokraten sind die Kommunen das entscheidende Abbild für ein Flächenland der Zukunft. Das Lebensgefühl vor Ort in einem Flächenland, welches noch weit hinter seinen Chancen zurückliegt, ist entscheidend für die Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, arbeiten sowie würdevoll und selbstbestimmt altern wollen. Daher muss die kommunale Verwaltung als wichtigster Berührungspunkt zu den Bürgerinnen und Bürgern auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sein und nicht auf erdachte Strukturen höherer Ebenen.

Wir Freie Demokraten treten hinsichtlich der Kompetenzen im Staatsaufbau für eine konsequente Subsidiarität ein. Das heißt, dass Kommunen die Aufgaben erledigen sollen, die am besten vor Ort durch Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie Kreistage entschieden werden können.

Grundsätzlich soll jede Aufgabe dort erledigt werden, wo die tatsächliche Verantwortung liegt und nicht in Mehrfachstrukturen zergliedert werden. Durch die Landkreisneuordnung wurden im Jahr 2011 riesige Landkreise, oft gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger und gegen die Interessen der betroffenen Kreise und kreisfreien Städte, geschaffen. Anstelle einer Funktionalreform mit einer tiefgreifenden Aufgabenkritik innerhalb der kommunalen Ebenen wurden Strukturen im Land geschaffen, die einen Verlust an Identität und demokratischer Vertretung in den großflächigen Landkreisen bedeuten.

Für uns Freie Demokraten kann auf kommunaler Ebene der Rückzug aus der Fläche und die Zusammenführung zu Großstrukturen nicht die einzige Antwort auf die demografische Entwicklung sein. Für uns ist zunächst funktional zu beschreiben, was auf welcher Ebene vor Ort oder in größeren Einheiten geleistet und entschieden werden kann. Danach richten sich die Strukturen und deren Finanzierung. Dabei gibt es kein Festhalten an Bestehendem, sondern die Funktionalität einer effizienten kommunalen Verwaltung gibt vor, welche Aufgabe auf welcher Stufe anzubinden ist.

Für ihre Aufgaben benötigt die kommunale Ebene ausreichende Finanzspielräume. Übertragene Aufgaben des Bundes oder des Landes sind auskömmlich zu finanzieren. Die Konnexität ist unbedingt einzuhalten. Diejenige Ebene, die eine Aufgabe bestellt, ist für die Finanzierung der Umsetzung auch verantwortlich. Hierfür ist eine Entflechtung der Finanzströme zwischen Land und Kommunen und der Kommunen untereinander unabdingbar. Die Umverteilung von Land an Kommunen und von Kommunen untereinander muss transparent und leicht nachvollziehbar sein. Sie darf keinesfalls zum Selbstzweck werden.

Den Kommunen muss neben der Erfüllung von Pflichtaufgaben auch ein Sockelbetrag für freiwillige Leistungen verbleiben, welcher entsprechend der Größe der Kommune angemessen ist. Von dem notwendigen Mindestmaß an freiwilligen Leistungen geht eine identitätsstiftende Idee aus, die das Leben in der Kommune lebenswert macht, damit Vereine, Begegnungsstätten, die Pflege von Parkanlagen, die Einrichtung sowie die Unterhaltung von Spiel-, Sportplätzen und Badestellen auch in finanzschwachen Zeiten planungssicher finanziert werden können. Einer Verödung unserer Dörfer und Städte stellen wir uns entschieden entgegen.

Über das Mindestmaß an freiwilligen Leistungen hinausgehende finanzielle Freiräume kann die Kommune nur durch eigene Finanzquellen erreichen. Hier muss die Verantwortlichkeit für den kommunalen Haushalt direkt mit der politischen Verantwortung für Steuerhebesätze, Gebühren und Beiträge verknüpft bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sollten an der Prioritätensetzung direkter beteiligt werden.

Viele Kommunen betätigen sich direkt oder über Gesellschaften und Beteiligungen wirtschaftlich. Oft ist die wirtschaftliche Betätigung davon getragen, dass die Kommune als der bessere Unternehmer verstanden wird. Die Risiken und Nachteile bilden sich vielerorts als hohe Verluste für die kommunalen Haushalte ab.

Durch Rückgriff auf den aus Steuern, Gebühren und Beiträgen gespeisten kommunalen Haushalt verdrängen immer mehr kommunale Unternehmen Handwerkerinnen und Handwerker, Gewerbetreibende sowie Dienstleisterinnen und Dienstleister vor Ort. Diese müssen anders kalkulieren und tragen umgekehrt dazu bei, dass die Steuern und Beiträge zum Haushalt erst einmal erwirtschaftet werden.

Daher ist für uns Freie Demokraten bei der Zulassung wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen und bei der Rekommunalisierung von Aufgaben Augenmaß geboten.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für eine umfangreiche, wissenschaftliche Evaluierung der Kreisgebietsreform von 2011 einsetzen. Anschließend müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen und eine Funktionalreform vorbereitet werden.
- uns dafür einsetzen, dass das Subsidiaritätsprinzip zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung konsequent umgesetzt wird.
- sicherstellen, dass eine schlanke und effiziente kommunale Verwaltung auch unter Einsatz mobiler Dienste für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar bleibt und bürgernahe Dienste erbringt.
- eine Neudefinition des kommunalen Aufgabenkatalogs einfordern, der die Kompetenzen der verschiedenen Staatsebenen entflechtet und Doppelstrukturen beseitigt.
- eine aufgabengerechte Finanzierung der kommunalen Ebene unter strikter Anwendung des Konnexitätsprinzips einfordern.
- uns dafür einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die mit Steuern und Beiträgen die kommunalen Haushalte speisen, mehr direktes Mitspracherecht bei der Prioritätensetzung erhalten, beispielsweise durch Bürgerhaushalte.
- die Festlegung eines angemessenen Mindestumfangs an freiwilligen Leistungen der Kommune im Finanzausgleichsgesetz anstreben.
- stärker auf die Berücksichtigung der infrastrukturellen Bedürfnisse des ländlichen Raumes bei der Finanzausstattung sowie auf direkte Förderung der Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum drängen und Fehlanreize durch unübersichtliche Bundes- und Landesprogramme einschränken, die oft hohe Folgekosten für die Kommunen bedeuten.
- uns dafür einsetzen, dass Neuverschuldungsverbote nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch für die kommunale Ebene umgesetzt werden, da andernfalls der Druck aus den Schuldenbremsen von Bund und Land an die Kommunen weitergegeben wird.
- eine stringente Kommunalaufsicht einfordern, die nicht erst dann aktiv wird, wenn die Kommune in der Schuldenfalle sitzt, sondern vorab beratend tätig wird und Auswege aus der fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit aufzeigt.
- uns dafür einsetzen, dass Kommunen sich nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn kein privatwirtschaftliches Unternehmen die gleiche Leistung am Markt genauso gut erbringt.

- uns gegen jede Form von wettbewerbswidriger wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen aussprechen, die Handwerk, Gewerbe, Handel und Dienstleistende vom Markt verdrängt.
- dafür eintreten, dass Aufsichtsgremien für wirtschaftlich tätige kommunale Unternehmen nach Fachkompetenz und nicht nach Verwaltungsamt oder Parteizugehörigkeit besetzt werden. Ein entsprechender Qualifikationsnachweis muss vorzuliegen.

Innen und Recht

Unabhängige Justiz stärken

Im demokratischen System der Gewaltenteilung ist die Justiz die letzte Instanz. Was die Legislative beschließt und die Exekutive ausführt, muss vor den Gerichten bestehen können. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine leistungsfähige und unabhängige Justiz ein.

In den kommenden Jahren werden ca. zwei Drittel der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Dieser Aderlass wird die Funktionsfähigkeit und die Qualität der Justiz in unserem Land weiter erheblich beeinträchtigen. Bereits jetzt sind im Land überlange Verfahren eher die Regel als die Ausnahme. Neues Personal muss sich erst einarbeiten.

Wir Freie Demokraten fordern deshalb bereits jetzt, deutlich über dem aktuellen Bedarf Personal für den Justizdienst einzustellen. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden, ansonsten ist das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern für junge Juristinnen und Juristen unattraktiv. Probezeiten sind auf das Nötige zu verkürzen, Vorverwendungen anzuerkennen und individuelle Verwendungswünsche zu berücksichtigen. Versetzungen sollten möglichst freiwillig erfolgen, jedenfalls ist auf familiäre Belange Rücksicht zu nehmen. Dabei wird es mit uns aber nicht bleiben - wir wollen auch die Besoldung und die Arbeitsbedingungen nicht nur der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter, sondern im gesamten Justizdienst verbessern!

Die FDP lehnt jede politische Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaften seit jeher entschieden ab. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass es in der Bundesrepublik keine hinreichende Gewähr der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft gegenüber der Exekutive gibt. In der Folge ist es deutschen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten verwehrt, einen Europäischen Haftbefehl auszustellen. Die Freien Demokraten fordern, endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und eine der Richterschaft vergleichbare, unabhängige Staatsanwaltschaft zu schaffen.

Die große Koalition hat in unserem Land eine Gerichtsstrukturreform gegen breite Gruppen der Bevölkerung, der Richterschaft sowie der Rechtsanwältinnen und -anwälte durchgesetzt. Im Rahmen des Volksentscheids haben 83 % der Abstimmungsteilnehmenden gegen die Gerichtsstrukturreform gestimmt. Die von der Landesregierung propagierte Kostenersparnis und Effektivitätssteigerung ist nicht eingetreten. Geblieben ist lediglich der Rückzug der Justiz aus der Fläche. Von ehemals 21 Amtsgerichten sind lediglich zehn verblieben. Wir Freie Demokraten fordern eine Korrektur der Gerichtsstrukturreform, insbesondere die Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Wolgast und die Zurücknahme der Umwandlung der Amtsgerichte Parchim, Anklam und Neustrelitz in Zweigstellen. Ferner müssen Wege zur Effizienzsteigerung der Justiz – etwa durch Digitalisierung – konsequent weitergedacht werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Erhöhung der Personalschlüssel bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten einfordern.
- für eine gute Aus- und Fortbildung der Richterschaft, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie der Justizbediensteten sorgen. Zeitgleich streben wir eine angemessene und leistungsgerechte Bezahlung sowie Beförderungs- und Aufstiegsperspektiven an.
- uns für eine unabhängige Staatsanwaltschaft einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass an den Standorten Wolgast, Parchim, Anklam und Neustrelitz die jeweiligen Amtsgerichte wieder eröffnet werden.
- die Digitalisierung der Gerichte vorantreiben.

Bekämpfung von Cyberkriminalität ohne Staatstrojaner

Wir Freie Demokraten fordern die Schaffung einer schlagkräftigen Cyber Crime-Einheit für die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern. Eine solche Einheit wird zur Abwehr von digitalen Angriffen auf die zunehmend „intelligente“ Cyber-Infrastruktur dringend benötigt. Nur mit Hilfe entsprechender Spezialistinnen und Spezialisten kann die Gefahr von Angriffen auf Versorgungseinrichtungen (Strom, Wasser, Gas, Öl, Internet) abgewendet werden.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor bekannten Risiken ist in jedem Fall vorrangig. Es darf nicht sein, dass der Staat nicht öffentlich bekannte Sicherheitslücken zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger ausnutzt. Wir Freie Demokraten werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger verteidigen und lehnen den staatlichen Einsatz von Spionagemitteln, wie dem sog. Staatstrojaner, strikt ab.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für die Einrichtung einer Cyber Crime-Einheit einsetzen.
- alles tun, um Angriffe auf die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger durch staatliche Spionage abzuwehren.

Jeder Extremist ist Mist

Wir Freie Demokraten sagen jeder Form von Extremismus den Kampf an. Als Liberale stehen wir in der Mitte der Gesellschaft und glauben an die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

Intoleranz, Links- und Rechtsextremismus, religiösem Fanatismus und jeder anderen Art von Angriff auf unser Rechtssystem werden wir entschieden entgegentreten. Das beinhaltet nicht zuletzt auch den Kampf gegen die sogenannte Reichsbürgerbewegung. Parallelgesellschaften, die sich außerhalb unseres Rechtssystems bewegen, lehnen wir entschieden ab. Bestehende Präventionsprogramme werden wir evaluieren und an die Herausforderungen der Gegenwart anpassen. Dabei stellt für uns ehrenamtliches Engagement einen zentralen Baustein im Kampf gegen den Extremismus dar. Deshalb

wollen wir das Ehrenamt besser als bisher fördern und in staatliche Programme integrieren.

Datenschutz und Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Die Gewährleistung des Datenschutzes ist in der Informationsgesellschaft wesentliches Element eines liberalen Rechtsstaates.

Regelmäßig sind unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung neue Überwachungsgesetze verabschiedet worden. Diese gehören hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit fortlaufend auf den Prüfstand. Nicht taugliche Überwachungsbestimmungen sind im Zweifel für die Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger ersatzlos aufzuheben. Die Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG Mecklenburg-Vorpommern) sehen wir kritisch. Einen Großteil der im Jahr 2019 vorgelegten Regelungen im SOG MV lehnen wir als untauglich ab.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns gegen jede Form unnötiger Erhebung, Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten einsetzen.
- alle Sicherheits- und Überwachungsgesetze regelmäßig auf Wirksamkeit und Erforderlichkeit prüfen.
- eine Beschränkung der Überwachung der Telekommunikation auf das notwendige Maß anstreben.
- uns gegen anlasslose automatisierte Kennzeichenerfassungen aussprechen.

Informationsfreiheit als Mittel der demokratischen Kontrolle stärken

Es ist für die FDP eine Selbstverständlichkeit, dass jede Person im Rahmen der persönlichen Betroffenheit Akteneinsicht in behördliche Vorgänge erhalten muss.

Ausnahmen kann es nur in engem Umfang bei vorrangiger Schutzwürdigkeit Dritter geben.

Die FDP möchte nach Möglichkeit größere Transparenz bei Verträgen zwischen Staat und Unternehmen schaffen. Der Staat wirtschaftet mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Er hat kein Recht, dies pauschal nicht-öffentlich zu tun.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weitgehende Informationsfreiheit gewährt wird, soweit nicht schutzwürdige Rechte Dritter betroffen sind. Die Entscheidung darüber darf nicht der Exekutive obliegen.
- einfordern, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern mehr Transparenz hinsichtlich der Verträge zwischen Bundesland und anderen Vertragspartnern zeigt, damit die Verwendung öffentlicher Gelder einer demokratischen Überprüfung offensteht.

Herausforderungen und Chancen der Migrationspolitik

Egal, woher Menschen zu uns kommen und welchen Hintergrund sie haben, sie können und sollen unsere Gesellschaft bereichern. Migration kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nach den Regeln unseres Rechtsstaates erfolgt. Unsere Regeln garantieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten und sexueller Identität sowie die Religionsfreiheit. Eine Toleranz der Intoleranz werden wir Freie Demokraten nicht dulden.

Es entspricht unserem Weltbild, dass jede Person seinen oder ihren Lebensort bei Wahrung der jeweiligen Gesetze in der Gestaltung des persönlichen Lebensweges frei wählen kann. Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln für die Einwanderung nach Deutschland ein. Dieses soll dem Grundsatz folgen, dass jede und jeder, der oder die sich durch die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes selbst versorgen kann, auch die Möglichkeit zur Einwanderung erhält. Kriegsflüchtlinge, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen und die Kriterien des Einwanderungsgesetzes erfüllen, können auf dieser Grundlage einen Antrag stellen, in

Deutschland zu bleiben. Es gibt jedoch keine Vorzugsbehandlung für bereits Eingewanderte, um keine weiteren Anreize für eine missbräuchliche Einwanderung unter Ausnutzung des Asylsystems zu setzen. Wir setzen uns für humanitären Schutz ein, wenn Menschen verfolgt werden und Asyl bedürfen sowie für den subsidiären Schutz für Kriegsflüchtlinge.

Das setzt voraus, dass die Verwaltungsverfahren gestrafft werden. Asylverfahren müssen schneller bearbeitet und abgeschlossen sein. Menschen ohne Bleibeperspektive sollen nicht erst auf die Kommunen verteilt werden, wenn sie ohnehin abgeschoben werden müssen. Abschiebungen müssen bei Vorliegen der Voraussetzungen konsequent umgesetzt werden. Vollzugsdefizite bei Abschiebungen darf es nicht geben. Menschen mit Bleibeperspektive benötigen Angebote für eine Integration vor Ort. Das umfasst auch Sprach- und Integrationskurse, da die Möglichkeit der Verständigung die Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist.

Soziale Leistungen dürfen nur dann gewährt werden, wenn deren Empfängerinnen und Empfänger Identitätsnachweise besitzen, die auch geeignet wären, eine Ausreise oder Abschiebung zu unterstützen. Die zuständigen Behörden haben die Hilfeempfängerinnen und -empfänger bei der Beschaffung dieser Dokumente zu unterstützen. Junge geflüchtete Menschen bis zum 27. Lebensjahr wollen wir dazu ermutigen, eine Ausbildung zu absolvieren. Dabei dürfen sie nicht während ihrer Erstausbildung und zwei Jahre nach erfolgreichem Abschluss und Arbeitsaufnahme von Abschiebung bedroht sein.

Wichtig ist für uns, dass nicht nur Regeln auf dem Papier gemacht werden, sondern diese Regeln auch umgesetzt werden. Ein "Weiter so" des deutschen Alleinganges lehnen wir ab. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auf europäischer Ebene eine Lösung für die aktuelle Flüchtlingskrise bzw. die Herausforderungen der Migrationspolitik gefunden wird.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass die Regeln unseres Rechtsstaats effektiv und konsequent für alle Menschen gleichermaßen umgesetzt werden.

- im Rahmen von Bundesratsinitiativen für ein effizientes Einwanderungsgesetz eintreten.
- uns für die Straffung von Asylverfahren, konsequente Abschiebungen und Sprach- und Integrationsangebote einsetzen.
- uns für ein Fairplay bei Sozialleistungen und die Unterstützung bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit einsetzen.
- uns für eine verstärkte Kooperation mit den europäischen Partnern und europäische Lösungen für kontinentale Fragen einsetzen.

Sicherheit und Ordnung

Die FDP steht für eine leistungsstarke Polizei, die als kompetenter Ansprechpartner und bürgerfreundlicher Dienstleister überall präsent ist.

Für uns Freie Demokraten sind eine hohe Präsenz auf der Straße und eine hohe Aufklärungsquote wichtiger als ein großer Verwaltungsapparat. Da nur rund ein Drittel aller Stellen der Landespolizei dem Dienst auf der Straße zur Verfügung stehen, sehen wir Freie Demokraten hier akuten Handlungsbedarf, um diese nicht-bürgerfreundliche Verteilung zu verändern.

Die derzeitige Regierung hat es versäumt, auf absehbare Pensionierungen in großer Zahl mit einem verstärkten Einstellungsprogramm zu reagieren. Die fehlenden Stellen können zeitnah nicht wieder besetzt werden, da Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte erst ausgebildet werden müssen. Hier stößt die Ausbildungsstätte in Güstrow an ihre personellen und logistischen Grenzen.

Die FDP steht für einen Abbau von Aufgaben, die der Tätigkeit im Polizeidienst immer fremder geworden sind. Hier muss sowohl die Polizei als Organisation als auch jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte entlastet werden. Bürokratie ist abzubauen. Die Einführung bzw. der Ausbau von Angestelltenstellen zur Entlastung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten von Büroarbeit soll vorangetrieben werden. Aufgaben anderer Behörden dürfen nur im Ausnahmefall Sache der Polizei werden.

Die Sammelwut des Staates von nicht mehr beherrschbaren Datenmengen wird durch die Freien Demokraten abgelehnt. Wir setzen stattdessen auf ein Konzept von gut ausgebildeten, bürgernahen und bestmöglich ausgestatteten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Die amtsangemessene Besoldung hat der Bedeutung der Polizeiarbeit und der spezifischen Belastung des Dienstes Rechnung zu tragen. Dies trifft auch auf die Vergütung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten zu. Die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten müssen so verbessert werden, dass der unverhältnismäßig hohe Krankenstand der Vergangenheit angehört. Beförderungsstaus sollen durch die Einführung einer Regelbeförderung abgebaut und künftig vermieden werden.

Wir Freie Demokraten stehen für die tatsächliche statistische Erfassung und Benennung der Herkunft von Täterinnen oder Tätern bzw. des jeweiligen politischen Spektrums, in dem die Täterin oder der Täter zu verorten ist. Falsch verstandene Toleranz führt zu einer Aushöhlung unseres Rechtsstaates.

Ereignisse, wie der Fall Caffier oder die nach wie vor nicht vollständig aufgeklärten Vorgänge rund um die extremistische Gruppe "Nordkreuz", die sich aus ehemaligen und nach wie vor aktiven Mitgliedern verschiedener Sicherheitskräfte zusammensetzt, untergraben das Vertrauen in unsere Sicherheitsinstitutionen. Einzelne Verirrte dürfen nicht zum Aushängeschild unserer Behörden werden. Ganz im Gegenteil: Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass sich die Sicherheitskräfte unseres Landes Tag für Tag um unseren Schutz bemühen und grundsätzlich großen Respekt für ihre Arbeit verdient haben. Wir wollen sie deshalb unterstützen, indem wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit extremistische Umtriebe bei Polizei, Landeskriminalamt und Landesverfassungsschutz lückenlos und schnell aufgeklärt werden können. Dafür ist es entscheidend, dass die Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit bekommen, sich innerhalb der Behörde bei Bedarf an eine unabhängige Stelle zu wenden.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass eine aktive Präventionsarbeit immer vor einer Repression steht.
- Pläne für eine flächendeckende Videoüberwachung und den Einsatz von Software zur automatisierten Gesichtserkennung weiterhin deutlich ablehnen.
- uns dafür einsetzen, dass die Polizei ihren Dienst auf der Straße verrichten kann und nicht hinter Bildschirmen den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern verliert.
- uns dafür verwenden, dass die Polizei modern und nach hohem Standard ausgerüstet wird. Dazu gehören auch interaktive Dienstfahrzeuge, in denen vor Ort die notwendigen Daten unbürokratisch erfasst und verarbeitet werden können.
- eine gute Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gewährleisten und den Aus- und Fortbildungsstandort der Fachhochschule in Güstrow stärken.
- dafür eintreten, dass Ressourcen zusammengefasst und sinnvoll in die tägliche Arbeit eingebracht werden können. Dies gilt u.a. für die gemeinsame Nutzung von Hubschraubern im Sinne einer Kooperation mit der Bundes- und anderen Landespolizeien als auch die Zusammenlegung von Bußgeldstellen.
- uns dafür einsetzen, dass das Vertrauen in unsere Sicherheitskräfte vollständig wiederhergestellt wird, indem wir Verbindungen mit extremistischen Netzwerken aufklären und in Zukunft präventiv unterbinden.
- eine pseudonymisierte Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte einführen, um polizeiliches Handeln transparent zu machen.
- die Schaffung eines Beirats „Innere Führung“ anstoßen, damit Bürgerinnen und Bürger und Beamtinnen und Beamte innerhalb der Polizei eine Stelle haben, an die sie sich vertrauensvoll wenden können. Zur Aufklärung von Angriffen gegen unsere Sicherheitskräfte wollen wir eine Sonderkommission einrichten.

Ausbildung von Juristinnen und Juristen

In den kommenden 15 Jahren werden ca. zwei Drittel der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Ruhestand wechseln. Diese ungünstige Alterspyramide ist den massiven Neueinstellungen nach der Wiedervereinigung und einem verfehlten Personalmanagement geschuldet. Sie wird die Funktionsfähigkeit und

die Qualität der Justiz in unserem Land erheblich beeinträchtigen. Um die altersbedingten Personalabgänge zu ersetzen, müssen in den nächsten zehn Jahren rund 150 Proberichterinnen und -richter, innerhalb der nächsten 15 Jahre sogar rund 300 Proberichterinnen und -richter, eingestellt werden. Ob dies gelingen kann, ist fraglich, da es an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern fehlt. Dies wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern.

Ursächlich sind die eingeschränkten Möglichkeiten des Studiums in unserem Bundesland. Ein Studiengang mit dem Abschluss des Ersten Juristischen Staatsexamens wird nur noch von der Universität Greifswald angeboten. Seit der faktischen Schließung der juristischen Fakultät in Rostock hat sich die Zahl der Universitätsabsolventinnen und -absolventen, die in unserem Land eine juristische Ausbildung durchlaufen, welche sie für eine Übernahme in den juristischen Vorbereitungsdienst qualifiziert, deutlich reduziert.

Wir Freie Demokraten fordern:

- die Voraussetzungen für eine größere Anzahl lokaler Bewerberinnen und Bewerber für den Justizdienst zu schaffen. Dafür ist die juristische Ausbildung an der Universität Rostock wieder aufzunehmen.

Unterstützung für die Opfer der DDR-Diktatur

Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern viele Behörden und Archive, die Unterlagen (u.a. Krankenakten, Geburtsanzeigen, Jugendhilfe-Angelegenheiten, Akten der Jugendwerkhöfe) aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aufbewahren. Die bisherige Praxis ist unübersichtlich. Es droht die Vernichtung der Akten. Geboten sind eine bessere Zusammenarbeit und die Herausgabe von Dokumenten an die betroffenen Antragstellerinnen und Antragsteller. Die Betroffenen müssen einen gesetzlichen Anspruch darauf haben, Unterlagen kostenlos und unverzüglich zu erhalten. Die Vernetzung mit anderen Behörden und Bundesländern soll zudem die Forschung voranbringen und Aufklärung ermöglichen.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Beratungsstelle für Betroffene von DDR-Unrecht in Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Die Inanspruchnahme der dort angebotenen Dienstleistungen muss kostenlos sein. Zusätzlich ist eine Verlängerung der Aufbewahrungsfristen von Akten notwendig. In der Beratungsstelle sollen Betroffene Rat und Auskunft erhalten. Ist für die Durchsetzung von Ansprüchen aus erlittenem Unrecht während der DDR-Diktatur eine anwaltliche Begleitung notwendig, soll das Land Mecklenburg-Vorpommern die Kosten hierfür übernehmen.
- für die Aufklärung und Forschung alle Akten, die Angaben über von DDR-Unrechts-Betroffene enthalten könnten, erfassen. Konkret: Was lagert wo, in welchen Jahrgängen, in welchem Archiv? Die Erfassung soll durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern erfolgen.
- über das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern jährlich einen Abgleich der bekannten Verdachtsfälle mit anderen Bundesländern durchführen und das Ergebnis veröffentlichen.
- Urteile, Beschlüsse und Entscheidungen, die Betroffene von DDR-Unrecht erwirken, durch das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern in einer öffentlichen Datenbank zugänglich machen.

Das Ehrenamt als Fundament einer freien Bürgergesellschaft

Eine freie und selbstbestimmte Bürgergesellschaft lebt von der Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir Freie Demokraten setzen bewusst auf das bürgerschaftliche Engagement und auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern. Wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern zu, dass sie selbständig die Initiative ergreifen, wenn ehrenamtliche Strukturen erforderlich sind. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass Defizite bei der Wahrnehmung von staatlicher Verantwortung kompetent und mit viel Engagement der Bürgerinnen und Bürger kompensiert werden können. Der Einsatz der ehrenamtlich Aktiven in Mecklenburg-Vorpommern ist unverzichtbar.

Wir dürfen das ehrenamtliche Engagement nicht durch überzogene Anforderungen steuerlicher, datenschutzrechtlicher oder ordnungsrechtlicher Regelungen so weit erschweren, dass den Aktiven die Energie für ihre eigentliche Tätigkeit verloren geht. Professionelle und ehrenamtlich erbrachte Leistungen müssen eine deutliche Differenz erfahren. Hier ist nicht nur der Gesetzgeber gefordert, Übermaß zu vermeiden, vielmehr muss der Verwaltungsvollzug mit dem notwendigen Gespür für die besondere Situation ehrenamtlich Tätiger gestaltet werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für optimale Rahmenbedingungen einsetzen, die ein ehrenamtliches Engagement vereinfachen und nicht erschweren.
- immer daran erinnern, wie hoch der Wert des Ehrenamtes ist und wie wichtig eine besondere gesellschaftliche Akzeptanz und der Respekt der Gesellschaft gegenüber ehrenamtlich Tätigen sind.
- anregen, dass ehrenamtlich Tätigen ein angemessener Versicherungsschutz für den Rahmen ihrer Ehrenamtsausübung geboten wird.
- bürokratische Hürden, wie komplizierte Vorschriften, überzogene Verwendungsnachweise und schwer verständliche Antragsunterlagen, abbauen.
- uns für eine fachliche Fortbildung innerhalb der ehrenamtlich Tätigen stark machen.
- Haftungsbeschränkungen für ehrenamtliche Vorstände von Vereinen anregen, soweit keine grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verstöße vorliegen.
- eine Anerkennung und ggf. Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten von Schülerinnen und Schülern, Berufsschülerinnen und -schülern sowie Studierenden als außerschulische Lernleistung oder als Ersatz von Grundfertigkeiten-Seminaren unterstützen.
- sowohl bestehende Landesgesetze als auch die Verwaltungspraxis systematisch auf vermeidbare Hürden und Belastungen für ehrenamtlich Tätige überprüfen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement verbessern, indem wir uns unter anderem für die angemessene Erhöhung der steuerlichen Freibeträge für Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen einsetzen.
- Mitarbeitende der Rettungsdienste rechtlich verlässlich gegen Angriffe Dritter schützen.

- die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen intensivieren, um gerade ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen im Rahmen von Ganztagschulen zu fördern und nicht unnötig zu behindern.
- ehrenamtliche Arbeit von LGBTQIA+ -Initiativen, wie Jugendgruppen oder Coming-out-Beratungen, durch das Land stärker unterstützen. Wir sehen insbesondere im ländlichen Raum Nachholbedarf und fordern deshalb ein umfassendes digitales Beratungsangebot.
- bürgerschaftliches Engagement in den Arbeitsbereichen der Justiz attraktiver gestalten. Die Betätigungsfelder reichen von ehrenamtlicher Bewährungshilfe, der Betreuung, über die ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug bis hin zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern oder zur Zeugenbegleitung.
- ehrenamtliches Engagement im Bereich der Seniorenbetreuung weiter fördern.
- Anreize schaffen, um auch ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderungen für ein ehrenamtliches Engagement zu ermutigen.
- ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz (FFW, DRK, THW etc.) besonders fördern.
- dafür sorgen, dass Ehrenamtliche, Vereine sowie kleine und mittlere Unternehmen bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung seitens des Landes, soweit wie rechtlich zulässig, von unnötiger und unverhältnismäßiger Bürokratie befreit werden.
- die Gefährdung ehrenamtlicher Strukturen (insbesondere in Vereinen), ausgelöst durch die Corona-Pandemie, durch gezielte und zeitlich befristete Förderprogramme verringern.

Starker Sport in Mecklenburg-Vorpommern

Sport stärkt Eigeninitiative, Gemeinsinn und Fairness

Die größten Bürgerinitiativen in unserem Bundesland sind die Sportvereine, ohne deren Strukturen und ehrenamtliche Führungskräfte sowie Trainerinnen und Trainer das vielfältige Sportangebot in Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich wäre. Wir brauchen den Sport zudem als Beitrag zur gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation.

Sport stärkt als Baustein der Bürgergesellschaft die Eigeninitiative der Menschen, ihre Innovationsfreude und vermittelt Werte, wie Fairness, Disziplin und Leistungsbereitschaft. Sport ist einer der Schlüssel zu gelingender Integration und Inklusion. Damit der Sport sein Potenzial auf diesem Feld noch besser entfalten kann, wollen wir die Kooperation von Politik und Vereinen, Schulen und Hochschulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen erweitern und fördern.

Der Sport ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der einen Markt für Sportgeräte, sportnahe Produkte und Dienstleistungen schafft und damit nicht nur Angebote für unsere Bürger und Bürgerinnen bereithält, sondern zur Attraktivität des Tourismusstandorts Mecklenburg-Vorpommern beiträgt.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen stärken und insbesondere die Sportvereine mit ihren Angeboten nach Möglichkeit im Rahmen der offenen Ganztagschule in die schulische Nachmittagsbetreuung integrieren. Dafür müssen den Schulen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.
- Voraussetzungen per Landesverordnung schaffen, um allen Schulen in Kooperation mit den Sportvereinen und Sportverbänden die Einführung von sportbetonten Klassen zu ermöglichen.
- auch im Sport Hindernisse abbauen, die sich aus allzu bürokratischen gesetzlichen Regelungen oder einem unverhältnismäßig strengen Verwaltungsvollzug ergeben.
- die Sportfinanzierung weiterhin auf transparente und verlässliche Grundlagen stellen und die Selbstverwaltungshoheit der Sportverbände respektieren.
- dafür sorgen, dass jedes Kind in Mecklenburg-Vorpommern schwimmen lernen kann. Deshalb braucht Mecklenburg-Vorpommern ein landesweites Schwimmhallenprogramm zur Förderung kommunaler Schwimmbäder.
- „eSports“ als einen Teil des Sportes anerkennen, fördern und unterstützen.

Spitzensport braucht Spitzenförderung

Wir Freie Demokraten bekennen uns eindeutig zum Spitzensport und dessen Förderung in unserem Bundesland, denn ohne Spitze keine Breite und auch umgekehrt.

Die Förderung des Leistungssports bleibt wesentliche Aufgabe des Bundes. Die Förderung des Breitensports für alle wird von den Ländern, vor allem aber von den Städten und Gemeinden wahrgenommen. Wir Freie Demokraten wollen einen besseren Informationsaustausch zwischen den Verbänden und Organisationen bei der Abstimmung von möglichen Fördermaßnahmen. Leistungssport und Breitensport profitieren voneinander. Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Um es bis in diese nationale und internationale Spitze zu schaffen, bedarf es aber nicht nur jeder Menge Fleiß und Talent, sondern ebenso einer funktionierenden Infrastruktur. Dazu gehören sowohl die Sportstätten als auch die Trainerinnen und Trainer sowie die Betreuerinnen und Betreuer. Unser besonderes Augenmerk und unsere Unterstützung gelten dabei den Sportschulen des Landes, den Olympiastützpunkten sowie den angeschlossenen und kooperierenden Vereinen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die finanzielle Unterstützung im Leistungssport an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren.
- uns dafür einsetzen, dass eine zeitgemäße Strategie der Förderung von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Bundeswehr, der Polizei, dem Zoll, der Sporthilfe, der Landesregierung und den Spitzenverbänden auf den Weg gebracht wird. Es muss attraktiv sein, für unser Land Spitzensport zu betreiben.
- dabei auf Rahmenbedingungen setzen, die sowohl im Sportlichen als auch im Bereich von Ausbildung und Beruf Nachteile verhindern und eine freiheitliche Entfaltung der Athletinnen und Athleten ermöglichen.
- innerhalb eines dualen Systems Verantwortung für die Athletinnen und Athleten übernehmen und Trainings-, Wettkampf-, Ausbildungs-, Studien- und Arbeitszeiten einander anpassen.
- eine Profi-Quote für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler bei der Hochschulzulassung anstreben, wie zum Beispiel bereits in Bayern, Baden-

Württemberg, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg/Schleswig-Holstein, und setzen uns für eine Flexibilisierung des Studiums ein.

- darüber hinaus die Unternehmen auch in diesem Bereich für die Unterstützung des Spitzensports sensibilisieren.
- die stiefmütterliche Behandlung des Sports innerhalb der Landesregierung beenden. Dazu gehört, dass die Stabsstelle Sport aufgewertet und wieder fest in das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingegliedert wird.
- Planungssicherheit für alle Beteiligten in der Sportförderung schaffen und den geltenden „Sportpakt 2018 bis 2021“ schnellstmöglich um mindestens drei weitere Jahre verlängern sowie die jährliche Finanzierung weiter erhöhen.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Ein glückliches Leben in der Familie

Für uns Freie Demokraten ist Familie dort, wo Menschen unabhängig von Geschlechterkonstellationen Verantwortung füreinander übernehmen. Das gesellschaftliche Bild von Familie hat sich stark gewandelt, sodass heute eine Vielzahl unterschiedlicher Familien und Lebensmodelle gelebt werden. Wir Freie Demokraten fordern gleiche Rahmenbedingungen für alle Lebensmodelle. Die individuelle Betreuung und Beratung für die Vielfalt der Lebensentwürfe muss gegeben sein. Wir Freie Demokraten unterstützen aktiv die Gleichstellung früherer eingetragener Lebenspartnerschaften und kämpfen gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Identität. Wir stehen für eine gesellschaftliche Akzeptanz der Geschlechtervielfalt und setzen uns für die vollständige Gleichberechtigung von Frauen, Männern und nicht-binären Personen ein.

Moderne Familienpolitik muss die vielfältige Realität familiären Zusammenlebens berücksichtigen. Insbesondere Kinder, ältere und kranke Menschen brauchen die familiäre Geborgenheit. Einen Schutz, der nur dann entstehen kann, wenn traditionelle Familie, Wechselmodell, Doppelresidenz, Patchwork Familien, Alleinerziehende,

gleichgeschlechtliche oder nicht-binäre Partnerschaften sich auf vorurteilsfreie Rahmenbedingungen verlassen können. Wahlfreiheit und Eigenverantwortung sind uns wichtig.

Für uns Freie Demokraten ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen jeder und jedem die Möglichkeit bieten, sich sowohl in familiärer Hinsicht als auch beruflich frei zu entfalten. Dazu gehören neben der Verbesserung der Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitsmodellen auch moderne, familienfreundliche Strukturen auf allen Ebenen sowie das Aufbrechen vorhandener Rollenbilder und ein Umdenken in den Köpfen. Wir stehen für eine emanzipatorische Politik für alle Geschlechter und wollen insbesondere Frauen die gleichen, fairen Chancen und eine vollständige Selbstbestimmung für ihre individuelle Lebensgestaltung garantieren.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine konnexe Ausfinanzierung der Leistungen des Bundesteilhabegesetzes für die Kommunen sichern.
- die Finanzierung des Landes für die frühkindliche Betreuung in Kitas und Kindertagespflegestellen überprüfen und an die tatsächlichen Notwendigkeiten anpassen. So wollen wir den Kommunen den Spielraum für eine ausreichende Finanzierung ermöglichen.
- mehr Kitaplätze schaffen.
- uns für die Trägervielfalt in der Kombination aus Wohlfahrt und privatrechtlichen Anbietern einsetzen.
- eine landesseitige Unterstützung für kommunale Beratungsprogramme für transsexuelle, transgender, intersexuelle und nicht-binäre Personen prüfen.
- für Toleranz und Chancengleichheit für alle Menschen, unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung sowie für die gesellschaftliche Akzeptanz vielfältiger Lebens-, Beziehungs- und Familienmodelle kämpfen.
- die Wahlfreiheit bei sozialen Dienstleistungen verbessern, um das Selbstbestimmungsrecht von Familien gegenüber der Fremdsteuerung sozialstaatlicher Kostenträger zu stärken.

- alle familienbezogenen Leistungen hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit prüfen und bürokratische Barrieren reduzieren.

Kindsein in Mecklenburg-Vorpommern

Die letzten beiden Jahre haben die Defizite im Bereich Kinderrechte noch stärker deutlich werden lassen. Für uns Freie Demokraten sind Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern verbunden mit Rechten und Pflichten der Eltern. Wir Freie Demokraten wollen Familien entsprechenden Freiraum schaffen, um die Entwicklung ihres Kindes eigenverantwortlich organisieren und leisten zu können. Gleichzeitig sollen sie sich aber zukünftig auf staatliche Strukturen verlassen können. Dort, wo Eltern ihrer Pflicht nicht gerecht werden bzw. nicht gerecht werden können, sehen wir die Gemeinschaft in der Pflicht. Mit nötigem Respekt und Sensibilität sollen Eltern die entsprechende Unterstützung bei ihrem Erziehungs- und Fürsorgeauftrag erfahren.

Wir Freie Demokraten werden:

- auf eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungsprozessen achten und diese fördern, indem wir Kinderortsbeiräte und Kinder- und Jugendparlamente stärker fördern.
- uns für eine bessere Vernetzung und Ausstattung sowie Qualifizierung von Jugendämtern, Polizei und Kinderärztinnen und -ärzten einsetzen, um Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen.
- uns für den Einsatz von Ombudspersonen in den Jugendämtern der Kreise und kreisfreien Städte einsetzen.
- mit einem Landesprogramm die Familien unterstützen, deren Kinderwunsch wegen gesundheitlicher Einschränkungen unerfüllt bleibt.
- uns für eine flächendeckende Möglichkeit des unkomplizierten Schwangerschaftsabbruchs und das Lehren der Techniken des Schwangerschaftsabbruchs in den medizinischen Ausbildungen einsetzen.
- uns für eine Bundesratsinitiative zur Streichung des § 219a aus dem StGB verwenden.

- uns für eine Kampagne zur Aufklärung und Sensibilisierung gegen Genitalverstümmelungen ohne medizinische Indikation bei Mädchen und Jungen einbringen.
- gemeinsam mit den Beteiligten die bestehenden Hospiz- und Palliativangebote in unserem Land weiterentwickeln, damit Familien mit schwerstkranken Kindern nicht auf sich allein gestellt sind.

Ein würdevolles Leben im Alter

Ältere Menschen stehen heute mitten im Leben. Sie sind mobil, engagiert und selbstbewusst. Ihr Engagement zu stärken und einzubinden, ist für uns Freie Demokraten eine Verpflichtung.

Wer das Rentenalter erreicht, setzt sich oftmals nicht zur Ruhe, sondern verortet sich weiter als aktiver Teil des familiären, wie gesellschaftlichen Miteinanders. Dies gilt in gleicher Weise für Menschen mit Behinderung oder einer Erkrankung.

Wir fühlen uns ganz der Inklusion und Vielfalt verpflichtet, die jedem Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe gewährleistet. Die Arbeitswelt, wie auch der Bildungs- und Freizeitbereich, bieten heute vielfältige Chancen, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die meisten älteren und kranken Menschen wollen zuhause im familiären Umfeld gepflegt werden. Auch viele Erwachsene mit schweren Behinderungen leben lange im Elternhaus und werden von ihren Angehörigen betreut und gepflegt. Viele Familien sind durch die langjährige Sorge um ihre Angehörigen mit Einschränkungen stark belastet. Daher benötigen insbesondere diese Familien verlässliche Begleitung und Entlastung. Um dem Wunsch nach einer ambulanten Betreuung gerecht zu werden, braucht es weniger Bürokratie, mehr Pflegefachkräfte und einen fairen Markt für soziale Dienstleistungen.

Gleichwohl es verschiedenste Angebote unterschiedlichster Träger gibt, fehlt es an einem echten Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern. In Mecklenburg-

Vorpommern ist die Hilfe für ältere, pflegebedürftige und kranke Menschen dadurch viel zu kompliziert und intransparent.

Das auf Bundesebene beschlossene Bundesteilhabegesetz wird in Mecklenburg-Vorpommern vollkommen unzureichend umgesetzt. Hier fehlt eine vollständige Refinanzierung der Leistungen der kreisfreien Städte und Landkreise durch das Land. Eine echte Teilhabegerechtigkeit setzt vor allem eine gerechte Teilung der finanziellen Folgen voraus.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Infrastruktur im öffentlichen Leben hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit und des Bedürfnisses der Menschen nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilen.
- Seniorenbegegnungsstätten mit seniorenrechtlichen Freizeitprogrammen fördern.
- die Angebote für alle Menschen, unabhängig vom familiären Status und der sexuellen Orientierung sowie in allen Lebensphasen, insbesondere im Hinblick auf Wohn- und Betreuungsformen, weiterentwickeln und institutionell verankern.
- die Fachkraftquote in der Pflege an die aktuellen Bedingungen und Herausforderungen flexibel anpassen.
- uns aktiv gegen die Einführung einer Pflegekammer in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen, weil dies noch mehr Personal hin zum Schreibtisch und weg von der Pflege der Patientinnen und Patienten schiebt, ohne die Belange der Pflege zu stärken.
- eine Leistungsgewährung über das persönliche Budget stärken und gleichzeitig die missbräuchliche Verschiebung von Leistungen aus der Krankenversicherung in diese besondere Form der pflegerischen Leistungsgewährung zukünftig verhindern.
- die kommunale Pflegeplanung auf die Analyse von Sachständen und Verbesserungsmöglichkeiten zurückführen und sie nicht zum Instrument einer Steuerung des Marktes werden lassen.
- der ambulanten Pflege soweit möglich den Vorrang vor stationärer Pflege einräumen und sichern.

Leben mit chronischer Erkrankung

Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere hinsichtlich der großen Volkskrankheiten, wie beispielsweise Diabetes, Wirbelsäulenerkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Depressionen, müssen in jedem Lebensalter besonders unterstützt werden. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf Eigenverantwortung und einen begleitenden gesamtgesellschaftlichen Lösungsansatz zwischen den Kommunen, dem Land, dem Bund, den Kostenträgern und Leistungserbringern sowie den Kindergärten und Schulen. Darüber hinaus sehen wir die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit durch präventive Maßnahmen als ein zentrales Anliegen der kommenden Jahre. Prävention und Früherkennung tragen mittel- und langfristig auch zur finanziellen Entlastung des Kranken- und Pflegeversicherungssystems bei.

Wir Freie Demokraten werden:

- der Prävention durch Kampagnen in Zusammenarbeit mit Krankenkassen sowie niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten eine größere Rolle zukommen lassen.
- die Vernetzung zwischen den einzelnen Akteurinnen und Akteuren stärken.
- die Gesundheitsämter vor Ort durch die Möglichkeit von tariflichen Abweichungen finanziell und personell stärken und so die Beratungsfunktion in vielen Bereichen wiederherstellen.

Barrierefreies Mecklenburg-Vorpommern

Das besondere Augenmerk der Sozialpolitik muss der Situation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen gelten. Dabei müssen zunehmend auch Kinder mit Behinderungen und ihre Familienangehörigen zu einem priorisierten Thema in Politik und Verwaltung werden, indem Mobilitätsbeschränkungen durch Infrastrukturmaßnahmen überwunden werden und ein Höchstmaß an Barrierefreiheit erreicht wird.

Wir brauchen Einrichtungen der Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderungen jeden Alters, um die betreuenden Familienangehörigen zu entlasten und im Krisenfall für sie einzuspringen. Auch Bildungs- und Freizeitangebote, die sich speziell an Kinder mit

Behinderungen richten, entlasten deren Familienangehörigen. Dabei spielt die Nachmittagsbetreuung eine immer wichtigere Rolle.

Wir Freie Demokraten werden:

- bei der Barrierefreiheit neben den Belangen mobilitätseingeschränkter Menschen auch die Belange sensorisch eingeschränkter Menschen stärker berücksichtigen.
- Schulkindergärten, die Kinder mit Behinderungen auf die Schule vorbereiten, bedarfsgerecht fördern, unabhängig von der Trägerschaft.
- Anforderungen, die die Denkmalschutzämter stellen, und Anforderungen, die sich aus dem Grundsatz der Barrierefreiheit ergeben, harmonisieren.
- die Verordnung über Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen großzügiger gestalten und die Einbeziehung professioneller Unterstützungsleistungen nach Wunsch und Bedarf prüfen.
- bei öffentlichen Neubauten die Barrierefreiheit von Anfang an mitdenken und weiterhin darauf hinwirken, dass öffentliche Bestandsobjekte barrierefrei um- und ausgebaut werden.

Der Mensch im Mittelpunkt eines liberalen Gesundheitswesens

Wir Freie Demokraten wollen eine gesunde Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Unterstützung im Krankheitsfall. Niemand darf durch Krankheit weder in existentielle noch in finanzielle Not geraten.

Darum bekennen wir uns auch weiterhin zur Krankenversicherungspflicht. Dabei stehen wir für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten Krankenversicherung (PKV) auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Diese soll die Interessen von Versicherten sowie von Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt rücken und Möglichkeiten bieten, aus verschiedenen Modellen zu wählen. Ein Wechsel zwischen GKV und PKV und auch der Wechsel zurück sollen einfacher werden. Wettbewerb und gute medizinische Versorgung gehören für uns zwingend zusammen. Für ein gutes

Gesundheitswesen sind bessere Arbeitsbedingungen für das medizinische, wie pflegerische Personal zwingend erforderlich. Eine Kultur des Misstrauens und damit stetig wachsende bürokratische Vorschriften sind hier fehl am Platz.

Der Freie Beruf als Fundament

Wir Freie Demokraten wollen das freie Unternehmertum in medizinischen Berufen wieder mehr fördern. Wir achten den Freien Beruf und die unabhängige und selbständige Berufsausübung in den medizinischen Berufen. Ärztinnen und Ärzte aller Fachrichtungen sollen in medizinischen Fragen autonom entscheiden können – frei von den Weisungen nichtärztlicher Dritter.

Der Freie Beruf stellt die Bedürfnisse der Menschen in einen wissenschaftlichen Erfahrungskontext und entwickelt unter vernünftiger Abwägung und weitgehender Zurückstellung wirtschaftlicher Interessen die effektivste und nutzbringende Therapie für den individuellen Patienten. Bürokratie und ökonomischer Druck schränken die Therapiefreiheit immer mehr ein. Dem muss die Politik wirksam entgegensteuern. Wir brauchen auch in der Zukunft engagierte Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Geburtshelferinnen und Geburtshelfer sowie Hebammen und alle heilberuflich Tätigen. Diese Berufe müssen wieder durch adäquate wirtschaftliche Rahmenbedingungen attraktiv werden. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehungen zwischen Ärztin bzw. Arzt und Patientin bzw. Patient. Diese gilt es zu stärken.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Gebührenordnung zur Abrechnung privatärztlicher Leistungen endlich reformieren.
- die Gebührenordnung der Zahnärztinnen und Zahnärzte reformieren.
- eine moderne Gebührenordnung für Ärztinnen und Ärzte sowie für Zahnärztinnen und Zahnärzte anstreben, die der Therapiefreiheit unterliegt.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen voranbringen. Die Digitalisierung hat das Potenzial, den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsakteurinnen und -akteuren zu erleichtern. Allerdings hinkt Deutschland bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich weit hinterher. Die Vernetzungsprozesse zwischen Ärztinnen und Ärzten, Kliniken, Rettungsdiensten, Pflegeeinrichtungen, Apotheken sowie Patientinnen und Patienten müssen digital ausgestaltet sein, um eine schnelle Verfügbarkeit der Patientinnen- bzw. Patientendaten sicherzustellen. Bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens muss die Datensicherheit selbstverständlich gewährleistet bleiben.

Wir Freie Demokraten werden:

- eindeutige und transparente technische Rahmenbedingungen setzen.
- Interoperabilität durch offene Standards ermöglichen.
- den freien Zugang als Grundlage für die Entfaltung der besten digitalen Lösungen wahren.
- die Rahmenbedingungen für Telemedizin verbessern.

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Derzeit fallen jährlich 54 Millionen Bürokraftstunden allein bei Vertragsärztinnen und -ärzten sowie bei Psychotherapeutinnen und -therapeuten an. Das ist nicht hinnehmbar. Seit Jahren klagen sämtliche Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen über zunehmende bürokratische Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Im Gegenteil: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine künftige Bepreisung der Bürokratie- und Berichtspflichten einfordern. Bezahlen soll sie künftig derjenige, der sie anfordert. Dies schärft den Fokus auf das Wesentliche, nämlich die Behandlung und Pflege von Patientinnen und Patienten, und verhindert kleinteilige Gesetze und Verordnungen.

Kontrollierte Abgabe von Cannabis

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Abgabe von Cannabis. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Damit werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen bei der Polizei gebunden, die etwa bei der Verfolgung von Einbrüchen besser eingesetzt wären. Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kontakt zu Dealern den Einstieg zu härteren Drogen. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Denn nur mit einem kontrollierten Verkauf in lizenzierten Geschäften kann die Qualität kontrolliert und so die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert sowie der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis dabei ähnlich wie Zigaretten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich in Deutschland eingenommen werden. Dieses zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden. Wir werden uns daher im Bundesrat dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern in einem ersten Schritt als Modellregion Erfahrungen bei der legalen Abgabe von Cannabis sammeln kann.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern

Die Vermeidung eines drohenden Mangels an Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum ist für uns eine der Hauptaufgaben der Gesundheitspolitik. Zur langfristigen Stärkung und Sicherung der wohnortnahen ambulanten Versorgung brauchen wir ein Konzept zur Erleichterung von Praxisgründungen. Gerade für den ambulanten Sektor, insbesondere in der hausärztlichen Versorgung, sind Anreize unabdingbar, um die sich abzeichnende Unterversorgung abzuwenden.

Wir Freie Demokraten werden:

- in Zusammenarbeit mit den Kammern, der Kassenärztlichen Vereinigung, den ärztlichen Verbänden und den Kommunen Strategien zur Sicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land und in der Stadt entwickeln und umsetzen.
- die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte von unnötiger Bürokratie entlasten sowie den Erhalt und die Neueröffnung von Arztpraxen in unterversorgten Regionen fördern.
- ein Projekt zur Telemedizin starten und dabei helfen, die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Angelehnt an das Pilotprojekt „Telemedizinische Assistenz“ aus Rheinland-Pfalz soll so die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum gestärkt werden. Gleichzeitig können wichtige Erfahrungen für kommende Entwicklungen im digitalen Gesundheitsbereich gewonnen werden.
- uns für eine Erhöhung der Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes in den medizinischen Fächern einsetzen und den Pflegeberuf durch ein erweitertes Studienangebot attraktiver gestalten.
- uns dafür einsetzen, dass ein Teil der Studienplätze in Medizin und Zahnmedizin an diejenigen vergeben wird, die planen, sich auch beruflich nach dem Studium in Mecklenburg-Vorpommern niederzulassen und diese mit einem Stipendiensystem fördern.
- Landeskinder beim Medizinstudium und der Facharztausbildung mit dem Aufbau eines Stipendiensystems fördern.
- bessere Konditionen im Rahmen des BAföG für die Staatsexamen-Studiengänge bei Überschreitung der Regelstudienzeit vor dem ersten Staatsexamen erwirken.
- die Aus- und Weiterbildung im geriatrischen, gerontopsychiatrischen und palliativmedizinischen Bereich fördern, um den Ausbau von Einrichtungen in diesen Fachrichtungen zu unterstützen.

Beste Versorgung im stationären und ambulanten Bereich

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jede Patientin und jeder Patient die beste Versorgung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich erhält. Dafür muss die Gesundheitsversorgung durch eine bessere Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche patientenzentriert weiterentwickelt und die ambulante-stationäre Sektorengrenze abgebaut werden. Zentral für eine nachhaltige Versorgungsstruktur ist, dass die Bedarfsplanung auf Landesebene integriert gedacht und somit ambulante und stationäre Versorgung gemeinsam geplant werden. Integrierte Gesundheitszentren sichern die regionale Grundversorgung mit ambulanten bis kurzen stationären Behandlungen. Dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ muss weiterhin konsequent Rechnung getragen werden.

Die ambulante medizinische Versorgung wird durch freiberuflich tätige, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte gewährleistet, muss aber auch durch neue Angebotsformen ergänzt werden, die es jungen Ärztinnen und Ärzten ermöglicht, ihre beruflichen Pflichten und familiären Bedürfnisse besser zu vereinbaren. Dabei gilt es vor allem, Lösungen für den Nachwuchsmangel an Ärztinnen und Ärzten auf dem Land zu entwickeln. Wichtig ist ebenso die Abstimmung innerhalb und zwischen dem ambulanten sowie dem stationären Sektor.

Die Apotheken haben während der Pandemie unter Beweis gestellt, dass sie zur Versorgung der Bevölkerung vor Ort unverzichtbar sind. Beispielsweise stellen sie in ihren Laboratorien Desinfektionsmittel her, managen mit pharmazeutischem Sachverstand Engpässe in der Lieferkette von Arzneimitteln und leisten durch Botendienste bis an die Wohnungstür einen erheblichen Beitrag zur Arzneimittelversorgung.

Wir Freie Demokraten werden:

- die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln, sowie eine qualifizierte Beratung von Patientinnen und Patienten einfordern.
- die qualifizierte und objektive Aufklärung über die verschiedenen Verhütungsmethoden für junge Menschen durch Hausärztinnen und Hausärzte fördern und uns dafür einsetzen, diese Leistungen bei den Krankenkassen abrechenbar zu machen.
- für faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken und in- und ausländischen Versandapotheken sorgen. Ein pauschales Versandhandelsverbot lehnen wir ab.

Krankenhausversorgung in Mecklenburg-Vorpommern

Wir wollen eine wohnortnahe und patientenorientierte stationäre Versorgung für Stadt und Land sicherstellen. Wir setzen uns dafür ein, wirtschaftliche Fehlanreize im Fallpauschalensystem der „Diagnosis Related Groups“ (DRG) zu beseitigen. Wir fordern eine separate Kalkulation von kinderrelevanten Fallpauschalen, um die permanente Unterfinanzierung der Kinderabteilungen zu verbessern. Ebenso müssen regionale Besonderheiten bei der Planung der Grund- und Regelversorgung stärker berücksichtigt und die Kosten der Krankenhäuser bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Eine private Trägerschaft unterstützen wir Freien Demokraten, solange diese auf die langfristige, hochqualitative medizinische Versorgung einer Region bedacht ist. Eine rein renditegesteuerte medizinische Versorgung lehnen wir ab.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine nachhaltige Verbesserung der Investitionsfinanzierung für maximalversorgende und kleinere, spezialisierte Krankenhäuser einfordern. Nur so können wir die bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.
- uns einsetzen, dass höhere Qualität durch das Vergütungssystem belohnt wird. Qualitätsverträge sollen für alle Leistungen im Krankenhaus möglich sein. Die Strukturreform im stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt

werden. Fehlanreizen für eine Überversorgung und ein Überangebot an Krankenhausleistungen müssen bereinigt werden.

- eine Deckung der zusätzliche Vorhaltekosten zunächst durch eine Art regionale Basisfinanzierung der Länder sichern.
- den Ausschluss der Mitbestimmung oder Planung der Krankenhäuser durch die Krankenkassen anstreben.
- uns für die Aufhebung des Punktes der Transfusionsrichtlinie der Bundesärztekammer (BÄK) einsetzen, welche Männern, die gleichgeschlechtlichen Sex haben, die Blutspende verbietet.

Eine moderne und menschliche Pflege

Die Demografie in Mecklenburg-Vorpommern fordert die Gesellschaft heraus. Die Zahl älterer Menschen, die qualifiziert betreut werden müssen, steigt stetig an. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen alle zusammenwirken. Wir brauchen den Einsatz der Familienangehörigen, das Angebot privater und kommunaler Pflegedienste sowie stationäre Pflegeeinrichtungen, die Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf qualifiziert, anspruchsvoll und menschlich betreuen und pflegen.

Das Land muss die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen. Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, dass bestehende Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen kritisch überprüfen.

Das Land muss sich an der Entwicklung neuer Betreuungsmodelle beteiligen und mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dazu beitragen, dass die innovativen Möglichkeiten moderner Technik für eine Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen fruchtbar gemacht werden können. Das reicht von Assistenzsystemen, die ältere Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen, über Hilfestellungen für die ambulante Pflege bis hin zur Ausstattung der Altenpflegeheime mit moderner Technik, wie Internetzugängen und WLAN.

Wir Freie Demokraten werden:

- Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf den Weg bringen, die innovative Lösungen für eine Verbesserung der Lebensqualität pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen jeden Alters entwickeln. Insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz sehen wir großes Potenzial.
- die Landesheimbauverordnung und das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz novellieren, um unnötigen bürokratischen Ballast abzuwerfen, sodass mehr Pflegeplätze entstehen können.
- ein Fördermodell für eine 24-Stunden-Betreuung entwickeln, um diesen Bereich aus der Grauzone zu holen.
- ein Online-Register für freie Kurzzeitpflegeplätze und eine ständig erreichbare Beratungshotline einführen, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- dafür sorgen, dass die ärztliche Versorgung in den stationären Pflegeheimen spürbar verbessert wird.
- den Handlungs- und Ermessensspielraum von Pflegekräften erweitern, beruhend auf der generalisierten und akademisierten Pflegeausbildung.
- Strukturen und Arbeitsabläufe durch spezielle Studiengänge (Advanced Nursing Practice) effizienter gestalten. Dieser Berufszweig sollte fest in den Kliniken und stationären Einrichtungen integriert werden.
- uns dafür einsetzen, dass Personal und Betreiber von Pflegeeinrichtungen stärker für die besonderen Bedürfnisse von LGBTQIA+ sensibilisiert werden.
- darauf hinwirken, dass aufenthaltsrechtlich notwendige Genehmigungen für ausländische Pflegekräfte zügiger als in der Vergangenheit erteilt werden. Ausländische Pflegekräfte sollen die gleiche Vergütung erhalten wie inländisches Pflegepersonal.
- dafür eintreten, dass die ausländische Ausbildung, sollte sie nicht der inländischen entsprechen, durch Weiterbildungen aufgewertet wird.
- uns für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte einsetzen und Entwicklungsperspektiven aufzeigen. Dazu gehört die Entlastung von administrativen Aufgaben und die Förderung digitaler Unterstützungsanwendungen.
- Hospizeinrichtungen finanziell unterstützen und die Arbeit, auch von Ehrenamtlichen, weiter fördern.

- das Thema Wohnen im Alter vorantreiben und hierbei auch alltagsunterstützende Technik in den Blick nehmen.
- dafür sorgen, dass die wichtige Arbeit der Pflegekräfte mehr Anerkennung erhält. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie unverzichtbar dieser Berufszweig für die Gesellschaft ist. Die Corona-Prämie muss endlich auch an Pflegekräfte in den (öffentlichen) Kliniken gezahlt werden. Zur Not muss dies auch rückwirkend geschehen.
- uns für eine Aufwertung der Pflegeausbildung durch bessere Rahmenbedingungen einsetzen.
- die Attraktivität der Pflegeberufe bspw. durch strukturierte Regelungen der Arbeitszeiten mit mehr Erholungszeiten, insbesondere für Schülerinnen und Schüler erhöhen.

Unsere Heimat ist Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa

Wir leben in einer vernetzten, digitalen Welt. Durch die Globalisierung und den technischen Fortschritt rücken die Menschen näher zusammen. Noch nie zuvor in der Geschichte konnten sich Informationen, Güter und Menschen so schnell bewegen wie heute. Unser Bundesland liegt mitten in Europa und verbindet sowohl Skandinavien als auch Osteuropa mit der gesamten Bundesrepublik. Wir stehen in einem sehr engen Verhältnis mit unseren direkten Nachbarn und dem Rest Europas. Es braucht daher eine Politik, die Chancen nutzt und Herausforderungen annimmt, damit wir auch in Zukunft auf unsere guten nachbarschaftlichen Beziehungen setzen können.

Das europäische Einigungsprojekt ist dabei Chance und Hürde zugleich. Zuviel Bürokratie kommt aus Brüssel und noch viel mehr wird in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern noch obendrauf gelegt. Sei es ein Bundesdatenschutzgesetz, das angesichts der europäischen Datenschutzgrundverordnung eigentlich überflüssig ist oder andere Gesetze (z.B. das Vergabegesetz M-V), die zusätzliche Regelungen zu europäischen Richtlinien schaffen. Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass sich der bürokratische Aufwand nicht verstärkt. Wir werden dafür sorgen, dass

auch auf europäischer Ebene nur die Regeln gemacht werden, die einen Mehrwert bringen. Dabei gilt: Probleme müssen auf kleinstmöglicher Ebene gelöst werden.

Europa ist für uns Freie Demokraten nicht nur die Chance auf einen gemeinsamen Staat, der den Frieden in Europa sichert. Europa ist für uns die auch Chance auf das Zusammenwachsen der Kulturen und den Austausch von Kultur, von Ideen und von Forschung. Die Vielseitigkeit Europas ist dabei eine Stärke, die es zu bewahren gilt. Wir Freie Demokraten setzen auch in Zukunft auf Europa. Durch die Bologna-Reform können Studierende ihr Studium an Hochschulen in vielen Ländern absolvieren. Wir fordern, dass auch die berufliche Ausbildung auf alle Länder der Europäischen Union ausgeweitet wird. Die gegenseitige Anerkennung von u.a. Zeugnissen soll erleichtert werden. Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass bestehende Kooperationen vor allem im Bereich Forschung und Wirtschaft im Ostseeraum weiter gestärkt werden.

Derzeit entspricht das Wahlrecht der Europäischen Union nicht den demokratischen Mindestanforderungen des deutschen Grundgesetzes; die Wahlrechtsgrundsätze aus Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG sind nicht eingehalten. Das Wahlrecht der Europäischen Union muss daher zwingend weiterentwickelt werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass eine Europäische Verfassung mit einem demokratischen Wahlrecht, einem Parlament mit eigener Gesetzgebungskompetenz und einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen EU-Ebene und nationaler Ebene geschaffen wird. Vor allem Themen wie Außenpolitik und Verteidigung müssen auf europäischer Ebene angesiedelt sein. Mit klar definierten Zuständigkeiten und einer schlanken Regierung kann Europa mit einer Stimme nach Außen sprechen und seine Vielseitigkeit nach Innen erhalten.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass europäisches Recht sinnvoll und unbürokratisch in Landesrecht in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird und verhindern, dass der Landesgesetzgeber unverhältnismäßig mehr Regelungen schafft, wo es bereits europäische Standards gibt.

- dafür streben, dass der kulturelle und wissenschaftliche Austausch mit europäischen Nachbarländern wie zum Beispiel Polen, Dänemark weiter verfestigt wird, rechtliche Hürden für grenzüberschreitendes Handeln weiter abgebaut und bestehende Kooperationen von z.B. Kommunen weiterentwickelt werden.
- uns dafür einsetzen, dass ein neuer Vorstoß für eine europäische Verfassung und damit einen europäischen Staat mit klaren Kompetenzzuweisungen, eindeutigen Regeln, einer einheitlichen außenpolitischen Stimme und der Vielseitigkeit seiner Mitgliedsstaaten und Regionen geschaffen wird.